

## 7. Umfassende Darstellung der Forschungsergebnisse

---

Die Darstellungen und die Schlüsse im folgenden Kapitel basieren auf den empirischen Daten, welche ich durch Interviews und teilnehmende Beobachtung in Bamako und Ouagadougou gewonnen habe. Für die Analyse wurden also sowohl die Aussagen in den Einzelinterviews, den Fokusgruppeninterviews und den ExpertInneninterviews als auch meine Feldnotizen herangezogen. Die Analyse macht sichtbar, dass für die Beantwortung der Forschungsfrage eine Vielzahl von Themen eine Rolle spielt. So wurden städtebauliche Aspekte im Hinblick auf die Infrastruktur, organisatorische Aspekte im Bereich der Bereitstellung von Dienstleistungen, wirtschaftliche Aspekte wie die Gelegenüberstellung der Haushaltseinkommen und der Haushaltsausgaben sowie Fragen nach den Einstellungen und dem Umweltbewusstsein thematisiert. Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, die französisch- und Bambara-sprachigen Originalzitate in den Text einfließen zu lassen. Es wird hingegen im Text auf die Zitate, welche im Anhang zusammengefasst sind, verwiesen.

### 7.1. Wohnverhältnisse

#### 7.1.1. Die Abfall- und Abwasserbehandlung in Bamako und Ouagadougou

Eines der größten Probleme im Bereich des Wohnens und somit eine der größten Hürden für umweltgerechtes Verhalten wird in der Abwesenheit von Infrastruktur gesehen. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou sind kostspielige technische Anlagen wie moderne Mülldeponien oder Kläranlagen meist entweder nicht vorhanden oder verfügen nicht über ausreichende Kapazitäten für eine Millionenstadt. So gibt es in Bamako erst seit dem Jahr 2015 eine funktionierende zentrale Mülldeponie. Zuvor wurden die Abfälle von der städtischen Müllabfuhr auf ihnen zugewiesenen Flächen am Stadtrand deponiert. Der Mangel an Infrastruktur in Bamako korrespondiert mit den fehlenden finanziellen Mitteln der Stadtverwaltung (siehe bereits Chevron et al. 2002). In einem Gespräch wies der Leiter der Abfallwirtschaft im Dezember 2011 in Bamako darauf hin, dass der Bedarf an den notwendigen Müllfahrzeugen bei weitem nicht gedeckt sei. Aktuell könnte daher nur die Hälfte des jährlich anfallenden Mülls im Stadtgebiet, näm-

lich ca. 175.000 m<sup>3</sup>, weggebracht werden. Er fügte hinzu, dass die städtische Müllabfuhr aufgrund der ungenügenden Anzahl an Fahrzeugen dazu übergegangen sei, jedes Jahr Lastwagen von privaten Unternehmen zu mieten, um Mülldeponien im Stadtgebiet zu evakuieren. Auch im Hinblick auf die Reinigung der industriellen Abwässer und die Klärschlammbehandlung gibt es in Bamako nur eine unzureichende Infrastruktur (siehe Lang 2002). Zurzeit gibt es eine einzige Kläranlage in Bamako, die sowohl die Abwässer der Kanalisation als auch die Abwässer von in der Nähe befindlichen Industriebetrieben behandeln sollte. Bei einer Führung durch die Kläranlage im Stadtteil Sotuba in Bamako im Dezember 2011 wurde mir erklärt, dass etwa dreißig Industriebetriebe, unter ihnen Gerbereien, Pharmaunternehmen, Batteriehersteller, Produzenten von Farben und Lacken sowie der Schlachthof ihre Abwässer in der Kläranlage reinigen lassen. Diese Abwässer werden gemeinsam mit den Haushaltsabwässern gereinigt, wobei die geringe Anzahl und Größe der Klärbecken bei größeren Abwassermengen kaum ausreichend sei. Für die Reinigung der Abwässer der vielen Textilfärbereien in Bamako wurden zu diesem Zeitpunkt auf dem Gelände der Kläranlage eigene Klärbecken errichtet. Im Hinblick auf die Entsorgung des Klärschlamm der überwiegenden Mehrheit der Haushalte, die nicht an die Kanalisation angeschlossen sind, gibt es noch keine zufriedenstellende Lösung. Der Mitarbeiter eines lokalen Forschungsbüros erwähnte, dass in Bamako im Jahr 2003 eine zweite Kläranlage in Betrieb genommen, aber aufgrund technischer und finanzieller Probleme im Jahr 2005 wieder eingestellt worden sei. Daraufhin wäre eine riesige Senkgrube um 1,2 Millionen CFA am Rande der Stadt errichtet worden, welche die Schwarz- und Grauwässer aufnehmen sollte. Inzwischen sei diese Grube voll und die Saugwagen würden die Abwässer nun illegal im unbebauten Gelände entleeren (13. Experteninterview).

In Ouagadougou ist die Situation im Hinblick auf die Großinfrastruktur etwas besser. Die zentrale Mülldeponie wurde im Jahr 2005 eröffnet und seitdem wurden die Abfälle von den Zwischendeponien dorthin evakuiert. Überdies wurden eigene Bereiche für die Mülltrennung und das Recycling von Plastik und Altpapier sowie die Kompostierung organischer Abfälle geschaffen. Ein Mitarbeiter der Abfallwirtschaft in der Abteilung für Nachhaltige Entwicklung in Ouagadougou wies darauf hin, dass die städtische Müllabfuhr ca. achtzig Prozent der jährlich anfallenden Abfallmenge, also 240.000 Tonnen zur zentralen Mülldeponie bringe. Auf der Basis solcher Schätzungen würde die Lebensdauer der Mülldeponie insgesamt zwanzig Jahre betragen (27. Experteninterview). Für die Reinigung der Abwässer und die adäquate Entsorgung des Klärschlamm gibt es aber auch in Ouagadougou bis jetzt zu wenige Anlagen. Bei einer Führung im November 2013 wurde mir die Funktionsweise der einzigen Kläranlage in Ouagadougou im Stadtteil Kossodo demonstriert. Hier werden sowohl die Abwässer von knapp 800 Haushalten, die an die Kanalisation angeschlossen sind, als auch die Abwässer der Brauerei und des Schlachthofes behandelt. Drei weitere Kläranlagen sind geplant, um auch die Abwässer weiterer Industriebetriebe und Krankenhäuser behandeln zu können. Für die Entsorgung des Klärschlamm gibt es bisher noch keine nachhaltige Lösung. Im Rahmen einer Konferenz im November 2013 in Ouagadougou berichtete ein Vertreter der nationalen Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene, dass es Überlegungen gebe, Infrastruktur für die Behandlung von Klärschlamm zu errichten und ihn anschließend als Dünger zu vermarkten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind

die Saugwagen jedoch gezwungen, den Inhalt der Klär- und Sickergruben auf brach liegenden Flächen außerhalb der Stadt zu deponieren.

Das Fehlen von Infrastruktur in den peripheren und informellen Stadtvierteln ist besonders problematisch. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou beklagten die InterviewpartnerInnen in diesen Vierteln, dass es weder eine Abfallsammlung noch eine offizielle Mülldeponie gebe. Die wilden Deponien in diesen Siedlungen stören zwar die BewohnerInnen, aber die meisten von ihnen sehen keine andere Alternative, um ihre Abfälle zu entsorgen. Der Mangel an Infrastruktur beschränkt sich darüber hinaus nicht nur auf die Abfallsammlung, sondern betrifft auch die Regenwasserdrainage und selbst den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die urbane Infrastruktur in Bamako, d.h. das Straßennetz, die Kanalisation sowie die Strom- und Wasserversorgung, habe sich – so die meisten ExpertInnen – seit den 1960er Jahren kaum verbessert, während die Bevölkerung von damals 400.000 EinwohnerInnen auf über zwei Millionen angestiegen sei. Dies zeige, dass die Stadtentwicklungspläne in den letzten Jahrzehnten das urbane Bevölkerungswachstum bei weitem unterschätzt hätten. Eine der Folgen sei, dass es zwei parallel stattfindende Prozesse der Urbanisierung gebe: Eine Form der Verstädterung im Stadtzentrum, die nach den Vorgaben der Stadtentwicklungspläne erfolge, und eine Form der Verstädterung in den spontanen Vierteln am Stadtrand, die ohne jegliches Raumordnungskonzept mehr oder weniger anarchisch erfolge (10. Experteninterview)<sup>1</sup>.

Auch ein Geograph an der Universität in Ouagadougou sieht großen Verbesserungsbedarf beim Ausbau der urbanen Infrastruktur. Auch wenn der 2007 eingeführte Stadtentwicklungsplan die nicht erschlossenen Viertel miteinbeziehe, würden die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen nicht im nötigen Ausmaß berücksichtigt. Zwar seien dort Sozialwohnbausiedlungen und Geschäftsviertel geplant, aber es würden keine Lösungen für die unzureichenden Lebensbedingungen, die in Zusammenhang mit strukturellen Problemen wie der Armut oder dem Mangel an Arbeitsplätzen stünden, angeboten. Auch seien keine konkreten Maßnahmen im Bereich der Abfallentsorgung vorgeschlagen worden. Hier sei nach wie vor die 2005 in Kraft getretene Abfallwirtschaftsstrategie gültig. Diese würde jedoch in den informellen Vierteln weder die Errichtung von Müllsammelstellen bzw. Mülldeponien noch die Zuteilung von offiziellen AbfallsammlerInnen zu bestimmten Vierteln vorsehen (25. Experteninterview).

Das Problem des fehlenden Zugangs zu sanitärer Infrastruktur und Dienstleistungen der Abfallwirtschaft stellt sich in Bamako nicht nur in den informellen, am Stadtrand gelegenen Vierteln, sondern selbst im Stadtzentrum. Wie bereits erwähnt, wurde das Stadtgebiet in Zonen untergliedert und jeder GIE eine Gewerbeerlaubnis für eine oder mehrere Zonen für einen bestimmten Zeitraum erteilt (siehe Polak 2012). Laut dem Leiter des Interessensverbandes der GIE in Mali gibt es in Bamako 126 registrierte GIE, wovon im Jahr 2012 jedoch nur knapp sechzig aktiv waren. Die sechs Stadtgemeinden hatten ab Ende der 1990er Jahre mit den GIE Verträge zur Durchführung der Abfallsammlung abgeschlossen. Hierbei ging es hauptsächlich darum, die Aufgaben und Pflichten der GIE festzulegen. Allerdings wurde in den Stadtgemeinden die Erbringung der Arbeitsleistung durch die GIE keiner Evaluierung unterzogen, sodass angenommen

<sup>1</sup> Anhang 3: 1. Zitat

werden kann, dass manche der GIE, die ursprünglich eine Gewerbeerlaubnis erhalten hatten, nicht mehr bzw. nicht kontinuierlich in der Abfallsammlung tätig waren.

Mehrere der von mir durchgeführten Einzel- und Fokusgruppeninterviews weisen auf diese Problematik hin. In einem Fokusgruppeninterview mit Frauen im peripher gelegenen Viertel Yirimadio wurde mir im November 2013 erzählt, dass die offiziellen Abfallsammler in ihrem Viertel vor einigen Monaten ihren Dienst eingestellt hätten. Die Gemeinde hätte auf Anfrage der Bevölkerung zwar interveniert und dafür gesorgt, dass die wilden Deponien evakuiert worden seien, aber das grundlegende Problem sei nicht gelöst worden:

»Viele Familien hier im Viertel waren bei einer GIE abonniert. Wir haben im Monat 1500 CFA bezahlt. Die GIE kam ein Mal in der Woche. Dann haben sie damit aufgehört. Manche haben sich beschwert. Die GIE-Mitarbeiter haben uns erklärt, dass sie keine Mülldeponie haben und dass ihr Fahrzeug kaputt ist. Wir haben uns dann wegen den wilden Deponien bei der Gemeinde beschwert. Es sind dann Leute gekommen, um die Abfälle zu beseitigen. Nach zwei Monaten haben wieder Leute begonnen, in der Nacht ihre Abfälle auf die bereits evakuierten wilden Deponien zu bringen. Manchmal wird der Müll auch verbrannt, damit kann die Menge an Abfällen reduziert werden.« (3. Fokusgruppeninterview)

Das schadhafte Müllfahrzeug der GIE und die große Distanz zur Zwischendeponie hatten in diesem Fall der Tätigkeit der GIE in Yirimadio ein (vorläufiges) Ende gesetzt. In einem Einzelinterview mit einer Bewohnerin des zentral gelegenen Stadtviertels Banconi in Bamako meinte die Frau, dass die GIE in Banconi die Abfallsammlung vor etwa zwei Jahren eingestellt hätten, weil viele abonnierte Haushalte nicht dafür bezahlen wollten: »Früher hat es im Viertel GIE gegeben, die die Abfälle von den Haushalten entsorgt haben. Jeden Tag sind sie von Haus zu Haus gegangen, um den Müll mitzunehmen. Sie wurden dafür im Monat bezahlt, aber nicht alle Haushalte haben gezahlt. Wenn sie nicht bezahlen, wie soll es weiter gehen? Wie lange ist es her, dass sie aufgehört haben? Es ist länger als ein Jahr her. Es werden bald zwei Jahre sein.« Heute gebe es nur noch informelle Abfallsammler mit Eselskarren, welche die Abfälle wegbringen und in einem nahe gelegenen Flussbett entsorgen würden (4. Einzelinterview)<sup>2</sup>.

Dass dieses Problem weit verbreitet ist, zeigen die Gespräche, die ich mit den LeiterInnen von über zwanzig GIE im Rahmen eines Projekts des Welternährungsprogramms im Jahr 2013 in Bamako geführt habe. Ich hatte mit den LeiterInnen nicht nur über den Projektverlauf, sondern auch über ihre regulären Aktivitäten gesprochen. Mehrmals wurde mir berichtet, dass die jeweilige GIE vor dem Projektbeginn nicht mehr in der Abfallsammlung tätig gewesen sei, weil es entweder technische Probleme mit den Fahrzeugen oder mangelnde finanzielle Mittel für den Treibstoff bzw. für die Bezahlung der Angestellten gegeben hätte. Erst durch die finanzielle Unterstützung des Welternährungsprogramms im Rahmen des Projektes hätten sie ihre Arbeit wieder fortsetzen können.

Im Kampf um knapp werdende Flächen in der Stadt werden Einrichtungen im Bereich der Abfallwirtschaft oft zugunsten anderer Infrastrukturprojekte geschlossen. In

<sup>2</sup> Anhang 3: 2. Zitat

Bamako wird dies am Beispiel der neu erbauten Brücke über den Niger im Viertel Mis-sabougou in Bamako deutlich. Am Flussufer befanden sich früher eine Zwischendepo-nie und seit dem Jahr 2005 auch eine Kompostierungsanlage. Als die Bauarbeiten für die Brücke begannen, mussten beide Anlagen ersatzlos geschlossen werden. Seitdem wurde den Abfallsammlern im Viertel kein anderer Ort zugewiesen, um die Haushalts-abfälle zu deponieren. Die Abfälle werden nun auf brach liegenden Flächen in ande-rem Stadtteilen abgeladen und verbleiben dort, was immer wieder zu Konflikten mit den GrundstückseigentümerInnen führt (9. Experteninterview). Und auch in anderen Stadtvierteln in Bamako existiert das Problem fehlender bzw. unzureichend dimen-sionierter Mülldeponien. Im Viertel Lafiyabougou in der Commune IV beispielsweise wurde die Aufnahmekapazität der Mülldeponie längst überschritten. Während meiner Forschungsaufenthalte in den Jahren 2011 und 2013 konnte ich beobachten, dass sich das Abfallvolumen auf dieser Zwischendeponie in diesem Zeitraum mehr als verdop-pelt hatte, was auf die unzureichenden Mittel der städtischen Müllabfuhr hinweist. Im November 2013 wurden weiterhin Abfälle auf den existierenden Müllberg aufgeschüttet, da den GIE der umliegenden Viertel immer noch keine andere Zwischendeponie zuge-wiesen worden war. Manche GIE hatten jedoch beschlossen, die langen Wartezeiten vor der Zwischendeponie zu vermeiden und den Müll an anderen Orten zu entsorgen. So berichtete mir der Viertelchef eines Stadtteils in der Commune IV, dass die GIE in ihrem Viertel die Abfälle in der Nacht am Flussufer abladen würde (22. Experteninter-view).

### 7.1.2. Wohnbedingungen und umweltgerechtes Verhalten

Ein weiterer Faktor, der sich auf die Möglichkeiten, umweltgerecht zu handeln, aus-wirkt, ist das Einkommen der Menschen. Unterschiede zwischen der Wohnsituation von Familien im Stadtzentrum, in der städtischen Peripherie und in den informellen Siedlungen wirken sich maßgeblich auf das lokale Ausmaß der Umweltverschmutzung aus. Ob man in Bamako oder in Ouagadougou in einem zentrumsnahen oder einem peripheren, ob man in einem erschlossenen oder einem nicht erschlossenen Viertel wohnt, impliziert bestimmte Möglichkeiten bzw. Einschränkungen in der Abfall- und Abwasserentsorgung.

In zentrumsnahen Vierteln gibt es meistens asphaltierte Straßen, Entwässerungs-rinnen und eine offizielle Abfallsammlung. Die monatliche Abfallsammelgebühr emp-findest zwar fast alle BewohnerInnen als zu teuer, doch sie sehen sich aus sozialen und rechtlichen Gründen gezwungen, die Abfälle auf diese Weise zu entsorgen. Es zeigte sich in den Gesprächen mit den Haushaltvorständen bzw. deren Frauen immer wie-der, dass die Menschen hier keinen Ausweg sehen. In den Interviews wurde dies u.a. mit der Aussage »On n'a pas le choix« (»Wir haben keine Wahl«) begründet (3. Exper-tinneninterview, 6. Einzelinterview). Damit wollten manche zu verstehen geben, dass die Siedlungsdichte zu hoch sei und es nicht möglich sei, einen Abfallhaufen am Stra-ßenrand zu errichten oder seine Abfälle dort zu verbrennen, ohne die NachbarInnen zu stören (16. Einzelinterview, 2. Fokusgruppeninterview). Den Haushalten, welche unmit-telbar neben einer asphaltierten Straße liegen, sei es auch nicht möglich, Grauwässer auf den stark befahrenen asphaltierten Straßen zu entsorgen. In den Vierteln im Zen-

trum wurde auch mehrmals darauf hingewiesen, dass die Entsorgung von Abfällen und Abwässern am Straßenrand mit Geldstrafen sanktioniert werde, wenn eine Polizeistreife dies sehen würde (5. Einzelinterview, 22. Einzelinterview). Dies kann manchmal dazu führen, dass ärmere Familien in Zentrumsnähe durchaus ohne Strom und Fließwasser leben, jedoch auf die Abfallsammlung nicht verzichten können.

Die städtische Peripherie umfasst immer mehr Viertel, die erst vor kurzem erschlossen und wo noch nicht alle Grundstücke bebaut wurden. In manchen Fällen handelt es sich hier um ehemalige Ackerflächen, die in Wohngebiet umgewidmet wurden. Oft handelt es sich jedoch um ehemalige spontane Siedlungen, die vermessen und in Parzellen untergliedert wurden. Die offizielle Vergabe der Grundstücke erfolgt im Anschluss nach bestimmten Kriterien: Grundsätzlich hat diejenige Familie, die sich als erste auf dem Gelände angesiedelt hat, das Vorrecht auf ein Grundstück. Um dieses Recht geltend zu machen, muss jedoch – wie in Kapitel 4.2.3 näher erläutert wurde – eine Steuer an die Gemeinde entrichtet werden, die abhängig von der Grundstücksgröße mehrere Hunderttausend CFA beträgt. Ärmere Familien, die sich den rechtmäßigen Erwerb eines temporären Wohnrechts nicht leisten konnten, haben diese Viertel, die sich also in einer Phase des Übergangs befinden, verlassen. Einerseits hat sich die Bevölkerungsdichte wegen der Umsetzung des neuen Entwicklungsplans, also durch die Neuparzellierung und die Errichtung eines Straßennetzes erheblich reduziert. Andererseits hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung dieser Viertel durch die Abwanderung der ehemaligen BewohnerInnen und die Neuansiedlung von wohlhabenderen Familien verändert. Dieser Prozess ist nicht neu, sondern kann seit mehreren Jahrzehnten beobachtet werden. Manche meiner InterviewpartnerInnen in den informellen Vierteln erwähnten, dass sie bereits zwei Mal umgesiedelt seien, weil das informelle Viertel, in welchem sie gelebt hatten, erschlossen worden seien und sie nicht die nötigen finanziellen Mittel besessen hätten, um auf rechtmäßigem Wege ein Grundstück zu erwerben (11. Einzelinterview, 25. Einzelinterview).

Die im Bau befindlichen bzw. bereits fertig gestellten Häuser in den neu erschlossenen Vierteln unterscheiden sich in mehrerer Hinsicht von den vormals bestehenden Häusern. Viele Häuser sind mehrstöckig und haben eine eigene Garage. Die Küche und das Badezimmer sind nicht mehr im Freien bzw. in einem eigenen kleinen Zubau untergebracht, sondern wurden ins Innere der Häuser verlagert. Die sanitären Anlagen der neu errichteten Häuser entsprechen den seit 1992 vorgeschriebenen ökologischen Standards, d.h. es wurden Betonziegel für die Errichtung der Klär- und Sickergruben verwendet, die Klärgrube hat in jedem Haus eine Tiefe von maximal zwei Metern und der gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand der Toilette zu einem Brunnen wurde eingehalten. Die Abfallentsorgung ist in den peripheren Stadtvierteln jedoch noch nicht flächendeckend, sodass viele Haushalte ihre eigenen Abfallhaufen haben bzw. ihre Abfälle verbrennen müssen (20. Einzelinterview, 16. Experteninterview). Stadtviertel, die schon vor über zehn Jahren parzelliert wurden, sind in der Wahrnehmung der BewohnerInnen Ouagadougous immer noch nicht vollständig erschlossen. Damit ist gemeint, dass die Straßen im Viertel noch nicht asphaltiert wurden und auch die Anbindung an das Elektrizitätsnetz noch nicht erfolgt ist. Diese Wahrnehmung dient bisweilen als Entschuldigung, da die Betroffenen angeben, dass es aus diesem Grunde ihrer Meinung nach zulässig sei, die Abfälle im öffentlichen Raum zu entsorgen (ebd.).

Selbst wohlhabende Haushalte sind mit solchen Organisationsproblemen im Bereich der Abfallentsorgung konfrontiert. Der Leiter eines Vereins für Straßensicherheit und Verkehrserziehung, der mit seiner Familie seit 2009 im Viertel Rimkieta in Ouagadougou lebt, hat zwar eine eigene Mülltonne, aber es gibt niemanden, der diese entleert. Als ich im September 2013 ein Interview mit ihm führte, erklärte er mir, dass es im Viertel weder offizielle noch informelle AbfallsammlerInnen gebe, sodass er sich genötigt sah, den Abfall von Zeit zu Zeit zu verbrennen. Dadurch, dass in manchen Vierteln in Ouagadougou, z.B. in Karpala oder in Rimkieta, noch nicht alle Grundstücke bebaut und bewohnt sind und die Bevölkerungsdichte relativ gering ist, meinen manche meiner InterviewpartnerInnen, dieses Verhalten bringe bisher keine Probleme mit sich (20. Einzelinterview, 9. Einzelinterview).

So nutzen also die BewohnerInnen die unbebauten Flächen in der Wohnumgebung, um ihre Abfälle zu entsorgen. In Ouagadougou nutzen beispielsweise nicht wenige die angrenzenden Bahngeleise in Rimkieta als Ort für die Entsorgung von Abfällen und Abwässern (7. Einzelinterview). Mehrere Frauen, die ich nach einem Gottesdienst für ein Fokusgruppeninterview ebenfalls im Viertel Rimkieta in Ouagadougou versammelt hatte, meinten, dass sie die Abfälle auf den Baustellen der umliegenden Grundstücke zu Abfallhaufen anschütten würden. Da sich die Bauarbeiten an den unfertigen Häusern meistens über mehrere Monate bzw. Jahre hinziehen, sei dies eine gangbare temporäre Lösung. Erst wenn die EigentümerInnen der Häuser persönlich erscheinen, sei man gezwungen, die Abfälle zu evakuieren und zu verbrennen (6. Fokusgruppeninterview).

In den peripheren Vierteln üben manche Menschen die Abfallsammlung als Gelegenheitsarbeit aus. Die Eselskarren, die sie sonst für den Transport von Sand, Kies, Ziegeln oder anderen Baumaterialien verwenden, werden von ihnen auch eingesetzt, um Abfälle wegzubringen. Diese Menschen haben weder regelmäßige KundInnen noch abgesteckte Zonen, in welchen sie ihre Dienstleistung anbieten. Grundsätzlich gehen sie anderen Tätigkeiten nach und sie kommen nur auf Bestellung zu den Haushalten, um die Abfälle weg zu transportieren. Neu hinzugezogene Familien, welche das Viertel und ihre BewohnerInnen noch nicht kennen würden, wüssten oft nicht, dass es diese informelle Form der Abfallsammlung gebe (25. Experteninterview).

In Bamako wurden seit Anfang der 2000er Jahre mehrere Sozialwohnbausiedlungen v.a. im peripher gelegenen Stadtviertel Yirimadio errichtet. In einem Experteninterview wies ein Mitarbeiter von zwei malischen NGOs darauf hin, dass bei der Errichtung der Sozialwohnbauten die neuen Standards im Bereich der sanitären Anlagen eingehalten worden seien: Die Häuser sind mit Entwässerungsritten und mit Müllcontainern ausgestattet und gleich nach dem Beziehen der Häuser wurde ein Vertrag mit einem Kleinunternehmen der Abfallsammlung unterschrieben. Das Vorhandensein von adäquater Infrastruktur wirke sich sehr stark auf die Sauberkeit im Stadtviertel aus, denn in den Sozialwohnbausiedlungen würde das Wohnumfeld ja wirklich sauber bleiben (16. Experteninterview)<sup>3</sup>.

14 der 55 Stadtviertel in Ouagadougou gelten als informelle Siedlungen und sind derzeit noch nicht erschlossen. Diese Viertel, die sich im peri-urbanen Stadtbereich von Ouagadougou befinden und teilweise ehemalige Dörfer inkludieren, beherbergen

<sup>3</sup> Anhang 3: 3. Zitat

geschätzte 34 Prozent der städtischen Bevölkerung (Boyer und Delaunay 2009). In Bamako zählen 24 der insgesamt 66 Stadtviertel zu den informellen Siedlungen. In diesen Siedlungen leben 45 Prozent der EinwohnerInnen (Farvacque-Vitkovic et al. 2007). Die Haushalte in den informellen Siedlungen sind sowohl räumlich und ökonomisch sowie sozial marginalisiert. Die Wohn- und Lebenshaltungskosten sind in diesen Vierteln zwar am geringsten, jedoch führen die weite Distanzen zu Märkten, Schulen und Krankenhäusern sowie die fehlenden lokalen Erwerbsmöglichkeiten dazu, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse, das sind neben Ernährung auch Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung nicht ständig garantiert ist. Die völlige Abwesenheit von Infrastruktur für die Abfall- und Abwasserentsorgung hat dazu geführt, dass die Haushalte in diesen Siedlungen eigene Lösungen gefunden haben. Diese kann man zwar als sozial akzeptiert betrachten, aber ökologisch sind sie nur bedingt nachhaltig, denn sie sind nur provisorischer Natur. Sowohl im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou als auch im informellen Viertel Senou in Bamako wurde mir berichtet, dass wenn die an der Toilette anschließende Klärgrube voll sei, daneben einfach eine neue Grube gegraben werde, denn es gebe noch genug Platz (11. Einzelinterview, 4. Fokusgruppeninterview). Diese »Lösung« wird überdies als kostengünstiger als die manuelle Entleerung der Klärgrube beschrieben. In manchen informellen Siedlungen kann die Bevölkerungsdichte allerdings sehr hoch sein, da mehrere Mitglieder einer Familie ihr eigenes Haus bauen, um im Falle einer Neuparzellierung und Erschließung des Viertels möglichst viele Grundstücke zu erkennen (vgl. Jaglin 1991). In diesen Vierteln mit hoher Siedlungsdichte kommt allerdings eine andere Strategie der Errichtung und Benutzung von sanitären Anlagen zum Einsatz. Jeder Haushalt verfügt dort über eine eigene Waschgelegenheit, aber es gibt für alle Haushalte eines Familienclans nur eine einzige gemeinsame Toilette in einem der Höfe. Diese Strategie hat – so meinen manche ExpertInnen – nicht nur den Vorteil, Platz zu sparen und Kosten zu minimieren, sondern auch Risiken zu senken. Manche der derzeit dort lebenden Familien könnten möglicherweise kein Grundstück zu erkennen bekommen und dann wären die Toiletten verfehlte Investitionen. Aufgrund der unklaren Besitzverhältnisse und zum Zweck der Risikominimierung werden in den informellen Vierteln die Toiletten und Häuser im Übrigen meistens nur aus Lehmziegeln errichtet. Ein Mitarbeiter der Abteilung für die Reinigung von Grau- und Schwarzwässern in Ouagadougou wies darauf hin, dass dieser »temporäre« Zustand vor der Neuparzellierung unter Umständen mehrere Jahrzehnte dauern könnte und manche Menschen daher den Großteil ihres Lebens in einer informellen Siedlung verbringen würden (38. Experteninterview)<sup>4</sup>.

In manchen informellen Vierteln verfügen die Haushalte über keinerlei Zugang zu Toiletten. Die Familienmitglieder wählen für die Erledigung ihrer Bedürfnisse eine unbewohnte, nicht genutzte, möglichst bewaldete Fläche in ihrer Wohnumgebung, welche zumeist auch für die Entsorgung der Abfälle genutzt wird (25. Einzelinterview, 4. Fokusgruppeninterview). Von dieser Praxis wurde mir in Bamako und Ouagadougou nur an der äußersten städtischen Peripherie, wo die Siedlungsdichte relativ gering ist und wo es noch – zwar spärlich aber dennoch – bewaldete Flächen gibt, berichtet. Manche

4 Anhang 3: 4. Zitat

InterviewpartnerInnen waren über meine Frage nach der offensichtlich nicht vorhandenen Toilette beschämt. So meinte eine ältere verwitwete Frau, die seit über zwanzig Jahren im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou wohnt, dass sie vor einigen Jahren eine Toilette mit Klärgrube errichten lassen wollte. Sie hätte die Baumaterialien bereits herangeschafft, als am 1. September 2009 ein Unwetter eine große Überschwemmung zur Folge hatte und alle Baumaterialien zerstörte. Seitdem hätten sie es aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht geschafft, die Errichtung einer Toilette erneut in Angriff zu nehmen. Nun würden sie und ihre Familie entweder die Toilette ihres Nachbarn verwenden oder in den Busch gehen (25. Einzelinterview). Der Bürgermeister eines Viertels an der Peripherie Bamakos wies mir gegenüber darauf hin, dass die Situation in diesen Vierteln an die Wohnbedingungen in den Dörfern erinnere:

»Wenn Sie sich abseits von der asphaltierten Straße in diesem Viertel bewegen, dann finden Sie dort ein Dorf vor: Es gibt keine Wasserleitungen, keine Stromversorgung, keine richtigen Straßen. Wenn es hier sanitäre Anlagen gibt, dann entsprechen sie nicht der Norm. Das Viertel hat einen ländlichen Charakter. Es gibt Haushalte ohne Toiletten und die Menschen erledigen ihre Bedürfnisse in der freien Natur. Es gibt keine Abfallsammlung, weil die Menschen die Abfälle auf den anliegenden Feldern entsorgen.« (7. Experteninterview)<sup>5</sup>

Diese Feststellung entsprach meinen Beobachtungen, aber im Gegensatz zum Dorf pendeln viele der BewohnerInnen in den informellen Vierteln in die Stadt für ihre Arbeit. Viele würden daher ihre Bedürfnisse zeitlich so ausrichten, dass sie die Toilette am Arbeitsplatz verwenden können (36. Experteninterview).

(In-)formelle Kleinunternehmen oder Vereine, welche eine regelmäßige Abfallsammlung anbieten, gibt es in den informellen Siedlungen nicht. Die Menschen in diesen Siedlungen erklären dies damit, dass sie zu arm seien, um für die Abfallsammlung zu bezahlen. In den nicht erschlossenen Vierteln lasse sich mit der Abfallsammlung kein Geld verdienen. Die AbfallsammlerInnen, die selbst in informellen Siedlungen wohnen, würden ihre Arbeit in zentrumsnahen Stadtvierteln verrichten, wo die Haushalte für die Dienstleistung auch bezahlen könnten (19. Einzelinterview). In Ermangelung anderer Abfallentsorgungsmechanismen werden Abfälle in den informellen Siedlungen meist außerhalb des Hofes gebracht und wenn die Abfallhaufen einen gewissen Umfang erreicht haben, werden sie auch hier verbrannt (25. Einzelinterview)<sup>6</sup>. In manchen dieser Viertel haben sich die NachbarInnen abgesprochen und Orte für ihre spontanen »Mülleponien« ausgewählt. Diese Abfallhaufen befinden sich oft auf freien Flächen, die von der Stadtverwaltung als »réserve publique« oder »domaine de l'Etat« qualifiziert werden. Es handelt sich dabei um brachliegende Flächen, die nicht als Siedlungsfläche dienen, sondern für öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser, Märkte oder auch Fußballplätze, welche in naher Zukunft errichtet werden sollen, reserviert sind. In Bamako ist es nach wie vor üblich, dass reichere Bauern und Bäuerinnen, die im peri-urbanen Raum Landwirtschaft betreiben

5 Anhang 3: 5. Zitat

6 Anhang 3: 6. Zitat

und es sich leisten können, die Haushaltsabfälle holen und als Dünger auf den Feldern ausbringen (siehe auch Chevron und Reinprecht 2002).

In den nicht erschlossenen Zonen an der Peripherie Ouagadougous werden Haushaltsabfälle auch in aufgelassenen Sand- und Kiesgruben entsorgt. Wenn die Gruben voll sind, werden sie während der Regenzeit für den Anbau von Getreide, Gemüse und Hülsenfrüchten für den eigenen Bedarf verwendet (25. Einzelinterview). Dies entspricht den traditionellen Praktiken der Kompostierung in den Ackerbaugesellschaften Westafrikas (siehe auch Chevron et al. 2002), allerdings kann die veränderte Zusammensetzung des Abfalls und die fehlende Mülltrennung auch negative Folgen für den Boden, das Grundwasser und die KonsumentInnen der Nahrungsmittel haben (siehe Rogalski 2002). Auf jeden Fall werden die Abfälle nicht irgendwo entsorgt, sondern sie werden so eingesetzt, dass sie für die Menschen noch einen Nutzen haben. So dienen sie manchen Familien in den informellen Vierteln auch dazu, die Unebenheiten der Lehmstraßen nach der Regenzeit wieder einzuebnen (18. Einzelinterview).

### 7.1.3. Dimensionierung und Nutzung der sanitären Infrastruktur

Vielfach meinten ExpertInnen, dass nicht nur das Fehlen einer entsprechenden Infrastruktur, sondern eine chronische Überlastung oder – wie manche ExpertInnen es nannten – eine Überaneignung »surappropriation« der existierenden Infrastruktur ein wichtiges Problem sei. Dies betrifft sowohl hauseigene sanitäre Anlagen wie Duschen und Toiletten als auch kollektive Infrastruktur wie dezentrale Abwassersysteme. Eine Ursache liegt darin, dass diese sanitären Anlagen, die nach europäischen Normen entworfen wurden, kaum an die »afrikanische Realität« angepasst wurden. So sind die standardisierten und in Burkina Faso subventionierten Modelle der Klär- und Sickergruben von ihrer Aufnahmekapazität her für Kleinfamilien konzipiert, obwohl diese Familienform in westafrikanischen Ländern längst nicht so weit verbreitet wie in Europa ist. Ein Forscher am Institut International d'Ingénierie de l'Eau et de l'Environnement in Ouagadougou sprach mir gegenüber dieses Thema mit besonderem Nachdruck an. Sogar in den neu erschlossenen Vierteln an der städtischen Peripherie, wo wohlhabende Familien ihre Häuser errichten ließen, entspricht die Kleinfamilie vielfach nicht der tatsächlichen Lebensform. Oft kommen im Laufe der Jahre die Familien der eigenen Kinder und auch Verwandte aus den Dörfern hinzu. So beschreibt er ein Phänomen, das man während einer Feldforschung zu dem Thema beobachten kann und für das Thema dieses Buchs eine große Rolle spielt. Das ist der Umstand, dass Haushalte, die sich ursprünglich nur aus einem Ehepaar und den Kindern zusammensetzen, oft kurzfristig doppelt so viele Personen zählen. Die Menge an Abwässern übersteige in einem solchen Fall dann die Kapazitäten der hauseigenen Infrastruktur und die sanitären Anlagen seien unterdimensioniert (siehe hierzu 35. Experteninterview). Dasselbe gilt für die Abfallmenge, da in manchen Haushalten mehr als zwanzig BewohnerInnen nicht selten sind. Die offiziellen AbfallsammlerInnen entsorgen die Abfälle im Allgemeinen einmal wöchentlich. In zahlreichen Familien sind die Abfallsammelbehälter jedoch unterdimensioniert, sodass relativ schnell rund um die Müllheimer Abfallhauen entstehen. Die gängigen Konzepte der Abfallwirtschaft seien zu wenig flexibel, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Entweder müssten zahlreichen

Haushalten größere oder mehrere Abfallsammelbehälter angeboten oder ihre Abfälle häufiger entsorgt werden, um Abfallhaufen am Straßenrand oder andere Formen der umweltschädigenden Entsorgung von Abfällen zu vermeiden.

In Bamako konnte ich in den Stadtteilen Banconi und Djicoroni-Fulabougou dezentrale Abwassersysteme für die Entsorgung von Grauwässern besichtigen. Das Abwassersystem in Banconi, das mehr als vierhundert Haushalte verbindet, existiert seit dem Jahr 2000 und wurde zum Großteil von der Bevölkerung selbst finanziert und von Mitarbeitern einer lokalen GIE unter Aufsicht des technischen Dienstes der Stadtverwaltung errichtet. Beim Rundgang durch das Viertel mit dem Leiter der GIE im Februar 2012 wurden mir die Schwachstellen des Abwassersystems gezeigt, wobei diese dazu geführt hätten, dass der Abfluss des Abwassers vielerorts nicht mehr funktioniert. An mehreren Stellen wären die Leitungen kaputt und die Grauwässer hätten sich eigene Wege auf den nicht asphaltierten Straßen gebahnt. Entlang der Grundstücksmauern wären immer wieder offene bzw. eingestürzte Sickergruben zu sehen, in denen sich nicht nur Abwässer, sondern auch Abfälle staute. Mancherorts war das Abwasser aus diesen Gruben übergetreten und hätte sich auf die Straße ergossen. Der Leiter der GIE führte mich auch in zwei Haushalte, deren Hof von Kochgeschirr und Wascheimern übersäht war. In den Waschplätzen staute sich das Abwasser, da die Leitungen scheinbar verstopft waren. Es war offensichtlich, dass das dezentrale Abwassersystem nicht an die Gewohnheiten und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung angepasst war bzw. dass die Verhaltensweisen der NutzerInnen sich nicht geändert hatten, sodass das ganze System nicht wie erwartet funktionierte. Der Leiter der GIE, welche nunmehr für die Wartung des Systems zuständig war, beklagte, dass die BewohnerInnen zu wenig achtsam seien und sich darauf verlassen würden, dass die GIE jeglichen Schaden behebe (21. Experteninterview). Eine Studie, welche das dezentrale Abwassersystem im Jahr 2002 evaluiert hatte (Steiner 2002), war zum selben Schluss gekommen. In dieser Studie wurde festgehalten, dass bestimmte Praktiken das Abwassersystem übermäßig belasten. Beispielsweise wird erwähnt, dass der Umstand, dass Kochtöpfe, mit denen über offenem Feuer gekocht wird, mit Sand gereinigt werden, eine solche Praxis sei. Dieser Sand finde sich im Abwaschwasser wieder und führe zu Verstopfungen der Leitungen. Auch feste Abfälle würden immer wieder in die Abwasserleitungen gelangen und das System blockieren. Manche Haushalte hätten technische Vorrichtungen gebaut, um das Regenwasser in das dezentrale Abwassersystem zu leiten. Das System sei dafür jedoch nicht vorgesehen und mit den großen Wassermengen überfordert. Schließlich würden manche Haushalte das dezentrale Abwassersystem wie eine Kanalisation verwenden, das heißt sie würden auch die Abwässer von der Toilette in das System leiten. Die Abwasserreinigung erfolge jedoch nur mithilfe eines Filters aus Kies und Sand und sei daher nicht geeignet, um pathogene Keime zu eliminieren. Da das dezentrale Abwassersystem in den Niger mündet, stelle es eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar, wenn es nicht in der vorgeschriebenen Weise genutzt werde (ebd.).

Auch bei der Besichtigung des dezentralen Abwassersystems im Viertel Djicoroni-Fulabougou in Bamako im Februar 2012 konnte ich ähnliche Probleme beobachten. Das System, an das zu diesem Zeitpunkt nur knapp fünfzig Haushalte angeschlossen waren, existiert dort seit dem Jahr 2009 und wurde ebenfalls zum Großteil von der Bevölkerung finanziert. Eine afrikanische NGO, die das Projekt unterstützt hat, hatte ein

Privatunternehmen mit der Errichtung beauftragt. Auch hier war das System zum Teil nicht mehr funktionstüchtig: Die Filteranlage am Ufer des Nigers, welche die Abwässer des dezentralen Abwässer reinigen sollte, war seit der Inbetriebnahme nie gewartet worden. In mehreren Haushalten war der Abfluss des Waschplatzes verstopft und weil die Familien nicht bereit waren, für die Instandhaltung zu bezahlen, schütteten sie das Abwasser auf die Straße bzw. in offene Sickergruben außerhalb des Hofes.

In den zentrumsnahen Vierteln in Bamako und Ouagadougou stellt die unsachgemäße Verwendung der Regenwasserdrainage durch die StadtbewohnerInnen schon seit längerem ein Problem dar. Die Entwässerungsrinnen und -gräben wurden errichtet, um das Regenwasser während der Regenzeit in geordneten Bahnen zum Niger in Bamako bzw. in die Stauseen in Ouagadougou zu führen. In der niederschlagsarmen Jahreszeit sind die Entwässerungsrinnen und -gräben ausgetrocknet. Manche Haushalte nutzen die Regenwasserdrainage jedoch zur Entsorgung der Haushaltsabwässer und selbst zur Entsorgung der Abfälle. Dieses Phänomen, das bereits von Chevron et al. (2002) in Bamako und Jacky Bouju (2002) in Ouagadougou beschrieben wurde, wird auch heute immer wieder thematisiert. Die Sichtweisen der Bevölkerung und der ExpertInnen unterscheiden sich hier jedoch deutlich voneinander. Viele BewohnerInnen dieser Viertel sehen kein Problem darin, die Abwässer in den Entwässerungsrinnen zu entsorgen können. Eine Frau, die in Gounghin in Ouagadougou wohnt, meinte sogar, dass sie sich als Verbesserung ihrer Wohnsituation die Errichtung von Entwässerungsgräben entlang der Straße wünsche, damit sie ihre Haushaltsabwässer dort entsorgen kann. Dies würde nicht nur die Überschwemmungen während der Regenzeit reduzieren, sondern auch die Wasserlachen vor dem Haus verhindern (14. Einzelinterview). Die ExpertInnen, d.h. VertreterInnen von staatlichen und kommunalen Einrichtungen oder NGOs sehen die Nutzung der Regenwasserdrainage als Müllheimer jedoch sehr kritisch. Besonders während der Regenzeit könne dieses Verhalten häufig beobachtet werden, denn es gehe mit der Hoffnung einher, dass der Regen die Abfälle wegspülen werde. Das Prinzip der Entsorgung über den Wasserweg, das im Grunde nur für die Kanalisation, also für die Entsorgung von Grau- und Schwarzwässern vorgesehen war, wird hier auf die Entsorgung der Haushaltsabfälle ausgeweitet. Diese Vorgangsweise führe allerdings dazu, dass die Regenwasserdrainage mit der Zeit verstopft und das aufgestaute Regenwasser überlauft (15. Expertinneninterview)<sup>7</sup>. Dadurch, dass das Netz von Entwässerungsrinnen in den letzten Jahren ausgeweitet wurde und auch jene Stadtviertel, die nicht in der Nähe des Flusses bzw. der Stauseen gelegen sind, über Entwässerungsrinnen verfügen, hat sich die Wassermenge, die die Regenwasserdrainage kanalisieren soll, vervielfacht. Verstopfte Entwässerungsrinnen und -gräben haben nun unter Umständen nicht nur kleinflächige Überschwemmungen zur Folge, sondern können sogar ganze Stadtteile zerstören. Bei meinem Besuch im Stadtviertel Banconi in Bamako im Oktober 2013 konnte ich das Ausmaß der Schäden, die während der Regenzeit im August 2013 entstanden waren, mit eigenen Augen sehen. Viele Häuser, die sich entlang des Entwässerungsgrabens befunden hatten, waren von den Wassermassen zerstört worden. Dennoch hatten die BewohnerInnen dieses Viertels, in welchem es keine of-

fizielle Abfallsammlung gibt, auch nach der Überschwemmung ihre Abfälle weiter am Rande des Entwässerungsgrabens deponiert.

### 7.1.4. Die Kostenfrage als Streitpunkt zwischen MieterInnen und VermieterInnen

In den zentrumsnahen Vierteln in Ouagadougou ist der Anteil der Familien, die in einem Mietverhältnis leben, schon immer hoch gewesen und heute im Steigen begriffen. HofeigentümerInnen vermieten oft ungenutzten Wohnraum, um ein Zusatzeinkommen zu erwirtschaften. Mieteinnahmen können Zeiten der Einkommenseinbußen durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit überbrücken helfen. Bei jungen Männern, die sich als Tagelöhner oder Studenten in der Stadt aufhalten, sind günstige Ein-Zimmer-Wohnungen besonders begehrt. Aber das Leben vieler einander anfangs fremder Menschen auf engem Raum bringt auch Probleme mit sich. In einigen der Gehöfte, in welchen ich Interviews durchgeführt habe, befanden sich mehrere Mietparteien und insgesamt mehr als dreißig Personen. Insbesondere die kollektive Nutzung der Dusch- und Waschräume, die Reinigung und die Wartung der sanitären Anlagen stellen diese Wohngemeinschaften vor große, schwer zu bewältigende Herausforderungen. Leben mehrere Familien in einem gemeinsamen Hof in Miete, so wird die Reinigung von Bad und Dusche immer zwischen den Frauen der jeweiligen Familien aufgeteilt. In einem Rotationsverfahren übernimmt jede der Frauen für einige Tage die Verantwortung für die Sauberkeit der sanitären Anlagen. Alleinstehende Männer hingegen sind von der Haushaltsharbeit befreit (5. Einzelinterview; für Bamako siehe auch Chevron et al. 2002). Dies führt insbesondere in einem so genannten Celibatorium (kleine Ein- bis Zwei-Zimmerwohnungen, welche um einen Hof gruppiert und für junge alleinstehende Männer vorgesehen sind) dazu, dass, wenn einzelne Männer bereits verheiratet sind, ihre Frauen eine übermäßig große Arbeitslast zu tragen haben. Einer meiner InterviewpartnerInnen berichtete, dass in seinem Hof nur drei Männer verheiratet seien und die drei Frauen abwechselnd die gemeinsamen Toiletten und Waschräume für alle 17 BewohnerInnen reinigen würden (15. Einzelinterview). Diese Arbeitsteilung, welche die Hausarbeit ausschließlich den Frauen anlastet, wurde weder von den Männern noch von den Frauen infrage gestellt. Auch wenn junge Frauen erwerbstätig sind, scheint ihnen die Vorstellung, Männer könnten sich bei der Hausarbeit beteiligen, zu realitätsfremd zu sein.

MieterInnen verfügen in den meisten Fällen über keinen Mietvertrag, in welchem die Rechte und Pflichten der MieterInnen und des Eigentümers/der Eigentümerin festgehalten werden. Wer für Betriebskosten und Instandhaltungskosten aufkommen muss, ist den MieterInnen oft nicht klar<sup>8</sup>. Während die Übernahme der laufenden Kosten wie Wasser, Strom oder Müllentsorgungsgebühren für die MieterInnen selbstverständlich ist, gilt das nicht im selben Maß für Kosten in Zusammenhang mit der sanitären Infrastruktur wie die Entleerung der Klär- und Sickergrube. Die meisten

8 Ein Mietrechtsgesetz für Privatwohnungen (LOI N°103-2015/CNT) wurde in Burkina Faso erst am 22. Dezember 2015 vom nationalen Übergangsrat verabschiedet. Dieses Gesetzes tritt im Dezember 2016 in Kraft und sieht u.a. vor, dass die EigentümerInnen für allfällige Instandsetzungen sowie die Entleerung der Klärgruben aufkommen.

MieterInnen gehen davon aus, dass die HofeigentümerInnen für die Instandhaltung und Wartung der sanitären Anlagen verantwortlich sind. Diese Annahme scheint jedoch vielfach unrealistisch zu sein, denn nur eine einzige Frau berichtete, dass der Eigentümer tatsächlich für die Entleerung der Klärgrube aufgekommen sei (23. Einzelinterview). Die anderen MieterInnen, bei denen die Klärgrube entleert werden musste, erzählten, dass sich die EigentümerInnen geweigert hätten, die Kosten zu übernehmen. Eine ältere Frau meinte, dass der Vermieter nicht bereit gewesen sei, die Kosten zu tragen, obwohl dessen Sohn im selben Hof wohnen würde (14. Einzelinterview). Ein Maurer gab an, dass der Hofeigentümer zum Anlass der Hochzeit seines Sohnes die Teilentleerung der Klärgrube als Geschenk für diesen bezahlt hatte. Im darauffolgenden Jahr sei die Klärgrube jedoch wieder voll gewesen und der Eigentümer hätte dieses Mal keine Bereitschaft für die Übernahme der Kosten gezeigt. Der Mann meinte, dass er sich nun gezwungen sehe, die Entleerung der Klärgrube selbst zu bezahlen (22. Einzelinterview). Manche MieterInnen lebten nach ihren Aussagen nicht so lange im Hof, dass die Klärgrube schon voll geworden sei. Die MieterInnen gehen auch hier oft davon aus, dass die EigentümerInnen für die Entleerung zuständig sind. Eine Frau erwog im Gespräch mit mir, die Sickergrubenentleerung selbst zu bezahlen und die Kosten dann im Nachhinein von der Miete abzuziehen. Sie fügte hinzu, dass sie jedoch nicht wisse, ob der Eigentümer das akzeptieren werde (5. Einzelinterview).

Da es – wie bereits erwähnt – meistens keine Mietverträge gibt, sondern die Übereinkunft über das Mietverhältnis zwischen den EigentümerInnen und den MieterInnen mündlich getroffen wird, ist die Zuständigkeit für die Renovierung von Klär- und Sickergruben oft unklar. Bei mehreren Familien, die ich im Viertel Gounghin in Ouagadougou besuchte, konnte ich feststellen, dass die sanitären Anlagen defekt waren. Den MieterInnen steht in den meisten Fällen kein Druckmittel zur Verfügung, um die EigentümerInnen zur Instandsetzung der Anlagen zu bewegen. Eine Frau erzählte mir, dass in ihrem Hof die Mauer der Dusche und der Toilette während der Regenzeit eingebrochen sei. Das Wellblechdach werde nun als provisorischer Wandersatz verwendet. Die drei Mietparteien würden zurzeit genügend Geld zusammensparen, um Ziegel zu kaufen und die Wand wieder aufzubauen (8. Einzelinterview). In einem anderen Haushalt, ebenfalls in Gounghin, war die Sickergrube, die sich direkt unter der Dusche befunden hatte, während der Regenzeit eingestürzt. Die MieterInnen hatten zum Zeitpunkt des Interviews im September 2013 die daneben befindliche Toilette zu einer Waschgelegenheit umfunktioniert und leiteten das Brauchwasser mithilfe eines Abflussrohres in die offene Sickergrube. Sie hatten dem Eigentümer des Hofes Bescheid gegeben, doch dieser hatte noch keine Maßnahmen getroffen, um die Sickergrube zu reparieren. Die ältere Frau, die mit ihrer Familie und zwei anderen Mietparteien gemeinsam in einem Hof lebte, meinte, dass der Hofeigentümer nicht in Ouagadougou wohnte und sich deshalb nicht um die Belange der MieterInnen kümmern würde (10. Einzelinterview). Da sich dieser Hof in unmittelbarer Nähe meiner Gastfamilie befand, konnte ich die weiteren Entwicklungen mitverfolgen. Bis zu meiner Abreise im Februar 2014 war die Sickergrube nicht repariert worden und die 23 BewohnerInnen des Hofes nutzten die Toilette weiterhin als provisorische Dusche.

Das Problem der Übernahme von Instandsetzungskosten betrifft jedoch nicht nur sanitäre Anlagen, sondern auch die Wohngebäude selbst. Während der starken Regen-

fälle im Jahr 2009 wurden die Wohngebäude von mehreren meiner InterviewpartnerInnen beschädigt. Weil der Eigentümer sich geweigert hatte, für die Sanierung zu bezahlen, waren die MieterInnen, wie sie mir erzählten, gezwungen, die Kosten selbst zu übernehmen. Das heißt, die schadhafte Mauer und das defekte Wellblechdach der Wohnhäuser wurden mit eigenen Mitteln wieder instand gesetzt (8. Einzelinterview, 12. Einzelinterview, 22. Einzelinterview). Die MieterInnen fühlten sich zwar für derartige Bautätigkeiten nicht verantwortlich, aber sie wollen nicht das Risiko in Kauf nehmen, dass ihr Haus bei starkem Regen unter Wasser gesetzt wird oder sogar zusammenstürzt. Insbesondere die MieterInnen in zentrumsnahen Vierteln gaben an, dass es sehr schwer sei, ein anderes leistbares Miethaus bzw. ein Grundstück in einem informellen Viertel zu finden, und dass sie daher keine andere Wahl hätten, als die anfallenden Kosten zu tragen.

Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen den HofeigentümerInnen und den MieterInnen kommen manchmal auch Konflikte zwischen den MieterInnen selbst hinzu. Eine Mieterin berichtete davon, dass der straßenseitig gelegene Teil des Grundstücks an Automechaniker, die dort eine kleine Werkstatt aufgemacht haben, vermietet würde. Zwischen den BewohnerInnen und den Arbeitern seien Konflikte rund um die Reinigung des Arbeitsplatzes und die Beteiligung an den Kosten für die Abfall- und Abwasserentsorgung entstanden. Die Mechaniker würden täglich Schmutz in Form von alten Autoteilen und verschmutzten Putzlappen hinterlassen. Durch das Altöl wäre der Eingangsbereich zum Hof bereits stark verunreinigt worden. Die Mechaniker seien jedoch weder dazu bereit, ihren Arbeitsort zur reinigen, noch finanziell zur Abfallsammlung beizutragen. Außerdem würden die Mechaniker die Toilette im Hof benützen, ohne im Gegenzug zu den Kosten für die Entleerung der Klärgrube aufzukommen. Die Mechaniker würden es schlicht und einfach nicht als ihre Pflicht betrachten, für diese Ausgaben aufzukommen und die Verantwortung dem Hofeigentümer zuschieben (5. Einzelinterview).

Das Problem der Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, Geschäfte sowie Stehcafés, die am Straßenrand ihren Stand errichtet haben, ist laut einem Mitarbeiter der Interessengemeinschaft der Kleinunternehmen in der Abfallwirtschaft in Ouagadougou bisher überhaupt noch zu wenig berücksichtigt worden. Schätzungen zufolge kämen auf ein Gehöft in einem zentrumsnahen Stadtviertel drei bis vier Kioske und Verkaufsstände. Da er als Abfallsammler selbst in zwei innerstädtischen Zonen tätig sei, wisse er, dass die VerkäuferInnen und DienstleisterInnen kein Abonnement für die Abfallsammlung aufnehmen, sondern den Abfalleimer der angrenzenden Haushalte verwenden würden. Während es in den innerstädtischen Zonen potentiell 30.000 AbonnentInnen gebe – eine Zahl, die die Stadtverwaltung errechnet habe – seien aktuell nur 8.000 Haushalte und Unternehmen bei der Abfallsammlung abonniert (33. Experteninterview).

## 7.2. Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft

### 7.2.1. Die »fehlende Zahlungsmoral«

In den von mir durchgeführten ExpertInneninterviews wurde zwischen dem Vermögen und der Bereitschaft, für umweltorientierte Dienstleistungen zu bezahlen, durchgehend unterschieden. Generell konnte ich feststellen, dass von finanziellen Schwierigkeiten in Zusammenhang mit der Errichtung und Instandsetzung von sanitären Anlagen die Rede war, während Zahlungsunwilligkeit eher in Bezug auf die Inanspruchnahme von Entsorgungsleistungen ausschlaggebend zu sein schien. In vielen ExpertInneninterviews wurde andererseits beklagt, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, finanziell zur Errichtung von hauseigener Infrastruktur wie beispielsweise Sickergruben beizutragen, äußerst gering sei. Die ExpertInnen meinten, dass Männer wie Frauen ihr Geld lieber für Einkommen schaffende Aktivitäten wie den Kleinhandel verwenden wollten. Die Verbesserung der häuslichen sanitären Infrastruktur wird nicht als Investition gesehen, die dem Haushalt wirtschaftlichen Nutzen bringt (11. Experteninterview).

Diese mangelnde Bereitschaft, finanziell beizutragen, gilt auch und besonders, wenn größere Infrastrukturprojekte geplant werden. Als Beispiel kann die Errichtung eines dezentralen Abwassersystems in Bamako, im Stadtteil Djicoroni-Fulabougou, genannt werden. Nach der Fertigstellung des dezentralen Abwassersystems wurden nur 47 der geplanten 149 Haushalte an das System angeschlossen, da der Großteil der Haushalte den Errichtungsbeitrag von 115.000 CFA nicht bezahlt hatte (15. Expertinneninterview). Während die Gemeindevertreterin der Commune IV in Bamako das Problem ausschließlich auf die mangelnde Zahlungsfähigkeit zurückführte, wies ein traditioneller Viertelchef der Commune IV auf eine Reihe weiterer Faktoren hin, welche dem Projekt nur einen mäßigen Erfolg beschert hatten. Einerseits hätten manche Familien die Fertigstellung des dezentralen Abwassersystems abwarten wollen, um zu sehen, ob und wie das System funktioniere. Diese Familien wären dem Projekt also nicht prinzipiell ablehnend gegenübergestanden, aber aus einer gewissen Skepsis heraus hätten sie den Vertrag nicht vorab unterzeichneten und den nötigen Errichtungsbeitrag einzahlen wollen. Eine weitere Schwierigkeit wäre dadurch hinzugekommen, dass das Privatunternehmen, das mit der Errichtung des dezentralen Abwassersystems beauftragt worden war, die Arbeit zum Teil nicht korrekt ausgeführt hätte. Auch nach der Umarbeitung würde das System in manchen Bereichen nach wie vor nicht funktionieren (22. Experteninterview).

Bei der Errichtung eines dezentralen Abwassersystems im Stadtviertel Banconi in Bamako hatten ebenfalls nicht nur das Problem der mangelnden Zahlungsfähigkeit und Willigkeit, sondern auch andere Faktoren eine Rolle gespielt. Hier waren es auch die fehlende Voraussicht und die schlechte Planung, die zu Änderungen im Bauprojekt und den Errichtungsbeiträgen geführt hatten. Der Leiter der GIE im betreffenden Stadtteil, der auch bei den Bauarbeiten mitgewirkt hatte, erzählte mir, dass die BewohnerInnen sich anfänglich bereit erklärt hätten, über einen Zeitraum von drei Jahren monatlich 3.000 CFA als Errichtungsbeitrag zu bezahlen. Nach dem Baubeginn wären jedoch zusätzlich zum Anschluss an das Abwassersystem auch noch Waschplätze in den Höfen geplant worden, damit die Grauwässer vom Geschirr- und Wäschewaschen abgeführt

werden können. Der monatliche Kostenbeitrag sei aus diesem Grund auf monatlich 3.750 CFA pro Haushalt angehoben worden (21. Experteninterview). Im Hinblick auf die Einnahmen und Ausgaben der mehrheitlich ärmeren BewohnerInnen in Banconi stellte dies eine empfindliche Erhöhung dar. In Anbetracht der Tatsache, dass ein Tagelöhner in Bamako beispielsweise täglich rund 1.000 CFA verdient und damit oft bis zu zehn Familienmitglieder ernähren muss, sind bereits 3.000 CFA viel Geld. Es ist daher nicht erstaunlich, dass es großer Überredungskunst und teilweise auch Zwang bedurfte, um die Menschen in diesem Viertel zu dieser Zahlungsverpflichtung zu überreden. In den folgenden drei Jahren sei wiederholt die Intervention des Stadtteilkomitees erforderlich gewesen, um Zahlungsrückstände einzutreiben. Heute seien zwar über vierhundert Haushalte im Viertel an das dezentrale Abwassersystem angebunden, jedoch hätten nur drei Viertel der Haushalte einen Waschplatz errichten lassen. Die Weigerung, den erhöhten monatlichen Beitrag zu zahlen, wurde vom Leiter der GIE, der auch Mitglied des Komitees war, als »ländliche Mentalität« bezeichnet. Die Menschen im Stadtviertel hätten sich wie DorfbewohnerInnen verhalten, die ohne Zwang nicht bereit wären, ihre Beiträge zu zahlen (21. Experteninterview).

Diese Einstellung findet ihren Ursprung in der Kolonialzeit, als die Kopfsteuer von der Bevölkerung unter Zwangsandrohung eingehoben wurde. Auch nach der Unabhängigkeit der westafrikanischen Länder war die Bereitschaft der Bauern und Viehzüchter, Steuern und Abgaben zu leisten, sehr gering. Dies erklärt sich nicht zuletzt auch dadurch, dass die ländliche Bevölkerung, die keiner bezahlten Erwerbsarbeit nachging, sondern Subsistenzwirtschaft betrieb, kaum Bargeld besaß. Um also Steuern und Abgaben bezahlen zu können, waren sie gezwungen, ihre landwirtschaftlichen Produkte bzw. Vieh zu verkaufen. Auch heute würden z.B. Viehzüchter – so ein Mitarbeiter der Abteilung für Soziale Entwicklung in Mali – nicht den tatsächlichen Viehbestand deklarieren, um den Steuerforderungen zu entgehen (14. Experteninterview). Cheickna Touré, ein malischer Rechtswissenschaftler, erklärt dies nicht nur dadurch, dass manche Steuerbeamte korrupt seien und einen zu hohen Steuersatz berechnen würden, sondern auch, dass der Nutzen von Steuern vielen Menschen im ländlichen Milieu nicht klar sei (siehe Touré 2011).

Abgesehen von solchen Kosten werden auch die Kosten für die Entleerung der Klärgrube von ärmeren Haushalten oft als große Belastung erlebt. So meinte eine Frau, die Kosten von 22.500 CFA hätten ihr Herz zerrissen (»N yere dusu tinyena«) (10. Einzelinterview). Wenn man bedenkt, dass dieser Betrag beinahe dem gesetzlich festgelegten monatlichen Mindestlohn in Mali und Burkina Faso entspricht, bedeutet die Klärgrubenentleerung tatsächlich einen finanziellen Einschnitt für eine Familie. Die Gebühren für die Klärgrubenentleerung sind im Vergleich zu den Einkommenserhöhungen disproportional angestiegen. Die umweltgerechte Entsorgung des Klärschlamm wird immer teurer, was nicht zuletzt auf die Privatisierung dieser Dienstleistung zurückgeht. Eine alteingesessene Bewohnerin Ouagadougous meinte, dass die Stadt Ende der 1990er Jahre einen eigenen Saugwagen zur Verfügung gestellt hätte, um die Klärgruben der Privathaushalte zu entleeren. Die Kosten dafür hätten damals für ein Gehöft 6.000 CFA ausgemacht. Heutzutage gäbe es nur noch das Angebot der privaten Dienstleister und ein Saugwagen käme auf mindestens 15.000 CFA (16. Einzelinterview). Es komme aber auch vor, wie mir eine Bewohnerin des Viertels Karpala in Ouagadougou erzählt,

te, dass Saugwagenunternehmen die Klärgrube von ärmeren Haushalten als Freundschaftsdienst kostenlos entleeren. So gebe es dies von einem Saugwagenunternehmen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Weil sie dessen Mitarbeiter gut kennen würde, sei es schon vorgekommen, dass sie ihr die Kosten erlassen hätten (19. Einzelinterview). Eine Gemeindevertreterin in Bamako bestätigte, dass Saugwagenunternehmen in manchen Fällen die Entleerung der Klärgruben zum Unkostenpreis oder auf eigene Kosten durchführen würden. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn sie von einem Haushalt gerufen werden, weil die Klärgrube schon seit Wochen oder sogar Monaten voll sei und sich Schädlinge wie Ratten oder Kakerlaken vermehrt hätten (15. Expertinneninterview). Ein Mitarbeiter des Interessensverbandes der informellen Dienstleister, welche Klärgruben manuell, d.h. mit Schaufeln und Kübeln, entleeren, berichtete auch von solchen Fällen, wenn die Arbeiter von Haushalten gerufen werden, in denen es einen Todesfall in der Familie gegeben habe. Auch hier sei das Mitleid mit den Familien der ausschlaggebende Grund, weshalb die Gebühren in Ausnahmefällen gesenkt werden. Wenn nämlich die Sickergrube in diesen Haushalten voll und die hygienischen Bedingungen unzureichend seien, könnte die Leichenwaschung nicht vorgenommen werden. Die Notwendigkeit, diese so rasch wie möglich zu verrichten, und der Umstand, dass ärmere Familien nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügten, führe dazu, dass die Sickergrube dann zum Unkostenpreis entleert werde (34. Experteninterview)<sup>9</sup>.

Ein immer wieder diskutiertes Thema betrifft die akzeptablen Obergrenzen für Umweltdienstleistungen. In Ouagadougou sehen viele Haushalte 500 CFA als vertretbare monatliche Gebühr für die Abfallsammelgebühren; nur einige wenige Haushalte seien bereit, bis zu 1000 CFA pro Monat zu bezahlen. Ein Tarif, der über dieser Akzeptanzschwelle angesetzt wäre, würde einen Rückgang der AbonnentInnen bedeuten. Bamako hingegen verzeichnete in den letzten Jahren eine mehrmalige Anhebung der Abfallsammelgebühr und etliche Haushalte hätten sich nun daran gewöhnt, monatlich 2000 CFA oder sogar mehr zu bezahlen. In den peripheren Stadtvierteln, wo die Einkommenssituation der alteingesessenen, ursprünglich landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung meist signifikant unter der Einkommenssituation der neu Hinzugezogenen liegt, gäbe es jedoch große Unterschiede in der Zahlungsfähigkeit. Aber auch in Ouagadougou in einem Gespräch mit den BewohnerInnen von Rimkieta in Ouagadougou meinten die älteren Frauen, dass sie nicht in der Lage seien, die monatliche Gebühr von 500 CFA zu bezahlen (6. Fokusgruppeninterview)<sup>10</sup>.

Zur Veranschaulichung der Problematik sei die von mir während der teilnehmenden Beobachtung beobachtete Ernährungssituation erwähnt. In einem Interview mit einem jungen Mann in Ouagadougou wurde dies genau geschildert: In armen Familien wird morgens nur Brei für die Kleinkinder zubereitet, die Jugendlichen und Erwachsenen verzehren die Überreste des Vortags sofern vorhanden. Mittags wird für jedes Familienmitglied etwas Reis mit Sauce um 50 oder 75 CFA bei einer Garküche gekauft. Erst am Abend wird dann für die gesamte Familie gekocht und jeder bekomme dann garantiert eine warme Mahlzeit. Die Ernährungssituation in einem Haushalt könne also als sinnvolles Kriterium zur Armutsbestimmung verwendet werden. Der junge Mann

9 Anhang 3: 8. Zitat

10 Anhang 3: 9. Zitat

fügte hinzu, dass es nicht vertretbar sei, von Familien, die sich nur unzureichend ernähren, 1000 CFA für die Abfallentsorgung zu verlangen. Die Lage ist ganz anders, wenn man die Situation von Haushalten der Mittel- oder Oberschicht betrachtet; in diesen sei der Konsum von Fertigprodukten wie Konserven oder Säften sowie Trinkwasser aus Plastikflaschen alltäglich. Das Abfallvolumen in diesen Haushalten sei daher höher als in ärmeren Familien und folglich müssten die besser gestellten Haushalte sich damit auseinandersetzen, wie sie ihre Abfälle entsorgen. Ärmere Haushalte, die nicht einmal für eine ausreichende Ernährung sorgen könnten, würden gar nicht auf die Idee kommen, dass sie die Umwelt verschmutzen (15. Einzelinterview)<sup>11</sup>. Diese Darstellung trifft m.E. eine Grundproblematik, die in den Abfallwirtschaftsstrategien in Mali und Burkina Faso bisher zu wenig berücksichtigt wurde. Ärmere Familien konsumieren häufig weniger als wohlhabende Familien und verursachen dadurch auch weniger Müll, insbesondere Verpackungsabfall. Die Preisgestaltung sieht bisher keine Möglichkeit vor, die Abfallgebühr abhängig von der Menge zu berechnen, sondern ist für jeden Haushalt gleich. Dies könnte auch ein Grund dafür sein, dass ärmere Haushalte mit geringen Abfallmengen die Dienstleistung von informellen Abfallsammlern bevorzugen, da sie hier die Preise verhandeln können. Ob ärmere Familien aufgrund der unzureichenden Ernährung kein Bewusstsein über das Problem der Umweltverschmutzung erlangen, bleibt für mich dahingestellt. Hier könnten auch die Prioritäten bzw. das Bildungsniveau der Menschen eine Rolle spielen.

In diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig festzuhalten, dass die Beseitigung der Abfälle von manchen Menschen anders beurteilt wird als die Entsorgung der Abwässer. So war der junge Mann in Ouagadougou, von dem soeben die Rede war, bei der Abfallsammlung abonniert und kritisierte die BewohnerInnen seines Viertels, welche die Haushaltsabfälle am Straßenrand verbrennen. Gleichzeitig hatten er und die anderen Bewohner im Celibatorium die Nutzung der Sickergrube eingeschränkt, um Kosten zu sparen. Den Frauen war verboten worden, das Abwasser vom Wäsche und Geschirr waschen in die Sickergrube zu leeren, da diese ansonsten innerhalb von wenigen Monaten wieder voll wäre. Die Frauen mussten in diesem Fall die Abwässer auf der Straße entsorgen (15. Einzelinterview). Die Motivation für das Handeln hängt in diesem Fall weder vom Einkommen noch vom Bildungsniveau ab, denn im Hof lebten u.a. ein junger Verwaltungsbeamter, ein Journalist und ein Krankenpfleger in Ausbildung und alle drei verdienen genug Geld.

Auch in den Sozialwohnbausiedlungen in Bamako, die seit Anfang der 2000er Jahre errichtet wurden und welche überwiegend, wie in Kapitel 4.1.3 näher ausgeführt wurde, von Staatsbediensteten und Angestellten mit Leitungs- oder Verwaltungsfunktion bewohnt werden, konnten ähnliche Erfahrungen gemacht werden. Eine Lehrerin, die in der Siedlung ATT-Bougou lebt, meinte, dass obwohl alle Häuser über eine Sickergrube für die Sammlung des Grauwassers verfügen, manche NachbarInnen ihre Abwässer in die Entwässerungsgräben schütten würden, damit ihre Sickergrube nicht so schnell voll wird (3. Einzelinterview). Diese Problematik scheint mehr auf fehlende Zahlungswilligkeit denn auf fehlende Zahlungsfähigkeit zurückzugehen, denn die Menschen in den Sozialwohnbausiedlungen zählen nicht zu den ärmsten Bevölkerungsschichten in der

Stadt. Alle Familien, die eine Sozialwohnung erhielten, mussten im Vorhinein die nötigen Sicherheiten, d.h. ein regelmäßiges und ausreichend hohes Einkommen vorweisen. Außerdem hatten sie sich verpflichtet, einen Kredit über einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren aufzunehmen und monatlich rund 30.000 CFA zurückzuzahlen. Auch haben die meisten Haushalte in den Sozialwohnbausiedlungen die notwendigen finanziellen Mittel um Hausgehilfinnen, Kindermädchen oder Wärter zu beschäftigen. Die Leiterin einer GIE in ATT-Bougou hatte mir im Jahr 2009 jedoch bereits von den Schwierigkeiten der Abfallsammlung in dieser Siedlung berichtet. Die GIE hätte die Müllabfuhrgebühr von 1000 CFA auf 1500 CFA erhöhen wollen, aber die BewohnerInnen hätten sich geweigert, den erhöhten Preis zu bezahlen. Die Leiterin der GIE bezeichnete die Menschen in diesem Viertel als »Intellektuelle und Revolutionäre«, mit denen man kaum diskutieren könne und die trotz monatlichen Gehalts nur unregelmäßig oder gar nicht für die Abfallsammlung bezahlen würden (3. Expertinneninterview)<sup>12</sup>.

Im Vergleich zwischen ärmeren und reicherem Haushalten zeigt sich, dass die Zahlungsbereitschaft nicht zwangsläufig durch die verfügbaren finanziellen Mittel erklärt wird. Die Haushalte der »reichsten« Gruppe in Mali seien in Bamako dafür bekannt, dass sie alle Abwässer auf der Straße entsorgen würden (20. Experteninterview)<sup>13</sup>. Diese Familien würden aber oft in schönen, mehrstöckigen Villen leben und könnten es sich leisten, Sickergruben zu errichten. Dennoch würden sie – so einer meiner Experten – zu den größten Verschmutzern zählen (siehe ebd.).

Im Allgemeinen wurde von mir eine paradoxale Situation beobachtet, dass nämlich ärmere Familien eine höhere Zahlungsbereitschaft als reichere Familien zeigen. In den Gesprächen mit vielen Menschen wurde dies damit begründet, dass ärmere Familien Angst vor einer Bloßstellung in der Öffentlichkeit hätten. Die ärmeren Haushalte würden sich davor fürchten, wenn die Dienstleister zu ihnen kommen, um die Gebühren für die Abfall- und Abwasserentsorgung vor den Augen der NachbarInnen einzufordern (21. Experteninterview)<sup>14</sup>. Für ärmere Haushalte ist der Schaden im Fall von öffentlichen Schmähungen um Einiges größer als für reichere Haushalte, die nicht auf die Solidarität anderer Haushalte im Viertel angewiesen sind. Dazu kommt, dass ärmere Haushalte fürchten müssen, vor den NachbarInnen das Gesicht zu verlieren und nicht mehr als kreditwürdig zu erscheinen, wenn sie die monatlichen Gebühren nicht bezahlen.

Aus den Interviews geht hervor, dass die Unterscheidung zwischen Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft in vielen Fällen nicht objektiv messbar ist, da sie vielfach auf der subjektiven Einschätzung der eigenen finanziellen Lage basiert. Insbesondere die Einstellungen zu den Kosten für die Abfallsammlung, die im Vergleich zu den Kosten anderer Entsorgungsleistungen bzw. Wartungs- und Instandsetzungskosten relativ gering sind, weisen auf diesen Umstand hin. Die Ausführungen eines Mitarbeiters eines Vereins im Bereich der Abfallsammlung in Ouagadougou zu den potentiellen Möglichkeiten der Preisgestaltung veranschaulichen dies gut. Er breitete mir in einem Gespräch den Plan des Vereins aus, in den informellen Stadtvierteln mit der Abfallsammlung zu beginnen. Anfangs würden sie von jedem Haushalt nur 300 CFA pro Mo-

12 Anhang 3: 11. Zitat

13 Anhang 3: 12. Zitat

14 Anhang 3: 13. Zitat

nat verlangen, denn dies sei eine Summe, die auch arme Haushalte bezahlen könnten. Nach einigen Jahren, wenn diese Viertel dann erschlossen seien, könnte man die Gebühren anheben. Die Familien hätten sich dann bereits an die gebührenpflichtige Abfallsammlung gewöhnt und würden die höheren Kosten akzeptieren (26. Experteninterview)<sup>15</sup>. Dieses Beispiel zeigt auf, dass das Problem nicht in der Zahlungsfähigkeit der Familien begründet liegt, sondern in der Vorgehensweise der staatlichen und privaten Akteure in der Abfallwirtschaft. Wenn die StadtbewohnerInnen mittels überzeugender Informations- und Kommunikationsstrategien auf Maßnahmen wie die Einführung einer kostenpflichtigen Abfallsammlung vorbereitet werden, dann könnte möglicherweise weniger Widerstand gegen diese Maßnahmen beobachtet werden.

## 7.2.2. Subventionen, die nicht wirken

Von Interesse ist die Lage in Ouagadougou, wo alle Haushalte in den erschlossenen Vierteln das Recht auf den Erhalt von Subventionen für die Errichtung von sanitären Anlagen wie Toiletten und Waschgelegenheiten mit Klär- bzw. Sickergrube haben. Die korrekt gebauten sanitären Anlagen durch ausgebildete Maurer und mit qualitativ hochwertigen Materialien sollen sicherstellen, dass Boden und Grundwasser nicht verschmutzt werden. Wie bereits in Kapitel 4.2.3 näher ausgeführt wurde, erhalten die Familien, welche sich für bestimmte Typen von Toiletten bzw. Waschgelegenheiten entscheiden, einen Teil der benötigten Baumaterialien zu einem vergünstigten Preis. Die Haushalte in den informellen Siedlungen an der städtischen Peripherie sind von dieser Maßnahme bisher ausgeschlossen. In den erschlossenen Stadtvierteln wird die Subventionierung der Toiletten- und Duschanlagen mittels Informationskampagnen der Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene beworben. Insbesondere in der Peripherie und den neu erschlossenen Stadtvierteln, in welchen die GrundstückseigentümerInnen neue Häuser errichten, werden die Haushalte systematisch informiert. Aktuell werden zwei Toilettenmodelle beworben: Die so genannte Ventilation Improved Pit (VIP) Latrine ist als Trockentoilette konzipiert, wobei die Klärgrube über zwei Kammern verfügt. Die Kammern werden alternierend verwendet, was die Frequenz der Klärgrubenentleerung reduziert. Die Klärgrube verfügt über einen Luftschacht, der unangenehme Gerüche abzieht und Fliegen fernhält. Die VIP-Toilette wird von den Haushalten am meisten nachgefragt. Das zweite Toilettenmodell ist die so genannte toilette à chasse manuelle (TCM), also eine Toilette, welche keinen Wasseranschluss benötigt, jedoch manuelles Spülen erforderlich macht. Durch die größere Distanz zwischen der Toilette und der Klärgrube entstehen auch hier keine unangenehmen Gerüche in der Toilette. Allerdings ist die Nutzung dieser Toilette durch den höheren Wasserverbrauch, die erforderliche regelmäßige Wartung des Siphons und die häufigere Entleerung der Klärgrube teurer. Die Kosten für die Errichtung dieser beiden Toilettentypen betragen mit der Subvention jeweils mindestens 60.000 CFA. Dies entspricht zwei Mindestgehältern in Burkina Faso und stellt daher eine finanzielle Hürde für ärmere Familien dar. Im Hinblick auf die Entsorgung von Grauwässern werden Sickergruben, die Abwasser aus Duschen bzw. vom Geschirr und Wäsche waschen aufnehmen, subventioniert.

<sup>15</sup> Anhang 3: 14. Zitat

Mikrokredite werden zwar seit einigen Jahren vergeben, um den ärmsten Familien Investitionskapital zur Verfügung zu stellen, doch für die Errichtung von hauseigener Infrastruktur kommen Mikrokredite oft nicht in Frage. Denn Personen, die einen Kredit für die Durchführung von Bauarbeiten aufnehmen wollen, müssen ein regelmäßiges monatliches Einkommen vorweisen. Diese Bestimmungen schließen ärmere Haushalte mit überwiegend informellen und unregelmäßigen Einkommen grundsätzlich aus.

Über die Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene erhielt ich Kontakte zu den Personen, welche die Informationskampagnen durchführen. In Folge erhielt ich die Gelegenheit, bei zwei Versammlungen teilzunehmen und zwei Teams bei ihren Rundgängen in den peripher gelegenen Vierteln von Ouagadougou, Kouritenga und Nagrin, zu begleiten. Beide Viertel wurden erst vor kurzem erschlossen und die Bautätigkeiten waren bei vielen Wohngebäuden noch nicht abgeschlossen. Auf manchen Grundstücken waren erst die Fundamente der Häuser errichtet worden. Insgesamt konnten im Rahmen der Informationskampagne knapp zwanzig Haushalte besucht werden. Bei vielen Haushalten bestanden die Aufgaben der MitarbeiterInnen des Vereins darin, die HauseigentümerInnen über die verschiedenen Modelle von sanitären Anlagen zu informieren und sie davon zu überzeugen, ihre Toiletten, Duschen oder Waschgelegenheiten von den Vertragspartnern und mit den vorgeschlagenen Materialien errichten zu lassen. Den so genannten Animateuren waren hier durchaus hohe Ziele gesteckt, denn sie sollten das Ziel von sieben verkauften sanitären Anlagen pro Woche erreichen. Außerdem mussten die Animateure pro Woche vierzig Haushalte, welche sich für die Errichtung einer sanitären Anlage entschieden hatten, besuchen und den Baufortschritt begutachten. Während meiner teilnehmenden Beobachtung konnte ich beobachten, dass die BewohnerInnen in den peri-urbanen Vierteln oft nicht die vollständige sanitäre Anlage bauen lassen, sondern nur bestimmte Teile davon. Anstatt also Klärgrube, Latrine und Toilettenhäuschen durch qualifizierte Maurer der Wasserbehörde errichten zu lassen, wird nur ein subventioniertes Toilettenhäuschen gebaut. Der Haushalt führt in solchen Fällen die Errichtung der Klärgrube in Eigenregie durch, weil die Grabarbeiten und die Ummauerung der Klärgrube durch einen informellen Maurer günstiger sind. Wenn diese Vorarbeiten abgeschlossen sind, wendet sich der Haushalt an die Behörde, um die Subventionen für Tür und Wellblechdach des Toilettenhäuschen zu erhalten. Die Nachfrage nach einem Toilettenhäuschen, also Tür und Wellblechdach übertrifft also bei weitem die Nachfrage nach der Errichtung einer Klärgrube. Die Materialkosten für ein subventioniertes Toilettenhäuschen belaufen sich auf 35.000 CFA, dies entspricht einem Mindestgehalt in Burkina Faso. Ein Mitarbeiter der Abteilung für die Reinigung von Grau- und Schwarzwässern in Ouagadougou meinte hierzu, dass die Familien nur die kurzfristigen, nicht aber die mittel- und längerfristigen Kosten ihrer sanitären Anlagen berücksichtigen würden. Die Erhaltung einer VIP-Toilette sei im Endeffekt günstiger, weil das Doppelkammersystem der Klärgrube ein größeres Fassungsvermögen habe und die Klärgrubenentleerung viel seltener erfolgen müsse (38. Experteninterview).

Die Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene subventioniert in Burkina Faso nicht nur die Errichtung von sanitären Anlagen, sondern auch die Sanierung bestehender Anlagen. Dieses Angebot richtet sich insbesondere an die Haushalte in den zentrumsnahen Vierteln von Ouagadougou, weil dort die sanitären Anlagen oft

seit Jahrzehnten nicht erneuert wurden und häufig defekt sind. Meist wird dort die Sanierung erst in die Wege geleitet, wenn ein akuter Problemfall vorliegt. So traf ich im Viertel Pagalayiri einen Haushalt, dessen Klärgrube während der Regenzeit eingestürzt war. Mithilfe der Subventionen der Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene wurden Dusche und Toilette saniert. Zum Befragungszeitpunkt hatte der Haushalt bereits 100.000 CFA für die Sanierung ausgegeben und die Bauarbeiten waren noch nicht abgeschlossen. Die Klärgrube war neu ausgekleidet worden, mit einer neuen Bodenplatte zugedeckt und eine Mauer für das Dusch- und Toilettenhäuschen errichtet. Es fehlten nun noch die Türen und ein Wellblechdach. Die Kosten für die Familie waren trotz Subventionen nicht unerheblich, denn die ältere verwitwete Frau, die mit ihrer Nebenfrau, zwei Söhnen und 13 Enkelkindern im Hof lebte, war auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen, um die Bauarbeiten finanzieren zu können (21. Einzelinterview).

Der Koordinator der Informationskampagne in Ouagadougou bestätigte die finanziellen Schwierigkeiten der alteingesessenen ärmeren Familien in den zentrumsnahen Stadtvierteln im Hinblick auf die Sanierung von sanitären Anlagen. Die Haushaltsvorstände in diesen Familien seien häufig schon alt und hätten weder das erforderliche Geld noch würden sie sich für die Sanierungsarbeiten zuständig fühlen. Die finanzielle Verantwortung werde dem ältesten Sohn übertragen, der häufig in einem anderen Haushalt lebe und seiner Aufgabe nicht immer nachkommen würde (32. Experteninterview). Schließlich seien manche Haushalte über die öffentlichen Subventionierungen nicht ausreichend informiert. Da der Schwerpunkt der Informationskampagne auf der Errichtung von neuen Toiletten und Waschgelegenheiten in den neu erschlossenen Randbezirken Ouagadougous und nicht auf der Sanierung der bestehenden sanitären Anlagen liegt, gibt es in den zentrumsnahen Vierteln möglicherweise ein Informationsdefizit. So meinte eine Bewohnerin in Gounghin, dass die Subventionen, die es früher gegeben hätte, eingestellt worden seien. Da sie schon längere Zeit nichts mehr von der Maßnahme gehört hat, geht sie davon aus, dass sie die Reparatur ihrer defekten Sickergrube ohne irgendeine Unterstützung vornehmen muss (6. Einzelinterview).

### 7.2.3. Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Abfallsammelgebühren

Die Kleinunternehmen und Vereine in Bamako und Ouagadougou holen im Allgemeinen einmal wöchentlich die Abfälle der abonnierten Haushalte ab und bringen sie zu den Zwischendeponien. Am Ende des Monats werden die AbonnentInnen dazu aufgefordert, für die Abfallsammlung zu bezahlen. Die monatlichen Gebühren belaufen sich auf 500 bis 1000 CFA in Ouagadougou und 1000 bis 2500 CFA in Bamako. Die Kommodifizierung der Abfallsammlung zeigt sich darin, dass eine umweltgerechte Entsorgung von Haushaltsabfällen nur noch in Form einer kostenpflichtigen Dienstleistung möglich ist. Vor zwei Jahrzehnten war die gesetzlich vorgeschriebene Abfallsammlung noch nicht zwangsläufig mit Kosten verbunden. In Bamako brachten die Haushalte bis Ende der 1980er Jahre ihren Müll zu einem Abfallhaufen im jeweiligen Viertel. Die städtische Müllabfuhr war für die regelmäßige Evakuierung dieser Abfallhaufen zuständig (8. Expertinneninterview). In den peripheren Vierteln Ouagadougous wurde bis in die 1990er Jahre ein ähnliches Abfallwirtschaftsmodell, das »système de tas au sol« genannt wur-

de, praktiziert. Den BewohnerInnen wurde eine kleine Fläche im Viertel, wo sie ihre Abfälle hinbringen konnten, zur Verfügung gestellt. Die Müllfahrzeuge der Gemeinde evakuierten die Abfallhaufen von Zeit zu Zeit (Compaoré und Kaboré 1997). Manche BewohnerInnen der peripheren Viertel sind nach wie vor der Meinung, dass die Abfallsammlung weiterhin auf diese Art und Weise funktioniert. Weil es in ihrem Viertel noch keine offizielle Abfallsammlung gibt, sind sie zurzeit dazu gezwungen, ihre Abfälle im öffentlichen Raum zu deponieren. Aber im Fall, das Viertel würde demnächst vollständig erschlossen sein, gehen sie davon aus, dass die Gemeinde ihnen einen neuen Ort zuweisen wird, wo sie sich ihrer Abfälle entledigen können (7. Einzelinterview)<sup>16</sup>.

In den zentrumsnahen Stadtvierteln in Bamako und Ouagadougou wurden noch bis vor zehn Jahren die Haushaltsabfälle in Abfallmulden gesammelt. Die Stadtverwaltung hatte Ende der 1990er Jahre über hundert Mulden aufgestellt. Die Bevölkerung konnte ihre Abfälle jederzeit kostenlos in diese Behälter werfen. Die frei aufgestellten Abfallmulden sind in der Zwischenzeit verschwunden, mittlerweile gibt es weniger als zehn Mulden, die an öffentlichen Plätzen und Märkten für die Abfallentsorgung zur Verfügung stehen (Mas und Vogler 2006). Selbst in den informellen Vierteln ist man heute allerdings bestrebt, die Anzahl der Abfallmulden zu reduzieren. Ein Vertreter der städtischen Müllabfuhr in Ouagadougou betonte, dass in den informellen Vierteln nur an strategischen Plätzen wie Märkten oder Gesundheitseinrichtungen Abfallcontainer aufgestellt werden. Für die Haushalte sei es vorgesehen, dass diese bei einem Kleinunternehmen oder einem Verein ein Abonnement abschließen würden. Nur so könnten sie ein Bewusstsein für die Wichtigkeit der Abfallwirtschaft entwickeln (27. Experteninterview)<sup>17</sup>. Die EntscheidungsträgerInnen im Bereich der Abfallwirtschaft gehen also von der Annahme aus, dass die StadtbewohnerInnen die angebotenen Dienstleistungen nur wertschätzen würden, wenn sie finanziell dazu beitragen würden. Allerdings sind in den informellen Vierteln kaum AbfallsammlerInnen tätig. Dies hat auch mit der grundsätzlich marktwirtschaftlichen Orientierung zu tun, denn die institutionalisierten Akteure in der Abfallwirtschaft folgen der Marktlogik und sind nur dort tätig, wo die Haushalte auch ihre Dienstleistungen bezahlen. Die Privatisierung der Abfallwirtschaft führt also dazu, dass die reichereren Bevölkerungsschichten einen besseren Zugang zu Entsorgungsleistungen haben.

In Bamako und Ouagadougou ist das einzige zulässige Modell der Abfallentsorgung heute die Abfallsammlung von Haus zu Haus. Die neue Organisation der Abfallwirtschaft seit den 1990er Jahren sieht vor, dass die offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen die Abfälle zu den Zwischendeponien bringen. Die Zwischendeponien werden von MitarbeiterInnen der städtischen Müllabfuhr beaufsichtigt. Die Bevölkerung ist nicht dazu berechtigt, ihre Abfälle persönlich zu einer Zwischendeponie zu bringen, sondern ist quasi dazu verpflichtet, eine/n AbfallsammlerIn dafür zu bezahlen (25. Experteninterview)<sup>18</sup>. Auch wird von den abonnierten Haushalten erwartet, dass sie die Abfälle in einen metallenen Abfalleimer mit Deckel geben und nicht alte kaputte Plastikeimer und -wannen oder Schachteln für die Abfallsammlung verwenden. Die Anschaffung

16 Anhang 3: 15. Zitat

17 Anhang 3: 16. Zitat

18 Anhang 3: 17. Zitat

eines Abfalleimers ist auch mit Kosten verbunden (8. Expertinneninterview). Die Kommodifizierung der Abfallentsorgung hat dazu geführt, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten in den innerstädtischen Vierteln heute einen schlechteren Zugang zur Abfallsammlung als früher haben. Die Folgen sind u.a. das Entstehen von immer zahlreicher werdenden wilden Deponien. So ist sogar in der Nähe einer Zwischendeponie entlang der Geleise an der Viertelgrenze von Gounghin und Larlé in Ouagadougou eine wilde Deponie entstanden. Ein Mitarbeiter eines Vereins im Bereich der Abfallwirtschaft, welcher in Gounghin wohnt, hat mir erzählt, dass er herausfinden wollte, wer die Verursacher dieser wilden Deponie seien. Er hätte sich deshalb mehrere Tage nach Einbruch der Dunkelheit an die Stelle begeben um dort zu beobachten. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass die informellen Abfallsammler den Müll dort abladen würden, hätte er festgestellt, dass es die AnrainerInnen gewesen seien, welche – um die monatliche Abfallgebühr von 1000 CFA zu sparen – ihre Abfälle neben der Zwischendeponie entsorgt hätten (26. Experteninterview)<sup>19</sup>.

Im Gegensatz zur Situation in der Strom- oder Wasserversorgung gibt es für die Unternehmen in der Abfallsammlung kaum wirksame Maßnahmen im Falle, dass KundInnen die Leistungen nicht bezahlen können. Die Kleinunternehmen können keinen Druck auf die AbonnentInnen ausüben, denn wenn sie die Abfallsammlung einstellen, greifen die Haushalte auf informelle Akteure zurück. Daher lassen die meisten Kleinunternehmen beim Einkassieren der Abfallsammelgebühren große Nachsicht walten. Oftmals gibt man den Haushalten bis zu zwei oder drei Monaten Zeit, um die ausstehenden Gebühren zu bezahlen. Währenddessen wird die Abfallsammlung fortgesetzt (26. Experteninterview). Während meines Feldaufenthaltes im September 2009 hatte ich die Gelegenheit, die Kassiererin einer GIE in Bamako zu begleiten, um das Zahlungsverhalten der abonnierten Haushalte und Geschäfte zu beobachten. Die GIE ist seit über 15 Jahren im Stadtteil Magnambougou aktiv und hat rund tausend AbonnentInnen, welche ihren Müll von der GIE entsorgen lassen. Dennoch hat sie Schwierigkeiten, die Müllgebühr von 2000 CFA jeden Monat fristgerecht einzuheben. Im Folgenden soll ein Teil des Gedankenprotokolls veranschaulichen, wie die Begegnungen mit den Familien und Geschäften vonstattengingen und mit welchen Schwierigkeiten die Kassiererin konfrontiert war:

- 1 Bei der Schneiderei: Die Kassiererin erhält den vollen Betrag.
- 2 Beim Geflügelhändler: Der Besitzer des Verkaufsstandes gibt an, zurzeit kein Geld zu haben.
- 3 Tischlerei: Der Tischler gibt an, zurzeit kein Geld zu haben.
- 4 Ein Haushalt: Die Frau bezahlt die Abfallsammelgebühr.
- 5 Ein Haushalt: Die Frau argumentiert, dass sie zurzeit kein Geld habe und bezahlt nicht. Die Kassiererin meint, nachdem wir auf dem Weg zum nächsten Haushalt sind, dass es nicht wahr sei, dass sie kein Geld habe, denn die Frau trage einen teuren Boubou (Kleidungsstück aus Damast).
- 6 Ein Haushalt: Ein Kind öffnet uns die Tür, meint, dass weder die Mutter noch der Vater zu Hause seien.

<sup>19</sup> Anhang 3: 18. Zitat

- 7 Restaurant: Der Besitzer ist nicht da, der Angestellte kann die Gebühr nicht bezahlen.
- 8 Ein Haushalt: Die Frau argumentiert, dass sie nicht genügend Geld habe, um die Abfallgebühr zu bezahlen. Die Kassiererin ist verärgert, denn schon im vorangegangenen Monat hatte dieser Haushalt die Müllgebühr nicht bezahlt. Nach langer Auseinandersetzung verrechnet die Kassiererin nur die Hälfte des geforderten Betrags um den sozialen Frieden zu wahren. Die Frau bezahlt.
- 9 Ein Haushalt: Eine Hausangestellte öffnet uns die Tür und meint, dass die Frau des Haushaltvorstandes im Lebensmittelgeschäft zu finden sei. Wir begeben uns dorthin und erhalten die Müllgebühr.
- 10 Ein Haushalt: Die zwei Ehefrauen des Haushaltvorstandes – es handelt sich um einen polygamen Haushalt – teilen sich die Müllgebühr und bezahlen.
- 11 Ein Haushalt: Die Frau gibt an, zurzeit kein Geld zu haben. Die Kassiererin ist verärgert, denn sie versucht nun schon zum dritten Mal, die Gebühr einzutreiben. Die Frau verspricht, beim nächsten Mal zu bezahlen.
- 12 Ein Haushalt: Eine sehr alte Frau bezahlt 1000 CFA und begleicht den noch ausstehenden Betrag mit Zucker und Hirse.

Die Kassiererin war bei ihrem zweistündigen Rundgang nur mäßig erfolgreich, denn knapp die Hälfte der 43 besuchten AbonnentInnen konnte dieses Mal nicht bezahlen. Oft muss sie manche Haushalte oder Geschäfte drei bis vier Mal aufsuchen, bis sie die Müllgebühr erhält. Die AbonnentInnen hätten prinzipiell die Möglichkeit, die Müllgebühr im Büro der GIE zu begleichen, doch werde dies nicht in Anspruch genommen. Dies zeigt eine gewisse Ambivalenz gegenüber dem Angebot der Abfallsammlung: Einerseits möchten die Menschen, dass die Abfälle wöchentlich entsorgt werden. Andererseits gibt es nur eine eingeschränkte Bereitschaft, für diese Dienstleistung zu bezahlen. Die soziale Integration der MitarbeiterInnen der GIE im Viertel bewirkt, dass sie die Abfälle mancher Haushalte günstiger oder sogar gratis entsorgen. Die soziale Nähe der MitarbeiterInnen erschwert eine hundertprozentige Kommodifizierung der Abfallsammlung. Für die GIE, die ihre Einnahmen einzig und allein aus den Müllabfuhrgebühren erhalten, hat dies zur Folge, dass die Abfallsammlung nur mäßig rentabel ist. Die Bezahlung der Betriebskosten und der Gehälter von durchschnittlich fünf Angestellten, die Instandhaltung des Fuhrparks und die Investition in neue Fahrzeuge können häufig nur durch die finanzielle Unterstützung von internationalen NGOs erfolgen.

Ein zweiter und sehr wesentlicher Grund für die lückenhafte Umsetzung der neuen Abfallwirtschaftsstrategie liegt in der Konkurrenz durch informelle AbfallsammlerInnen. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou gibt es eine große Anzahl an inoffiziell tätigen AbfallsammlerInnen, die mit Hand- oder Eselskarren die Entsorgung der Haushaltsabfälle anbieten. Diese Anbieter sind keinen steuerlichen Abgaben oder sonstigen Auflagen unterworfen. Manche dieser AbfallsammlerInnen sind kaum organisiert und üben die Tätigkeit als Gelegenheitsarbeit aus, andere bieten ihre Dienstleistung regelmäßig an. Manche informelle AbfallsammlerInnen sind zu dieser Tätigkeit zufällig gekommen. So berichtete ein informell tätiger Abfallsammler in Ouagadougou, dass er als Kind mit seinem Vater oft in den peripheren Vierteln der Stadt unterwegs war,

um mit einem Eselskarren Sand zusammenzutragen und zu verkaufen. Nach dem Tod des Vaters hätte er diese Tätigkeit fortgesetzt und eines Tages hätte ihn jemand gerufen und gebeten, seine Abfälle mit dem Eselskarren wegzubringen. Er hätte an diesem Tag 500 CFA auf Anhieb verdient. Seit acht Jahren würde er nun mit dem Eselskarren die Abfälle seiner NachbarInnen beseitigen. Mittlerweile hätte er sich auch einen zweiten Eselskarren und einen zweiten Esel zugelegt und zwei jüngere Familienangehörige engagiert (31. Experteninterview). Einige AbfallsammlerInnen haben auch Erfahrung in dem Bereich, weil sie vorher für ein Kleinunternehmen oder eine GIE in der Abfallwirtschaft gearbeitet haben, bevor sie sich selbstständig gemacht haben. In jedem Fall sind die Kontakte zu potentiellen KundInnen von großer Relevanz, um mit der informellen Abfallsammlung erfolgreich zu sein.

Für die Haushalte, welche die Dienstleistung von informellen AbfallsammlerInnen in Anspruch nehmen, sind vor allem die niedrigen Kosten attraktiv. Die Haushalte können über den Preis, den sie bereit sind, für die jeweilige Abfallmenge zu bezahlen, verhandeln. Die informellen AbfallsammlerInnen sind in den meisten Fällen bereit, auch sehr geringe Summen anzunehmen. Die Kosten sind also flexibel und gestalten sich nach der Abfallmenge und dem verfügbaren Kleingeld der KundInnen. Bei einem Rundgang mit einem informellen Abfallsammler habe ich die Einnahmen durch die Abfallsammlung von 25 Haushalten notiert. Durchschnittlich betrug die Summe, die der Abfallsammler pro Hof einnahm 160 CFA. Da die Haushalte das Angebot der informellen Akteure nur nutzen, wenn die Abfallmenge ihrer Meinung nach ein tolerierbares Maß überstiegen hat, kostet sie diese Art der Entsorgung weniger als das Abonnement bei einem/einer offiziellen AbfallsammlerIn. Die informelle Abfallsammlung ist offensichtlich besser an die Lebensbedingungen der ärmeren Haushalte angepasst als die Form des Abonnements, das die offiziellen Kleinunternehmen anbieten. In einer urbanen Ökonomie, die durch den informellen Sektor dominiert wird, haben viele Menschen ein unregelmäßiges Einkommen. Jeden Monat einen festgesetzten Betrag für die Abfallsammlung zu bezahlen, kann deshalb Probleme bereiten<sup>20</sup>. Die Abfälle jedes Mal zu entsorgen, wenn sie aufgrund ihres Volumens als störend empfunden werden bzw. wenn Geld vorhanden ist, entspricht eher den Gewohnheiten der Menschen. Interessanterweise muss das Abonnement bei einem Kleinunternehmen in der Abfallsammlung nicht bedeuten, dass der Haushalt nicht mehr auf informelle AbfallsammlerInnen zurückgreift. Es kommt oft vor, dass das Müllfahrzeug oder der Eselskarren der offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen defekt wird und dass die Abfälle dann nicht wöchentlich abgeholt werden. Wenn die Abfälle nur unregelmäßig entsorgt werden, nehmen die Haushalte das Angebot der informellen Akteure in Anspruch. Die Tatsache, dass diese Akteure nicht offiziell anerkannt sind, scheint für die Haushalte nicht von Belang zu sein. Vielmehr zählt die Gewissheit, dass auf die informellen AbfallsammlerInnen Verlass ist (16. Einzelinterview)<sup>21</sup>. In einem Interview wurde darauf hingewie-

<sup>20</sup> Dies trifft übrigens auch für andere Abonnements wie beispielsweise für Wasser und Strom zu. Mehrere Haushalte gaben an, dass der Wasserhahn bzw. die Stromversorgung in ihrem Hof abgedreht worden war, weil sie die monatliche Rechnung nicht begleichen konnten (6. Einzelinterview, 13. Einzelinterview, 20. Einzelinterview).

<sup>21</sup> Anhang 3: 19. Zitat

sen, dass es sich bei den informellen Akteuren um junge arbeitslose Burschen aus dem Viertel handle. Es spielen demnach auch soziale Überlegungen eine Rolle, insofern als die Interviewpartnerin diese jungen Menschen unterstützen möchte.

Von den offiziell zugelassenen Kleinunternehmen in der Abfallsammlung werden die informellen Akteure als illegitime Konkurrenz gesehen. Ihnen wirft man vor, dass die Haushalte nicht bereit seien, einen fairen Preis für die Dienstleistung zu bezahlen. Und in der Tat ist diese Konkurrenz der informellen Abfallsammler für die Kleinunternehmen sehr problematisch, denn sie trägt dazu bei, dass ihr Geschäft nicht rentabel ist, weil sie wie bereits erwähnt aufgrund von Gewerbesteuer, Personalkosten sowie Anschaffungs- und Instandhaltungskosten hohe Ausgaben haben. Darüber hinaus werden die informellen AbfallsammlerInnen für die Entstehung von wilden Deponien verantwortlich gemacht. In Bamako werden sie generell verdächtigt, die Haushaltsabfälle bei nächster Gelegenheit zu deponieren und nicht zu den Zwischendeponien zu bringen. In Ouagadougou wird den informellen AbfallsammlerInnen der Zugang zu den Zwischendeponien allerdings auch verweigert. Dies soll die Tätigkeit der informellen Akteure vollends unterbinden (27. Experteninterview)<sup>22</sup>. Allerdings konnte ich im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung feststellen, dass auch manche offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen Praktiken anwenden, die den informellen Akteuren unterstellt werden. So hatte ich die Mitarbeiterinnen von Vereinen, welche die Abfallsammlung in den Stadtvierteln Larlé, Nonsingh und Rimkieta in Ouagadougou sicherstellen, bei ihrer Arbeit begleitet. Hierbei konnte ich mehrmals beobachten, dass Haushalte, die offensichtlich nicht abonniert waren, gegen die Entrichtung einer kleinen Gebühr von ihren Abfällen befreit wurden. Die Angestellten der Vereine und Kleinunternehmen schaden damit im Grunde dem Unternehmen, nur um einen kleinen persönlichen Zuverdienst zu erhalten. Dadurch, dass es meist unmöglich ist, den einzelnen MitarbeiterInnen Praktiken wie die Selbstbereicherung nachzuweisen, versuchen die LeiterInnen der Unternehmen oft gar nicht, dem Einhalt zu gebieten. Weiters wurde mir in Interviews davon berichtet, dass Kleinunternehmen genauso wie informelle AbfallsammlerInnen wilde Deponien schaffen würden. In Bamako habe die Einführung einer Gebühr für die Deponierung der Abfälle auf der Zwischendeponie neben dem Modibo-Kéita-Stadion im Viertel Médina Koura dazu geführt, dass die Müllfahrzeuge der GIE nach Einbruch der Dunkelheit ihre Abfälle in das Flussbett im benachbarten Stadtviertel Banconikippen würden (2. Einzelinterview). Die Deponierung von Abfällen im öffentlichen Raum bleibt in vielen Fällen ungestraft, da Kontrollen durch die Ordnungsorgane nur sporadisch durchgeführt werden. Die Konkurrenz der informellen Akteure in der Abfallsammlung hat jedenfalls häufig zur Folge, dass die offiziell zugelassenen GIE, Kleinunternehmen oder Vereine den mit der Stadtverwaltung schriftlich vereinbarten Arbeitsleistungen nicht mehr nachkommen. Insbesondere bei Vereinen und GIE, die in ihrer Zone nur wenige AbonnentInnen zählen und die aufgrund von geringen Einnahmen ihre Arbeit nicht mit motorisierten Müllfahrzeugen, sondern nach wie vor mithilfe von Eselskarren verrichten, scheinen diese Praktiken vermehrt vorzukommen. In diesen Zonen sind gewöhnlich auch mehr informelle AbfallsammlerInnen vorzufinden, da

technische Probleme mit den Eselskarren bzw. nicht einsatzfähige Esel öfters zu unregelmäßigen Müllabfuhrterminen der offiziell zugelassenen Akteure führen. Außerdem erhalten die MitarbeiterInnen der kleineren GIE, wie dies eine Studie über die GIE in der Commune V in Bamako aufzeigt (Camara 2011), oftmals Gehälter weit unter dem Mindestlohn von 30.000 CFA. Die MitarbeiterInnen sind dadurch eher bereit, ihr geringes Einkommen durch zusätzliche Einnahmen aufzubessern.

## 7.2.4. Sparvermögen und Services

Ein Faktor, der dazu beiträgt, dass Familien ihre Abfälle und Abwässer nicht umweltgerecht beseitigen, d.h. ihre Abfälle bzw. den Inhalt ihrer Klär- und Sickergruben nicht von offiziell zugelassenen GIE oder Vereinen bzw. Saugwagenunternehmen entsorgen lassen, liegt im fehlenden Sparvermögen, also der Schwierigkeit, Geld für die Inanspruchnahme dieser Dienstleistungen beiseite zu legen. Aus den Aussagen in den Interviews zeigt sich, dass mehrere Aspekte zum Tragen kommen: Erstens wird ersichtlich, dass die Haushaltsvorstände mit unregelmäßigen und geringen Einkommen alleine nicht in der Lage sind, für die grundlegenden Bedürfnisse wie Ernährung, Gesundheit oder Bildung ihrer Frauen und Kinder aufzukommen. Viele männliche Haushaltsvorstände sind für ihren Lebensunterhalt daher nicht nur auf die Erwerbstätigkeit ihrer Frau/en, sondern auch auf die finanzielle Unterstützung ihrer Verwandten angewiesen. Zweitens spielt der Wohnort eine entscheidende Rolle, welche Kosten für eine Familie anfallen.

Exemplarisch, sozusagen im Sinne einer »extended case method«, sollen im Folgenden die Einnahmen und Ausgaben zweier Familien in Ouagadougou einander gegenübergestellt werden, wobei ich am Anfang das Budget der jeweils neun Familienmitglieder zählenden Haushalte präsentieren möchte (siehe Abbildung 5).

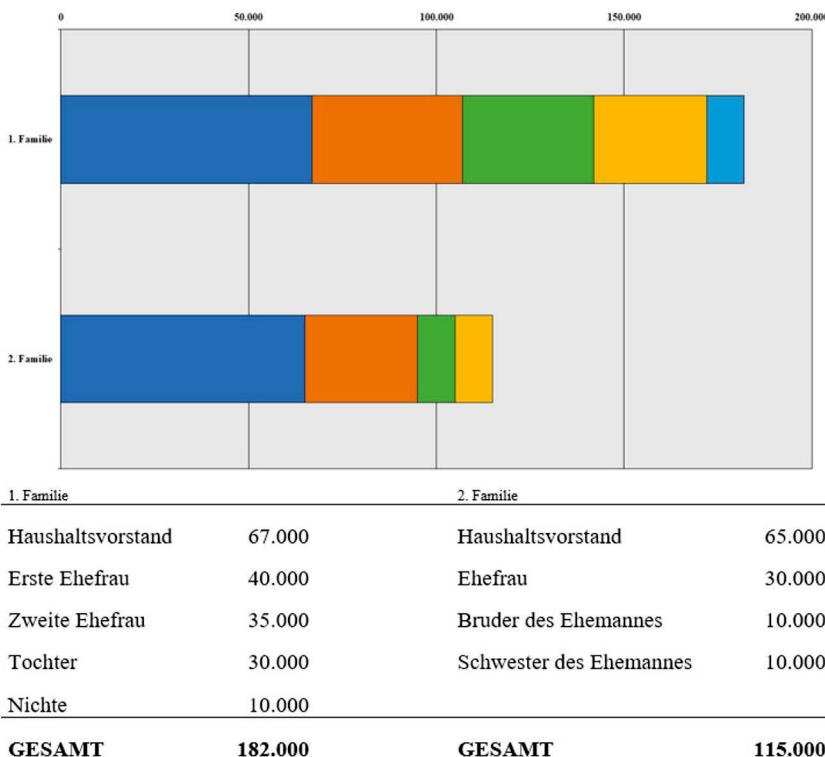
Die erste Familie lebt in einem Mietverhältnis im zentrumsnahen Stadtviertel Gounghin in Ouagadougou und setzt sich aus dem Haushaltvorstand, seinen beiden Ehefrauen, einer Tochter und ihrem Kind, einem Sohn, einer Nichte und ihrem Kind sowie einer Adoptivtochter zusammen. Der Haushaltvorstand stammt ursprünglich aus der Region Bobo-Dioulasso im Süden von Burkina Faso, lebt aber bereits seit über dreißig Jahren in Ouagadougou. Als sein Vater verstarb, erbte er als einziger männlicher Nachkomme das Grundstück im Dorf und war seitdem gezwungen, den Acker während der Regenzeit zu bestellen. Die Tätigkeit als Händler, die er zuvor in Ouagadougou ausgeübt hatte, hatte er deshalb aufgegeben. Heute lebt er ausschließlich vom Verkauf von Baumwolle, Mangos und Papaya. Seine jährlichen Einnahmen vom Verkauf der Agrarprodukte schätzt er auf knapp 800.000 CFA. Die beiden Ehefrauen stammen ebenfalls aus der Region Bobo-Dioulasso. Während der Regenzeit verrichten sie zeitweise gemeinsam mit ihrem Mann die Feldarbeit im Dorf. In der trockenen Jahreszeit leben sie durchgehend in Ouagadougou und verdienen dort ihr Geld durch den Verkauf von traditionellen Medikamenten bzw. Gemüse und Saucenzutaten am Markt. Die erste Ehefrau hat vier Töchter, wobei drei der Töchter bereits verheiratet sind und im Haushalt ihrer Ehemänner in Ouagadougou leben. Die jüngste Tochter betreibt ein kleines Restaurant, wohnt aber mit ihrem unehelichen Kind noch im elterlichen Haushalt. Die zweite Ehefrau hat eine Tochter und drei Söhne, wobei nur der jüngste

Sohn, der noch zur Schule geht, noch im Haushalt lebt. Die Tochter ist verheiratet und lebt bei ihrem Mann; die zwei anderen Söhne sind noch Junggesellen, haben sich aber im selben Stadtviertel ein Zimmer gemietet und wohnen nicht mehr im elterlichen Haushalt. Im 9-köpfigen Haushalt lebt noch eine Nichte mit ihrem Kleinkind, welche zurzeit keiner Beschäftigung nachgeht, jedoch gelegentlich finanzielle Unterstützung vom Vater ihres unehelichen Kindes erhält. Schließlich gibt es noch ein junges blindes Mädchen, welches die zweite Ehefrau bei sich aufgenommen hat und die sie als Tochter bezeichnet. Dieses Mädchen besucht eine Schule für Blinde und Sehbehinderte im Viertel und unterstützt die zweite Ehefrau bei der Hausarbeit. In dieser 9-köpfigen Familie in Gounghin leben also fünf Erwachsene, wovon vier erwerbstätig sind, und vier Kinder bzw. Jugendliche. Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen des Haushalts belaufen sich auf ca. 182.000 CFA.

Die zweite Familie, die sich ebenfalls aus neun Mitgliedern zusammensetzt, lebt im informellen Viertel Zongo am Rande von Ouagadougou. Die Familie besteht aus dem Haushaltvorstand, seiner Frau, vier gemeinsamen Söhnen, einem Bruder des Ehemanns sowie einer Schwester des Ehemanns und ihrem Kind. Auch hier stammt das Ehepaar aus der Region Bobo-Dioulasso, lebt jedoch seit über zwanzig Jahren in Ouagadougou. Der Haushaltvorstand ist Musiker und hat kein regelmäßiges monatliches Einkommen, sondern Einnahmen, die je nach Auftragslage zwischen 30.000 und 100.000 CFA schwanken. Seine Ehefrau betätigt sich als Köchin bei Hochzeiten und Taufen und bekommt dafür etwas Geld. Die vier Söhne des Ehepaars gehen alle noch zur Schule. Der Bruder und die Schwester des Haushaltvorstandes, die ebenfalls im Haushalt leben, verdienen mithilfe von Gelegenheitsjobs etwas Geld bzw. erhalten finanzielle Unterstützung vom Vater des unehelichen Kleinkindes. In dieser 9-köpfigen Familie leben also vier Erwachsene, wovon drei erwerbstätig sind, und fünf Kinder. Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen in diesem Haushalt können auf 115.000 CFA geschätzt werden.

Aus dieser Gegenüberstellung wird erkenntlich, dass das Haushaltseinkommen der ersten Familien signifikant höher als jenes der zweiten Familie ist. Dies liegt wie bereits erwähnt an der Familienstruktur, d.h. dass die Anzahl der erwerbstätigen Personen in einem Haushalt eine große Rolle für das Gesamteinkommen spielt. Um aus dieser Aufstellung des Haushaltsbudgets Schlüsse ziehen zu können, ist es jedoch erforderlich, diese in Bezug auf die Haushaltsausgaben darzustellen. Deshalb sollen im Folgenden die monatlichen Ausgaben der zwei Haushalte einander gegenübergestellt werden (siehe Abbildung 6). Die gesamten monatlichen Ausgaben der ersten Familie belaufen sich hier auf 214.000 CFA, die Ausgaben der zweiten Familie auf 129.000 CFA. Der größte Ausgabenposten in beiden Haushalten stellt die Ernährung dar, die über vierzig Prozent der gesamten Ausgaben ausmacht. Im zweiten Haushalt wird nur einmal täglich gekocht, weshalb die Ausgaben für die Ernährung und für das Brennholz deutlich niedriger liegen als im ersten Haushalt. Aufgrund der geringeren Haushalteinnahmen machen die Ausgaben für Ernährung dennoch in diesem Fall die Hälfte des Haushaltsbudgets aus. Für die erste Familie im zentralen Stadtviertel stellt die monatliche Miete den zweithöchsten Kostenfaktor dar, während der Familie im informellen Viertel keine Kosten für das Wohnen entstehen, weil sie ihr Grundstück nach dem Gewohnheitsrecht erstanden haben und keine Miete bezahlen müssen. Im Hin-

Abbildung 5: Monatliche Einnahmen-Bilanz von zwei 9-Personen Haushalten in Ouagadougou (in CFA)



blick auf die restlichen Kosten sind die Ausgaben von beiden Haushalten vergleichbar. Die erste Familie zeichnet sich durch geringfügig höhere Kosten in den Bereichen Verkehr, sonstige Ausgaben, Kommunikation und Geschenke aus. Die höheren Ausgaben im Bereich Verkehr können dadurch erklärt werden, dass außer dem Motorrad, das dem Haushaltvorstand gehört, auch öffentliche Verkehrsmittel wie Busse und Taxis von den beiden Ehefrauen und den anderen erwachsenen Personen im Rahmen ihrer Erwerbstätigkeit genutzt werden. In der zweiten Familie hingegen, wo es ebenfalls nur ein Motorrad gibt, nutzt nur die Frau des Haushaltvorstandes öffentliche Verkehrsmittel, wenn sie als Köchin zu einer Festveranstaltung gerufen wird. Die Schwester des Mannes verbringt mit ihrem Kleinkind den Tag gewöhnlich zu Hause, die Kinder legen ihren Schulweg zu Fuß zurück und der Bruder des Mannes besitzt ein Fahrrad, mit welchem er in die Stadt fahren kann. Die höheren Ausgaben der ersten Familie in den Bereichen Kommunikation, Geschenke und sonstige Ausgaben, worunter die Körperpflege, Wasch- und Putzmittel, Batterien für Taschenlampen u.Ä. fallen, resultieren daraus, dass es in diesem Haushalt mehr Erwachsene und auch mehr Frauen gibt, die bestimmte Dienstleistungen wie Friseurinnen in Anspruch nehmen. Für die zweite Familie entstehen im Gegensatz zur ersten keine Ausgaben für die Abfallentsorgung, da

es im informellen Viertel keine Abfallsammlung gibt. Die Kosten für die Entleerung der Klärgrube wurden in der Darstellung nicht berücksichtigt, da diese Kosten nicht regelmäßig anfallen. Aber auch hier gilt, dass für die zweite Familie keine Kosten entstehen, denn wenn die Klärgrube voll ist, wird sie einfach zugeschüttet und daneben eine neue Toilette mit Klärgrube errichtet.

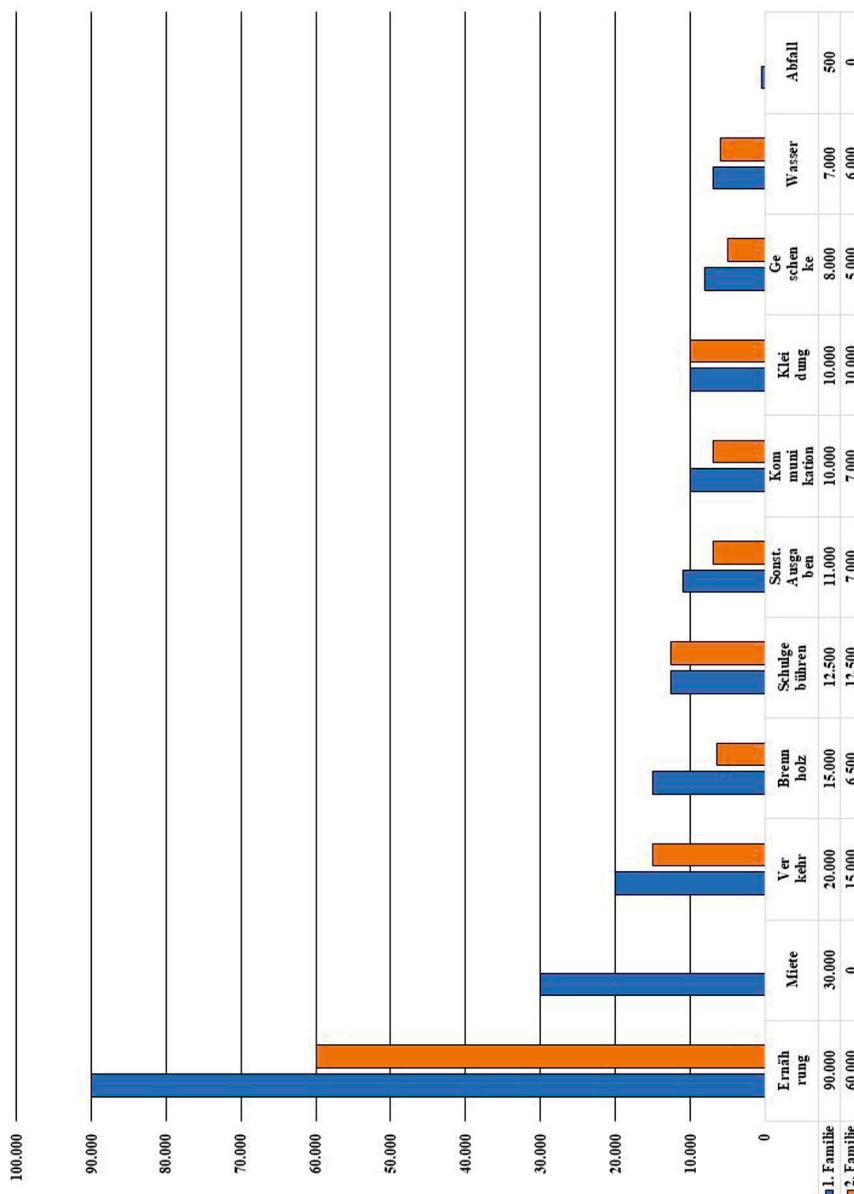
In beiden Familien übersteigen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben die Einnahmen. Das Haushaltsdefizit im ersten Haushalt beläuft sich auf ca. 32.000 CFA, im zweiten Haushalt auf ca. 14.000 CFA. Die erste Familie erhält regelmäßig Geld von den erwachsenen Kindern – vier verheiratete Töchter und zwei ledige Söhne –, die nicht mehr im Haushalt leben. Auch ein Neffe, der in der Nachbarschaft lebt, trägt von Zeit zu Zeit zum Haushaltsbudget bei. Die zweite Familie ist von der Unterstützung des älteren Bruders des Haushaltvorstandes abhängig, um den Lebensunterhalt sicherstellen zu können. Dieser lebt mit seiner Familie im benachbarten, allerdings bereits erschlossenen Stadtviertel Rimkieta. Seine Frau kocht täglich das Mittagessen für beide Familien, wodurch sich für die Familie im informellen Viertel die Kosten für die Ernährung und das Brennholz reduzieren. Außerdem erhält die Familie Tankgutscheine vom älteren Bruder des Haushaltvorstandes, der als Chauffeur für ein Ministerium arbeitet.

Diese beiden Beispiele helfen die grundlegenden finanziellen Schwierigkeiten ärmerer Familien zu erfassen. Die Verdienste sind wegen der Art der Erwerbstätigkeit niedrig und oft arbeiten die Menschen nur saisonal bzw. unregelmäßig. Die täglichen Einnahmen werden meist sofort wieder für den Kauf von Nahrungsmitteln oder für andere gerade anfallende Bedürfnisse ausgegeben. Was besonders ins Auge fällt, ist, dass der Handlungsspielraum ärmerer Haushalte beschränkt ist. Unvorhergesehene Ereignisse stellen die Familien vor große Herausforderungen. Wenn Arztkosten oder Ausgaben für Fahrzeugreparaturen anfallen, werden die verfügbaren Mittel dafür verwendet. Am Monatsende kann es dann zu Zahlungsgängen bei der Miete oder anderen Fixkosten kommen. Auch familiäre Verpflichtungen sind häufig dafür verantwortlich, dass kein Geld zur Seite gelegt werden kann und dies kann zu paradoxen Situationen führen. So passiert es manchmal – wie mir in einem Interview (36. Experteninterview) berichtet wurde –, dass man einem Verwandten Geld für Medikamente leihen muss, was dazu führt, dass man am Ende des Monats gezwungen ist, selber von einem anderen Verwandten oder Bekannten Geld auszuborgen, damit man die Miete bezahlen kann.

Das fehlende Sparvermögen hat auch umweltrelevante Auswirkungen. Im Stadtviertel Banconi in Bamako wurde mir berichtet, wie z.B. die Haushalte Anfang der 2000er Jahre angehalten waren, ihren Errichtungsbeitrag zum dezentralen Abwassersystem einmal im Monat zu einer Mikrofinanzinstitution zu bringen. Aufgrund der eingeschränkten Öffnungszeiten kam es immer wieder vor, dass die Beiträge nicht am selben Tag einbezahlt werden konnten und die Haushaltvorstände das Geld wieder mit nach Hause nehmen mussten. Das führte dazu, dass das Geld bisweilen für andere Ausgaben aufgewendet worden und am nächsten Tag nicht mehr genug Geld vorhanden gewesen sei (20. Experteninterview)<sup>23</sup>.

23 Anhang 3: 21. Zitat

Abbildung 6: Monatliche Ausgaben-Bilanz von zwei 9-Personen Haushalten in Ouagadougou (in CFA)



Fehlende Ersparnisse sind auch dann ein Problem, wenn die Klär- und Sickergruben voll sind und entleert werden müssten. Eine meiner Fragen in den Einzelinterviews mit den Haushalten zielte darauf ab, zu erfahren, wie Haushalte den Inhalt der Klär- und Sickergruben entsorgen. Ich fragte demnach, was der Haushalt machen würde, wenn

die Klärgrube der Toilette voll sei. Die Antwort war in manchen Fällen so prägnant wie einfach:

»Wenn die Klärgrube voll ist, gibt es die Saugwagen. Wenn Geld vorhanden ist, rufen wir sie. Sie kommen um die Grube auszuheben. Wenn kein Geld vorhanden ist, heben wir die Grube aus. Draußen vor dem Hof graben wir ein Loch und schütten den Inhalt hinein. Es ist alles eine Frage des Geldes«. (6. Einzelinterview)<sup>24</sup>

Für die Art und Weise der Entleerung der Klärgrube entscheidet einzig und allein das gerade zur Verfügung stehende Geld. Wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen, um einen Saugwagen zu bezahlen (Kostenpunkt sind mindestens 25.000 CFA), werden Arbeiter gerufen, die mit einem Kübel ausgestattet die Sickergrube manuell entleeren. Um weiter Kosten zu sparen, wird der Inhalt der Klärgrube oft nicht wegtransportiert, sondern unmittelbar entlang der Außenmauer des Hofes entsorgt. In den meisten Fällen wird dort eine Grube gegraben, der Inhalt der Klärgrube hineingelegt und die Grube wieder zugeschüttet. Diese Arbeit kann mehrere Stunden in Anspruch nehmen und je nachdem wie viele Arbeiter bei der Entleerung der Klärgrube beteiligt sind, können die Kosten bis zu maximal 15.000 CFA ausmachen. Am günstigsten (ca. 10.000 CFA) wird es für den Haushalt, wenn die Arbeiter den Inhalt der Klärgrube einfach auf den Boden entlang der Außenmauer des Hofes entleeren. Dies wird meist nur in der Regenzeit und nach Einbruch der Dunkelheit praktiziert, wenn der Regen den Klärschlamm wegspült und sozusagen alle Spuren verwischt. In den Interviews in Ouagadougou wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Praxis nach wie vor existiere. Dadurch, dass ich mich während der Regenzeit nicht in Ouagadougou aufhielt, konnte ich die Angaben nicht selbst überprüfen. Allerdings konnte ich immer wieder – u.a. in meiner direkten Wohnumgebung in Gounghin – beobachten, dass Klärgruben entleert und der Inhalt am Straßenrand in einer eigens dafür gegrabenen Grube verscharrt worden waren. Die BewohnerInnen der angrenzenden Höfe akzeptierten dies scheinbar, solange diese Art der Entsorgung wenig sichtbar und mit keiner Geruchsbelästigung einhergeht. Die informellen Dienstleister in der Klärgrubenentleerung bieten aus diesem Grund ein maßgeschneidertes Service, um den finanziellen Mitteln der Haushalte gerecht zu werden. Die Bezahlung in Form von Ratenzahlungen ist ein Zahlungsmodell, welches hier zu erwähnen ist. Für den Kauf von Kleidung, Schuhen, Seife oder Hautcreme ist das Prinzip beispielsweise weit verbreitet. Die KäuferInnen erhalten sofort nach Anzahlung die gewünschte Ware und müssen sie in Folge in täglichen Raten von 50 oder 100 CFA abbezahlen. Auch im Bereich der Klär- und Sickergrubenentleerung gibt es von Seiten der informellen Dienstleister – wie mir in einem Interview berichtet wurde – den Versuch, sich eine solche Strategie zu eigen zu machen. So hat ein Mitarbeiter des Interessensverbandes der informellen Dienstleister, welche Klärgruben manuell, d.h. mit Schaufeln und Kübeln, entleeren, den Versuch einer monatlichen Ratenzahlung gestartet. Auf dieser Grundlage sollten auch Haushalte mit relativ begrenzten finanziellen Mitteln die Dienstleistung in Anspruch nehmen können. Er erzählte mir, dass der Versuch nach einiger Zeit jedoch wieder eingestellt wurde, da die Haushalte mit der Ratenzahlung erst dann begonnen hätten, als die Klärgrube bereits fast voll war. Nachdem

24 Anhang 3: 22. Zitat

die Grube entleert worden sei, hätten sie keinerlei Interesse gezeigt, die ausstehenden Raten für die erbrachte Dienstleistung zu bezahlen (34. Experteninterview<sup>25</sup>).

Auch am Beispiel des dezentralen Abwassersystems in Banconi (Bamako) konnte dieses Problem beobachtet werden. Die Haushalte waren nach der Fertigstellung des Systems aufgefordert worden, einen monatlichen Instandhaltungsbeitrag zu leisten. Dies sollte alle eventuellen Reparatur- und Wartungskosten abdecken. Die Haushalte waren allerdings, wie mir von mehreren InterviewpartnerInnen bestätigt wurde, nicht bereit, den Betrag zu bezahlen. Der Leiter der GIE in dem Viertel berichtete, dass die Haushalte das Betriebskomitee nur rufen würden, wenn es ein akutes Problem gebe, wenn also beispielsweise ein Rohr blockiert sei und das Abwasser im Hof rückstau und überlaufe. In diesem Fall seien die Haushalte bereit, für die Arbeit des Betriebskomitees zu bezahlen. Grundlegende Wartungsarbeiten seien aufgrund der ausstehenden Instandhaltungsbeiträge jedoch nie durchgeführt worden, was dazu geführt habe, dass das System heute in einigen Abschnitten nicht mehr funktioniere (21. Experteninterview).

### 7.2.5. Familiäre Unterstützung

In Mali und Burkina Faso lebten die Menschen in den Dörfern traditionellerweise in Großfamilien, die mehrere Generationen zählten. Der älteste Mann in einer solchen Großfamilie galt als Familienoberhaupt, d.h. er trug die Entscheidungsmacht und lenkte die Geschicke der Familie. Im Zuge der Abwanderung in die Städte und des Wandels des Lebensstils im urbanen Umfeld änderte sich die Zusammensetzung der Familien. In Bamako lebt laut einer statistischen Erhebung aus dem Jahr 2008 über die Hälfte der BewohnerInnen in Großfamilien, während dies in Ouagadougou nur mehr für knapp 39 Prozent der Menschen zutrifft. Immerhin 26 bzw. 29 Prozent der StadtbewohnerInnen leben nun in Kleinfamilien, die sich aus einem Elternpaar und den Kindern zusammensetzen. Andere Wohnformen wie Singlehaushalte, kinderlose Paare oder Haushalte, die von alleinerziehenden Elternteilen geführt werden, sind in beiden Städten selten anzutreffen (Larmarange et al. 2014). Im Folgenden setze ich mich mit den Kleinfamilien in Bamako und Ouagadougou auseinander, da die Frauen der Haushaltvorstände solcher Familien in meinen Interviews öfters Kritik daran übten, dass die Ehemänner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen würden. Die Rechte und Pflichten von Ehefrauen und Ehemännern werden, wie ich es selbst bei einer zivilrechtlichen Trauung in Bamako beobachten konnte, dem Ehepaar und den anwesenden Angehörigen am Gemeindeamt vorgelesen. Hier wird wie im Ehegesetz »Code du mariage et de la tutell« (Loi N°62-17 AN-RM du 3 février 1962; Art. 34) vorgesehen, betont, dass der Ehemann die Rolle des Haushaltvorstandes einnimmt und die Ausgaben des Haushalts hauptsächlich ihm zufallen. Die Zuweisung der finanziellen Hauptlast an den männlichen Haushaltvorstand entspricht auch nach wie vor den gesellschaftlichen Konventionen. So weist die burkinische Soziologin Fatoumata Kinda (1987) darauf hin, dass die Ehemänner für die Ernährung, die Unterbringung der Familienmitglieder und die Be-

25 Anhang 3: 23. Zitat

kleidung der Kinder verantwortlich seien. Frauen sei es freigestellt, ihr selbst verdientes Geld für Bekleidung oder weitere eigene Bedürfnisse zu verwenden.

Die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in der Stadt, das heißt die extrem hohe Arbeitslosigkeit und instabile, gering bezahlte Beschäftigungen sowie gleichzeitig teure Lebenshaltungskosten, führen heute dazu, dass die Männer nicht mehr in der Lage sind, ihre Familien als Alleinverdiener zu versorgen, wie dies bereits im vorhergehenden Kapitel veranschaulicht wurde. In vielen Interviews in Bamako erwähnten die Frauen, dass ihr Einkommen für Ernährung, Wasser, Schulgebühren oder die medizinische Versorgung – alles Bereiche, die früher dem Mann zugeschrieben wurden – verwendet wird. So würden die männlichen Haushaltvorstände keinen Beitrag zur Schulbildung der Kinder leisten und würden sich die Frauen nicht darum kümmern, würde die Ausbildung der Kinder auf der Strecke bleiben (4. Einzelinterview, 1. Fokusgruppeninterview). In einem Fokusgruppeninterview mit den Mitgliedern einer Frauenvereinigung im Stadtviertel Yirimadio in Bamako meinten mehrere Frauen, dass sie sich im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung der Kinder nicht an ihre Männer wenden würden, denn diese seien weder bereit, Geld für Kleidung noch für den Schulbesuch zur Verfügung zu stellen. Eine Frau fügte hinzu, dass sie sogar das Geld für Waschmittel selbst auftreiben müsste. Ihr Mann würde kein Verständnis dafür zeigen, wenn seine Kleidung wegen der sparsamen Verwendung von Waschmittel nicht »ordentlich« gewaschen sei. In solchen Fällen komme es auch vor, dass sie von ihm geschlagen wird (3. Fokusgruppeninterview).

Besonders häufig wurde mir im Zuge von Fokusgruppeninterviews in Bamako und in Ouagadougou berichtet, dass Frauen zum Kauf von Nahrungsmitteln beitragen müssen. Gewöhnlich kaufen die Haushaltvorstände – sofern sie es sich leisten können – 50 kg Säcke mit Reis, Mais oder Hirse, wovon der Haushalt je nach Anzahl der Familienmitglieder einige Wochen lang ernährt werden kann. Die Frauen erhalten zusätzlich täglich eine kleine Summe an Geld, den so genannten »nasongo« (Preis für die Saucenzutaten), mit der sie am Markt einkaufen und Mahlzeiten zubereiten können. Im Gespräch mit den Mitgliedern einer Tontine in Magnambougou in Bamako wurde mir gegenüber erwähnt, dass das von den Männern entrichtete Haushaltsgeld nicht ausreichend sei:

»Die Männer geben uns das Geld, damit wir Lebensmittel für die Sauce kaufen gehen können. Manche geben täglich 500 CFA, manche 1000 CFA. Wenn du nicht von deinem Geld etwas hinzufügst, reicht das nicht für den Einkauf. Damit kann man nichts zum Essen zubereiten.« (1. Fokusgruppeninterview)<sup>26</sup>

Die unregelmäßigen Einnahmen der Männer bedingen in den meisten Fällen, dass die Frauen die Haushaltsausgaben nicht planen können. Insbesondere für das häusliche Mittagessen, das meistens nur von den Frauen und den Kindern gemeinsam eingenommen wird, fühle sich der Mann oft nicht verantwortlich, da er selbst nicht zu Hause sei. Die Männer würden das Haus gewöhnlich in der Früh verlassen und erst am Abend wieder heimkehren. Am Abend werde von der Frau erwartet, dass sie eine Mahlzeit

---

26 Anhang 3: 24. Zitat

zubereitet hat, egal ob sie nun das erforderliche Haushaltsgeld von ihrem Mann erhalten hat oder nicht (6. Fokusgruppeninterview)<sup>27</sup>. Wie beständig dieses Problem ist, zeigte ein Fokusgruppeninterview im informellen Viertel Sandogo in Ouagadougou, in welchem die Frauen darauf hinwiesen, dass die Frau des Pfarrers die einzige Frau im Viertel sei, die täglich Geld von ihrem Mann erhalte. Sie gehöre demnach zu einer privilegierten Schicht, die keinen einzigen Tag ohne Haushaltsgeld auskommen müsse (5. Fokusgruppeninterview)<sup>28</sup>.

Frauen, die keinerlei Einnahmen haben, befinden sich in einer besonders prekären Lage. Im Gespräch mit mehreren jüngeren Frauen im informellen Viertel Karpala in Ouagadougou schilderten mir Frauen, wie sie mit dieser Situation umgehen würden. Die Frauen berichteten, dass sie ebenso wie ihre Männer in Dörfern etwa fünfzig Kilometer nördlich von Ouagadougou gelebt und dort Landwirtschaft betrieben hatten. Aufgrund der wiederkehrenden Ernteausfälle hätten ihre Männer in Ouagadougou Arbeit gesucht. Sie selbst wären ihren Männern gefolgt und lebten nun schon seit durchschnittlich sechs Jahren in Ouagadougou. Die Männer, die heute als Wächter, Maurer, Fleischhauer oder Schweißer arbeiteten, wären allerdings kaum imstande, ihre Familien zu ernähren. Eine Frau brachte diese Tatsache mit dem Satz: »Le mari là, comme ça travaille pas, là, il n'a pas l'argent pour donner«, also der Mann könne ihr kein Geld geben, da es zu wenige Aufträge gebe, auf den Punkt. Im Laufe dieses Gruppeninterviews wurden unterschiedliche Alltagsprobleme als Folge von Geldknappheit thematisiert: Meistens würden die Familien das Essen von einer Garküche holen, an manchen Tagen sei jedoch kein Geld vorhanden, um Essen zu kaufen. Während die Erwachsenen oft hungrig zu Bett gehen müssten, würden die Kinder eine kostenlose Mahlzeit von den Garküchenbetreiberinnen erhalten. Wenn die Frauen in den darauffolgenden Tagen wieder etwas Geld hätten, würden sie die Schulden begleichen (8. Fokusgruppeninterview).

Die Ungewissheit, ob und wie viel Geld der Mann für die Bedürfnisse der Familie zur Verfügung stellen kann, regt viele Frauen dazu an, ein kleines eigenes Einkommen zu erzielen. Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen führt im Gegenzug dazu, dass sich die Männer nicht mehr für alle Haushaltsausgaben verantwortlich fühlen und versuchen würden – wie mir immer wieder berichtet wurde –, einen Teil der Ausgaben auf die Frau abzuwälzen (37. Experteninterview)<sup>29</sup>. Die Frauen sind jedoch nicht bereit, sich an allen Haushaltsausgaben zu beteiligen bzw. diese zur Gänze zu tragen. Insbesondere die Ausgabenposten, die nicht die Ernährung, die medizinische Versorgung oder die Kinder betreffen, werden von den Frauen generell nicht übernommen. Hierzu zählen u.a. die Kosten für die Abfall- und Abwasserentsorgung sowie für Instandhaltungsarbeiten von sanitären Anlagen. In den Interviews, die ich mit Frauen geführt habe, wurde mehrmals zur Sprache gebracht, dass der Ehemann nicht das notwendige Geld für die Abfallsammlung bereitstellen würde. Eine Frau im zentrumsnahen Viertel Nonsingh in Ouagadougou, die durch den Verkauf von Damaststoffen und Seife eigenes Geld verdient, meinte, dass diese Kosten nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich lägen

27 Anhang 3: 25. Zitat

28 Anhang 3: 26. Zitat

29 Anhang 3: 27. Zitat

und sie den Abfall deshalb verbrennen würde anstatt die Abfallsammelgebühr von 500 CFA pro Monat selbst zu bezahlen (13. Einzelinterview). Dasselbe gilt für defekte sanitäre Anlagen, bei denen Reparaturen nötig sind. Nur in denjenigen Familien, die von einem weiblichen Haushaltvorstand geführt wurden, wo also der Mann entweder verstorben oder abwesend war, wurde mir berichtet, dass die Frauen zur Instandsetzung von Sickergruben beigetragen hatten (8. Einzelinterview, 21. Einzelinterview).

In der traditionellen Gesellschaft war aufgrund des Senioritätsprinzips der Status als Haushaltvorstand nicht an den finanziellen Beitrag zum Haushaltseinkommen gekoppelt. Vielmehr erhielt das Familienoberhaupt die gesamten Einnahmen der Familienmitglieder und verteilte sie dann wieder auf die einzelnen Ausgabenposten und die anspruchsberechtigen Personen. So blieben auch ältere männliche Haushaltvorstände, die selbst nicht mehr erwerbstätig waren und auch keine Pension bezogen, diejenigen, welche das Geld verwalteten und die Entscheidungen in der Familie fällten (Rosenmayr 1988). In den Städten, wo sich die Familienstrukturen geändert haben und viele junge Männer mit ihrer Familie das Elternhaus verlassen um einen eigenen Haushalt zu gründen, funktioniert dieses System der Umverteilung häufig nicht mehr. Dazu kommt, dass die zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Lebensbedingungen in der Stadt dazu führen, dass den jüngeren Generationen selbst wenig Geld zur Verfügung steht. Die beidseitigen Verpflichtungen, sowohl den Eltern als auch den eigenen schulpflichtigen Kindern gegenüber, übersteigen oft das finanzielle Vermögen dieser Menschen. Die älteren Personen können sich heute nicht mehr sicher sein, dass ihre Kinder in schwierigen Zeiten in der Lage sind, ihnen Unterstützung zu bieten (siehe ebd.). So meinte ein älterer Mann, dass er seinen erwachsenen Sohn, der in einem anderen Stadtviertel von Ouagadougou wohnt, um finanziellen Beistand bitten würde, wenn er für einen gewissen Zweck eine größere Summe an Geld benötige. Es sei möglich, dass er das Geld erhalte, aber es sei auch möglich, dass er auf später vertröstet werde, wenn der Sohn selbst kein Geld zur Verfügung hat (7. Einzelinterview)<sup>30</sup>.

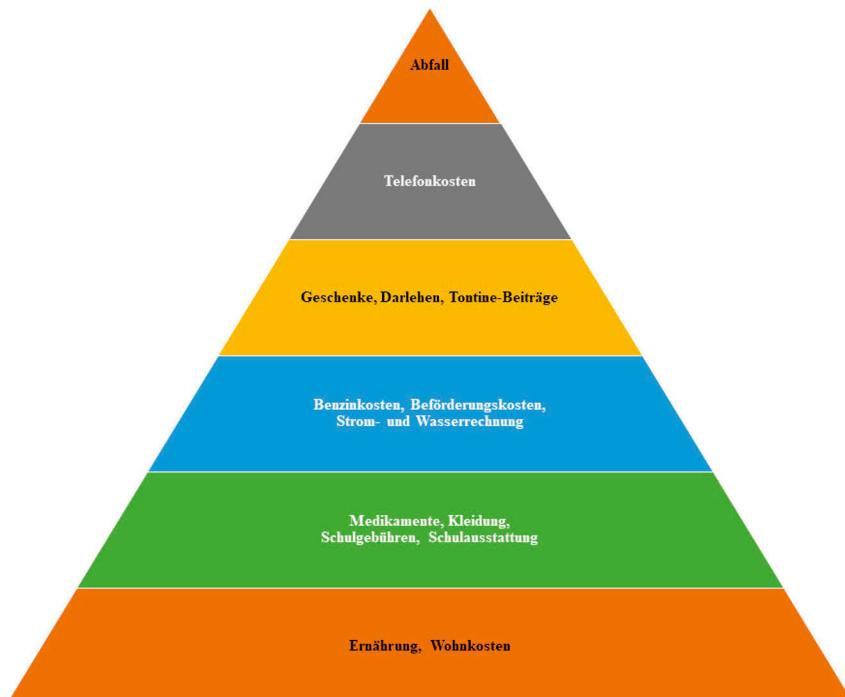
Älteren verwitweten Frauen wird aufgrund von mangelnder Unterstützung durch die Kinder jede Verbesserung der Lebensbedingungen unmöglich gemacht. So berichtete mir eine alte Frau, welche im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou lebt, von den Schwierigkeiten, sich ohne die finanzielle Absicherung durch das regelmäßige ausreichende Einkommen eines Ehemanns bzw. erwachsener Kinder selbst zu erhalten (25. Einzelinterview). Früher hätte sie Damaststoffe verkauft, allerdings wäre sie damit Pleite gegangen. Drei Jahre hätte sie sie aufgrund einer Krankheit kaum arbeiten können. Heute bereitet sie eine Art von Krapfen zu, die sie an die BewohnerInnen des Viertels verkauft. Davon könne sie mehr schlecht als recht leben. Ich hatte drei Tage bei ihr verbracht und konnte mir ein Bild von der prekären Lebenssituation machen. Das kleine Wohnhaus, das aus einem einzigen Raum bestand, die Außenmauer des Hofes und das Wellblechdach waren in schlechtem Zustand, sodass es nicht ausgeschlossen war, dass sie die nächste Regenzeit unbeschadet überstehen würden. Selbst die tönernen Wasserkrüge, die zum Aufbewahren von Trinkwasser dienen, waren mit Mörtel ausgebessert worden. Die alte Frau erzählte mir, dass ihr Sohn als Schneider in einer Näherei arbeite, aber dass sein Einkommen nicht ausreichen würde, um ihr zu helfen. Auch von ihrer

älteren Tochter erwarte sie sich keine Unterstützung, da sie nach der Geburt des achten Kindes den ambulanten Verkauf von Schuhen eingestellt hätte. Die jüngere Tochter, die mit ihrem unehelichen Kleinkind im selben Haushalt lebt, arbeitet zeitweise als Friseurin. Die Einnahmen würden gerade ausreichen, um die Ernährung sicherzustellen, aber größere Investitionen wie die Errichtung eines zweiten Wohnhauses oder einer Toilette seien zurzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.

### 7.2.6. Prioritäten für die Verwendung des Haushaltseinkommens

Wie bereits dargestellt (siehe Abbildungen 5 und 6) lassen sich Ausgaben, die in einem Haushalt in der Stadt regelmäßig anfallen, wie z.B. im Bereich der Ernährung, des Wohnens, der Transporte, des Schulbesuchs, der Kleidung, des Brennholzes und des Wassers genau auflisten. Es soll nun der Versuch unternommen werden, die einzelnen Haushaltsausgaben in eine Rangfolge zu bringen. Anhand von Interviewaussagen und teilnehmender Beobachtung konnte ich feststellen, dass die Menschen in Bamako und Ouagadougou den jeweiligen Bereichen nicht dieselbe Wichtigkeit und Dringlichkeit zuschreiben. Die Analyse der empirischen Daten legt nahe, dass die Menschen aufgrund ihrer Bewertung die Ausgabenposten wie folgt reihen (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7: Prioritätenpyramide laufender Haushaltsausgaben



Den Ausgangspunkt der Prioritätenpyramide bilden die Kosten für die Ernährung und das Wohnen. Darauf folgen die Kosten für die Gesundheitsversorgung, Kleidung

und die Schulbildung der Kinder. Anschließend finden sich die Ausgaben für den Transport sowie die private Strom- und Wasserversorgung. Danach folgen Kosten für Geschenke, Darlehen und Beiträge, die für die Mitgliedschaft in Vereinigungen wie z.B. in den Tontines zu bezahlen sind. An vorletzter Stelle finden sich die Ausgaben für Kommunikation, die hier prinzipiell die Ausgaben für die Handygebühren betreffen. Die Spitze der Pyramide bilden die Ausgaben für die Abfall- und Abwasserentsorgung.

Die Darstellung in Form einer Prioritätenpyramide erinnert an Maslows Bedürfnishierarchie (Maslow 1943), die physiologische Bedürfnisse vor Sicherheitsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, Individualbedürfnisse und Selbstverwirklichung stellt. Allerdings lässt sich die Reihung der Ausgabenposten nicht aufgrund der Unterscheidung zwischen materiellen und sozialen Bedürfnissen erklären, sondern beide Motivationen spielen auf jeder Ebene der Prioritätenpyramide eine Rolle. So betreffen die Ausgaben für den Bereich Ernährung und Wohnen zwar physische Bedürfnisse, aber die Ausgestaltung der Ausgaben spiegelt auch die diesbezüglichen gesellschaftlichen Werte wider. Umgekehrt könnte man bei den Ausgaben für das Telefonieren vermuten, dass die Kommunikation insbesondere dem Wunsch nach sozialen Kontakten entspringt. Allerdings hat das Telefon für jene Menschen, die für die Einkommensgenerierung von Aufträgen und Bestellungen abhängig sind, eine große wirtschaftliche Bedeutung. Aufgrund der unterschiedlichen Lebensbedingungen, die durch die Wohnverhältnisse, die Familienstruktur, die Art der Erwerbstätigkeit, aber auch das Alter und das Geschlecht gegeben sind, ist es schwierig, eine allgemeingültige Rangfolge an Prioritäten festzulegen. Dazu kommt, dass bestimmte Ausgabenposten wie z.B. die Kosten für Strom und einen privaten Wasseranschluss für Haushalte, welche in informellen Vierteln wohnen und daher keinen Zugang zu dieser Infrastruktur haben, nicht von Relevanz sind. Schließlich können Motivationen oftmals vielschichtig und komplex beschaffen sein und in spezifischen Situationen mehrere Bedürfnisse auch dieselbe Wichtigkeit einnehmen. Die Veranschaulichung in Form einer Prioritätenpyramide soll daher als Annäherung an die Entscheidungsgrundlagen von Menschen in Bamako und Ouagadougou verstanden werden.

## Höchste Priorität: Ernährung und Wohnen

### *Die Ernährung*

Die Ernährung macht – wie schon w.o. ausgeführt – für arme Familien nicht nur den größten Ausgabenposten aus, sondern sie hat naturgemäß auch die höchste Priorität. Dennoch sind manche Familien nicht in der Lage, regelmäßige und ausreichende Mahlzeiten für alle Familienmitglieder zu gewährleisten. Insbesondere in den informellen Vierteln habe ich Familien kennengelernt, deren finanzielle Mittel es den Erwachsenen nicht erlauben, mehr als eine warme Mahlzeit am Tag einzunehmen. Am Morgen erhalten nur die Kinder ein Frühstück, meistens einen Reis-, Mais- oder Hirsebrei. Zu Mittag werden die Reste der Abendmahlzeit von den Frauen und Kindern verspeist. Gekocht wird in diesen Familien erst am Abend, wenn auch der Haushaltsvorstand an der gemeinsamen Mahlzeit teilnimmt. Dieses Essverhalten wird »mort subite«, also plötzlicher Tod oder »Coup K.O.«, also K.O. Schlag genannt. Durch eine solche Mahlzeit, die darauf abzielt, die hungrigen Bäuche zu füllen, werden alle physischen Aktivitäten

eingeschränkt. Dadurch, dass in diesen Familien nur ein Mal am Tag gekocht wird, ersparen sie sich v.a. Brennholz und Wasser. Es muss nicht zwei Mal am Tag ein Feuer angefacht werden, um zu kochen und es muss nicht zwei Mal am Tag das Kochgeschirr gewaschen werden. Für viele arme Haushalte in den informellen Vierteln, die weder Zugang zu einem Wald noch zu ganzjährig verfügbarem kostenlosen Brunnenwasser haben, stellen die Kosten für Wasser und Brennholz zusätzliche Kosten dar. Auch wenn die Kosten für Brennholz im Vergleich zu anderen Ausgabenposten relativ gering sind – vier Äste Brennholz kosten zurzeit ca. 150 CFA – so sind sie für manche Familien schwer zu tragen. Eine ältere verwitwete Frau, die mit einer ihrer Töchter und fünf Enkelkindern im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou lebt, meinte, dass diese Menge an Holz kaum ausreichen würde, um eine Mahlzeit gar zu kochen (11. Einzelinterview). Die sparsame Verwendung von Brennholz aufgrund der eingeschränkten finanziellen Mittel führt also dazu, dass die Qualität der Speisen abnimmt und bestimmte Speisen, die lange Garzeiten benötigen, nicht mehr gekocht werden.

In Burkina Faso hat die Regierung im Jahr 2011 Nahrungsmittelsubventionen nicht zuletzt aufgrund der seit 2008 anhaltenden Proteste der sozialen Bewegung „»Coalition nationale de lutte contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés« (»National Koalition gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Straflosigkeit und für die Freiheit«) eingeführt (siehe Engels 2014), sodass bedürftige Haushalte 50 kg Reis- oder Maissäcke um den halben Preis erwerben können. Ein Sack Reis konnte dank dieser Subventionierung um 6.000 CFA erworben werden. Dies ist sicher eine sinnvolle Maßnahme, um die Ernährungssicherheit der Familien zu verbessern, aber für manche Familien sind selbst die subventionierten Preise zu hoch. Die ärmsten Haushalte sind aufgrund fehlender Ersparnisse dazu gezwungen, kleine Mengen an Reis oder Mais täglich am Markt zu kaufen und damit im Endeffekt mehr Geld als wenn sie sich einen Vorrat zulegen könnten auszugeben (11. Einzelinterview). Dieses Problem findet sich nicht nur im Bereich der Ernährung, sondern trifft für eine Vielzahl an Gütern und Dienstleistungen zu. In Bamako haben Forschungen z.B. aufgezeigt, dass die Ausgaben für Trinkwasser für ärmere Familien deutlich höher als für wohlhabendere Familien sind. Dies lässt sich durch die unterschiedlichen Tarife für das Trinkwasser der öffentlichen Wasserentnahmestellen, wo die ärmeren Familien das Wasser täglich mit Kanistern holen, und das Trinkwasser der privaten Anschlüsse an die städtische Wasserleitung, die v.a. wohlhabendere Familien besitzen, erklären (siehe Lang 2002). In den informellen Vierteln sind die Familien in jedem Fall gezwungen, die höheren Tarife für das Wasser der öffentlichen Wasserentnahmestellen zu bezahlen, denn es gibt schlicht und einfach keine Wasserleitungen, an die man sich anschließen könnte.

Während in den informellen Vierteln die Ernährungssituation nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Auswahl an lokal verfügbaren Lebensmitteln und der zum Teil großen Distanz zu Märkten recht schwierig ist, sind in den zentrumsnahen Stadtvierteln v.a. die finanziellen Mittel ausschlaggebend. Auch in diesen Vierteln sind viele Menschen nicht in der Lage, sich ausreichend und ausgewogen zu ernähren. Während meines Feldforschungsaufenthaltes in Ouagadougou konnte ich dies in dem Gehöft, das an den Hof meiner Gastfamilie angrenzte, immer wieder beobachten. Ein Ehepaar, das mit seinen fünf Kindern dort lebte, war scheinbar recht arm, denn die Frau, die mit

den Kleinkindern den ganzen Tag über zu Hause war, kochte nur sehr unregelmäßig. Während im Hof meiner Gastfamilie täglich ihre und auch meine Mahlzeiten gekocht wurden, blieb die Kochstelle dieser Familie oft unbenutzt. Öfters sah ich die Kinder mit kleinen Tellern ausgestattet, um von den Garküchen, die es in den zentrumsnahen Stadtvierteln überall neben dem Straßenrand gibt, Essen zu holen. Einige Male kam es auch vor, dass mich eines der Kinder um Geld bat, damit es sich etwas zu Essen kaufen konnte. Dass die Eltern der Kinder dies zuließen, zeigt, dass sie wirklich verzweifelt gewesen sein mussten, denn es waren keine Süßigkeiten oder sonstige kleine Geschenke, um die mich die Kinder batzen, sondern wirklich das Geld für eine Mahlzeit.

Ein Soziologe an der Universität in Ouagadougou bestätigte meine Annahme, wonach die Ernährungssicherheit eine Herausforderung für arme Familien in der Stadt darstellt. Mittlerweile gebe es in Ouagadougou viele Familien, die gar keine eigene Küche mehr besitzen würden. Alle Haushaltsmitglieder würden mit ein wenig Kleingeld Essen bei den Garküchen besorgen und getrennt voneinander essen. Dies sei für die Familien günstiger als die gesamten Essenszutaten und das Brennholz zu kaufen und selbst zu kochen. Angesichts der traditionellen Bedeutung des Herds für den Zusammenhalt der Familie habe diese Entwicklung jedoch Auswirkungen, die über das Materielle hinausgehen (37. Experteninterview)<sup>31</sup>. Der burkinische Soziologe sprach hier einen wichtigen Punkt an, denn das gemeinsame Essen, zumindest am Abend, stärkt die Familienzugehörigkeit und vermittelt ein Gefühl der Sicherheit. Wenn jede/r unabhängig von den anderen isst, dann fehlen nicht nur Momente der Intimität und des Austauschs, sondern der Haushalt vorstand büßt dadurch auch an Autorität und Respekt ein. Garküchen sind im urbanen Raum unverzichtbar geworden, denn sie bieten jungen alleinstehenden Männern und auch Familien, die aufgrund der Erwerbstätigkeit der Frauen mittags nicht mehr zu Hause verköstigt werden, eine rasche und günstige Mahlzeit. Allerdings haben die provisorisch errichteten Essensverkaufsstände am Straßenrand im Gegensatz zu richtigen Restaurants keinen guten Ruf, denn sie gelten als unhygienisch und wenig appetitanregend. Aus diesem Grund nehmen viele wohlhabendere Familien Hausgehilfinnen, die bereits um einen Monatslohn von 7.000 CFA das Kochen und andere Hausarbeiten übernehmen. Für eine Familie, die so elementare Funktionen wie das gemeinsame Essen nicht mehr erfüllen kann, ist dies beschämend. Dadurch, dass das Kochen und das gemeinsame Essen immer im Hof erfolgt, kann die prekäre Lage von Familien, die ihre Mahlzeiten vorwiegend von den Garküchen erhalten, vor BesucherInnen nicht verheimlicht werden. Verheiratete Frauen, die ihr Essen bei den Garküchen am Straßenrand kaufen, vermeiden es deshalb nicht nur, im öffentlichen Raum, sondern auch im Hof zu essen. Vielmehr ziehen sie sich ins Haus zurück, um ihr Essen unbeobachtet zu sich zu nehmen.

### *Die Wohnkosten*

Bei ärmeren Haushalten, die nicht im Eigentum wohnen, stellt die Miete im Allgemeinen den zweitgrößten Ausgabenposten nach der Ernährung dar. Als Beispiel sei der Fall einer zweifach verwitweten ca. 50-jährigen Frau, die mit ihren drei Kindern in Ouagadougou lebt, erwähnt. Sie war nach dem Tod ihres zweiten Ehemannes von

<sup>31</sup> Anhang 3: 29. Zitat

dessen Familie gezwungen worden, das Gehöft zu verlassen, und so lebt sie heute in einem gemieteten Haus im zentrumsnahen Stadtviertel Gounghin. Direkt vor dem Gehöft betreibt sie eine Garküche am Straßenrand und erwirtschaftet so ein monatliches Einkommen von ca. 65.000 CFA. Die Ausgaben für die Miete belaufen sich für sie auf 20.000 CFA (5. Einzelinterview). Ein anderes typisches Beispiel ist das einer alleinstehenden Frau, welche mit einem Obstverkaufsstand monatlich durchschnittlich 30.000 CFA verdient. Diese Frau, die mit ihren zwei Töchtern und einem Enkelkind ebenfalls in Gounghin wohnt, bezahlt für die Miete monatlich 15.000 CFA (8. Einzelinterview).

Für die Haushaltvorstände mit einer zahlreichen Familie bedeutet das Leben in einem Mietverhältnis hohe finanzielle Ausgaben. So muss ein von mir interviewter Haushaltvorstand eines polygamen Haushalts im zentrumsnahen Stadtviertel Zogona in Ouagadougou für die elf Familienmitglieder in seinem Haushalt zwei Häuser mieten und bezahlt dafür 37.500 CFA. Dieser Mann, ein Maurer, schätzt sein durchschnittliches monatliches Einkommen auf ca. 80.000 CFA (22. Einzelinterview).

Im Hinblick auf die Wohnsituation herrscht in Bamako und in Ouagadougou einstimmig der Wunsch, GrundstückseigentümerIn zu sein und nicht in Miete leben zu müssen. Alle Menschen, die in Mietverhältnissen lebten, sahen den Erwerb eines eigenen Grundstücks als höchste Priorität an. Die Vorteile, welche mit dem Kauf eines Grundstücks und dem Bau eines Eigenheimes einhergehen, betreffen zuallererst das Wegfallen der Miete. Eine solche Investition wird insbesondere von älteren Menschen als lohnend betrachtet, denn sie gewährleistet in ihren Augen ein sorgenfreies Leben im Alter. Dadurch, dass nur Staatsbedienstete eine Pension beziehen, haben die meisten Menschen nach dem Ende der Erwerbstätigkeit keine eigenen Einnahmen mehr. Sie sind dann auf die finanzielle Unterstützung ihrer Kinder bzw. anderer Verwandter angewiesen. Wohnkosten, wie sie durch das Leben in einem Mietverhältnis entstehen, können somit große finanzielle Belastungen für ältere Menschen bedeuten.

Aber das Grundstückseigentum – wie in den Interviews vielfach erwähnt wurde – hat auch einen außerordentlich hohen symbolischen Wert. So berichtete ein Mann mittleren Alters, der im peripheren Stadtviertel Rimkieta in Ouagadougou ein Grundstück erstanden und mit seiner Familie im Jahr 2009 dorthin übersiedelt war, dass Menschen, die in Mietverhältnissen leben, von Verwandten und Bekannten wenig Anerkennung bekommen. Auch wenn es sich um eine große Mietwohnung in einem mehrstöckigen Haus im Stadtzentrum handeln würde, würde das nicht wertgeschätzt. Den Respekt, den ein Haushaltvorstand von seinem sozialen Umfeld erhalte, leite sich direkt aus seiner Wohnsituation ab. Der Mann nannte als Beispiel den Besuch seiner älteren Schwester, die angesichts des neuen Eigenheims voller Bewunderung gewesen sei (9. Einzelinterview)<sup>32</sup>. Ein eigenes Grundstück mit Eigenheim gilt sowohl in Ouagadougou als auch in Bamako als Statussymbol, denn es weist auf die finanziellen Kapazitäten der Familien hin. Dadurch, dass den Verwandten sehr häufig Besuche abgestattet werden, wird viel Wert auf repräsentatives Wohnen gelegt. Auch Ereignisse wie Taufen oder Hochzeiten finden immer im Hof der Familie, welche das Fest veranstaltet, statt, und hier ist es von Vorteil, in den eigenen vier Wänden zu wohnen. In meinen Interviews wurde von niemandem, der in einem Mietverhältnis lebte, nicht darauf hingewiesen, dass

32 Anhang 3: 30. Zitat

ein eigenes Haus vorzuziehen sei. Auch wenn die Menschen mit ihren Bemühungen um ein eigenes Grundstück noch nicht erfolgreich gewesen waren, hatten sie dieses Ziel nicht aufgegeben. Der Erwerb eines eigenen Grundstücks – und sei es in einem informellen, nicht erschlossenen Viertel am Stadtrand – war ihnen zufolge die einzige Möglichkeit, an Wertschätzung zu gewinnen. Als MieterIn zu leben ist hingegen mit Scham verbunden, denn es ist ein Indikator dafür, im Leben wenig erfolgreich gewesen zu sein.

Familien, die sich kein eigenes Grundstück und auch die Miete im Stadtzentrum nicht mehr leisten können, siedeln sich in informellen Siedlungen an, wo die Mietkosten deutlich niedriger sind. In der nicht erschlossenen Siedlung Senou an der äußersten Peripherie des Distrikts Bamako werden Häuser häufig um 10.000 CFA vermietet, Ein-Zimmer-Wohnungen sogar um 2500 oder 3000 CFA (4. Fokusgruppeninterview). Die Familien können in diesen Vierteln nicht nur Mietkosten, sondern auch Ausgaben für Strom und Abfall- und Abwasserentsorgung sparen. Wenn es in der neuen Wohnumgebung Brunnen gibt, können die Kosten für Wasser sogar wegfallen. Andererseits bringt das Leben in informellen Siedlungen auch Nachteile mit sich, insbesondere mangelnde Einkommensmöglichkeiten vor Ort, das bedeutet lange und zeitraubende Wege zur Arbeit und fehlende Infrastruktur. Schließlich ist das Phänomen des provisorischen Wohnens in den peripheren, neu erschlossenen Stadtvierteln, oft zu beobachten. Es gibt dort viele Häuser, die im Bau befindlich sind. Die meist wohlhabenden EigentümerInnen vermieten die mehr oder weniger fertiggestellten bewohnbaren Häuser an bedürftige Familien. Die EigentümerInnen erhalten dadurch ein Zusatzeinkommen und können so auf einen Wächter verzichten, da sie sich sicher sein können, dass ihr Haus durch die MieterInnen bewacht wird. Die Miete für ein Haus im Stadtviertel Yirimadio in Bamako beträgt in einem solchen Fall pro Monat zwischen 5000 und 7500 CFA. In den provisorischen Wohnungen leben manchmal fünf- bis sechsköpfige Familien. Es sind meistens sehr arme Familien, die solche Häuser bewohnen, denn sie müssen auf viele Annehmlichkeiten wie Wohnungseinrichtungsgegenstände oder sanitäre Anlagen wie Toiletten verzichten (3. Fokusgruppeninterview). Dazu kommt, dass die Situation der ZwischenmieterInnen sehr unsicher ist, da das »Mietverhältnis« jederzeit beendet werden kann, wenn die EigentümerInnen sich entschließen, in das neue Haus einzuziehen. Mehrere Frauen, die mit ihren Familien in Rimkieta in Ouagadougou als ZwischenmietInnen lebten, gaben an, dass die Frist, die den BewohnerInnen dabei gewährt wird, unter Umständen nur wenige Tage betragen könne (6. Fokusgruppeninterview)<sup>33</sup>.

### **Hohe Priorität: Gesundheit, Schulbesuch und Kleidung**

Die Gesundheit wird von vielen Menschen als höchstes Gut bewertet, allerdings hängt es von den gerade zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ab, welche Behandlung in welchem Umfang in Anspruch genommen wird. Vorbeugenden Maßnahmen wird weitaus weniger Wichtigkeit beigemessen als dem Heilen von Krankheiten. So wurde in den Gesprächen mit Frauen in den informellen Vierteln in Bamako und Ouagadougou immer wieder erwähnt, dass die Familien keine Moskitonetze hätten weil diese zu teuer seien (2. Fokusgruppeninterview, 5. Fokusgruppeninterview).

33 Anhang 3: 31. Zitat

Im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung sind die meisten Menschen gezwungen, die Arzt- und Spitälerkosten sowie die Kosten für Medikamente selbst zu übernehmen weil sie keine Kranken- oder Unfallversicherung haben. Frauen in Magnambougou (Bamako) wiesen darauf hin, dass in den Krankenstationen ohne vorherige Bezahlung des Arzthonorars und der Verbrauchsmaterialien nicht nur keine Untersuchung oder Behandlung erfolge, sondern auch bei Notfällen keine Erstversorgung stattfinde (1. Fokusgruppeninterview)<sup>34</sup>. So sehen sich viele ärmere Familien dazu gezwungen, Selbstmedikation zu praktizieren, das heißt sie greifen auf traditionelle Heilpflanzen oder Medikamente zweifelhaften Ursprungs, die von informell tätigen HändlerInnen auf der Straße verkauft werden, zurück, weil sie sich die moderne Gesundheitsversorgung nicht leisten können. So erzählte eine Frau im informellen Viertel Senou in Bamako: »Wir behandeln unsere Kinder mit traditionellen Medikamenten. Mit 500 CFA kann man die Kinder behandeln. Wir kochen einen Absud, lassen die Kinder trinken und waschen sie damit. Wir haben kein Geld, um Medikamente in der Apotheke zu kaufen. Für Medikamente in der Apotheke müssten wir ca. 12.500 CFA ausgeben. Wir kaufen die traditionellen Medikamente um 500 CFA am Markt. Alle in der Familie können damit behandelt werden« (4. Fokusgruppeninterview). In schwerwiegenderen Fällen wie Gelbfieber werden zwar die vom Arzt verordneten Infusionen in Kauf genommen, aber die ärztliche Behandlung wird häufig bei den ersten Anzeichen einer Besserung abgebrochen, da die Behandlungskosten sehr teuer sind. So erzählte eine jüngere Frau, die als Lehrerin im informellen Viertel Sandogo in Ouagadougou arbeitet, dass sie nur zwei der drei verschriebenen Infusionen bekommen hätte, weil sich ihr gesundheitlicher Zustand einerseits verbessert hatte, aber auch weil sie andererseits die Gesamtsumme von 22.000 CFA für die drei Infusionen nicht hätte bezahlen können (5. Fokusgruppeninterview).

Eine weitere Ausgabe, welche für die Familien prioritätär ist, betrifft die Ausgaben für die Schulbildung der Kinder. Diese Kosten setzen sich aus den Schulgebühren und der Anschaffung der Schulausstattung sowie einer Schuluniform für jene SchülerInnen, die eine öffentliche Schule besuchen, zusammen. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou gibt es neben den öffentlichen Schulen einen rasant steigenden Anteil an privaten Schulen. Diese werden nicht nur in den informellen, nicht erschlossenen Vierteln, wo es keine öffentlichen Schulen gibt, sondern auch in den zentrumsnahen Stadtvierteln begründet, und stellen hier für viele Familien eine Alternative zu den öffentlichen und meist überfüllten Schulen dar. Auch weniger wohlhabende Familien sind oft bereit, die deutlich höheren Schulgebühren für die Privatschulen zu bezahlen, wenn angenommen wird, dass die Qualität der Bildung dort besser ist. So meinte eine Frau, die im zentrumsnahen Viertel Larlé in Ouagadougou wohnt, dass sie viel Wert auf die Bildung ihrer Kinder lege und die vier Kinder deshalb alle ein privates Gymnasium besuchen würden bzw. eine Tochter dieses schon abgeschlossen hätte. Die alteingesessene Familie lebt zwar in einem Eigentumshaus, allerdings sind die Einnahmen des Haushaltvorstandes, welcher als Schweißer arbeitet, und seiner Frau, die als Schneidinerin tätig ist, relativ bescheiden (15. Einzelinterview). Eine andere Frau, die mit ihrer Familie im zentrumsnahen Viertel Banconi in Bamako lebt, betonte ebenfalls die

34 Anhang 3: 32. Zitat

höhere Bildungsqualität der Privatschulen aufgrund der geringeren SchülerInnenanzahl und der besseren Betreuung durch die Lehrenden. Auch diese Familie wohnt in ihrem eigenen Haus, aber auch hier sind die Einnahmen der Frau, die als Textilfärberin arbeitet, und des Ehemannes, einem Tischler, nicht besonders hoch. Dadurch, dass erst ein Kind im Grundschulalter die Schule besucht, sind die Kosten noch erschwinglich. Derzeit würden die Schulgebühren jährlich 16.000 CFA betragen. Weil die die Kosten jedoch abhängig von der Schulstufe sind, würden sie für Kinder, die vor dem ersten allgemeinbildenden Schulabschluss stehen, auf bis zu 48.000 CFA pro Jahr ansteigen (4. Einzelinterview).

In Ouagadougou hatten mehrere InterviewpartnerInnen darauf hingewiesen, dass sie eine öffentliche Schule aufgrund der niedrigeren Kosten bevorzugen würden, aber dass sie die Kinder in Privatschulen schicken würden, weil sie in den öffentlichen Schulen keinen Platz bekommen hätten. So erwähnte eine alte verwitwete Frau im zentrumsnahen Stadtviertel Pagalayiri, dass mehrere der 13 Enkelkinder, welche in ihrem Hof leben, eine Privatschule besuchen würden (21. Einzelinterview). Eine alleinerziehende Mutter in Gounghin (Ouagadougou) gab ebenfalls an, dass sie ihre beiden Töchter, die nun die 6. und 7. Schulstufe besuchten, wegen Platzmangels in ein Privatgymnasium eingeschrieben hätte. Dort würden die Schulgebühren von Schulstufe zu Schulstufe und von Jahr zu Jahr angehoben, sodass sie dieses Jahr für beide bereits 80.000 CFA hätte bezahlen müssen (5. Einzelinterview). Für die Familie, die von den Einnahmen der Garküche lebt, ist diese Zahlungsverpflichtung ein großer Kraftakt. Damit die zwei Töchter das BEPC, also den Abschluss nach der 8. Schulstufe erhalten, ist die Frau bereit, viele Entbehrungen auf sich zu nehmen.

Die Ausgaben für die Schulgebühren stellen kinderreiche, ärmere Familien jährlich vor neue Herausforderungen. Wenn zu Beginn des neuen Schuljahres die Begleichung der Schulgebühren und die Anschaffung von Schulausstattung und Schuluniformen fällig werden, führt dies häufig zu Zahlungsgängen. Wiederholt wurde mir bei Interviews in den Monaten Oktober und November berichtet, dass die Schulgebühren noch nicht bezahlt worden waren und der Haushalt nach Lösungen suchte, um das Geld aufzutreiben.

Die Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsgruppen in den peripheren informellen Siedlungen sind – wie schon dargestellt – viel schwieriger als in den zentrumsnahen Stadtvierteln. Dazu kommt, dass es in diesen Siedlungen keine öffentlichen Schulen gibt. Auch in den peripheren, gerade erst erschlossenen Stadtvierteln wurden oft noch keine öffentlichen Schulen errichtet. Dadurch, dass in diesen Vierteln die Distanzen zu den öffentlichen Schulen so groß sind, können die Kinder sie nicht zu Fuß zurücklegen. Auch das Geld für ein Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel fehlt meistens, sodass die Kinder entweder private Schulen im Viertel besuchen oder zu Hause bleiben. In den Fokusgruppeninterviews mit Frauen an der städtischen Peripherie in Bamako und Ouagadougou wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Kinder nicht zur Schule gehen, weil die Familien nicht das hierfür nötige Geld hätten (4. Fokusgruppeninterview, 6. Fokusgruppeninterview, 8. Fokusgruppeninterview). Dies betrifft einerseits schulpflichtige Kinder im Grundschulalter. Oft werden Kinder nicht mit sechs oder sieben Jahren, sondern erst später eingeschult. Andererseits betrifft es aber auch ältere Kinder, welche die Mittelschule besuchen sollten. Aufgrund von finanziellen

Problemen der Familien kommt es bisweilen dazu, dass die Kinder die Schule unterbrechen und ein Jahr lang zu Hause bleiben müssen, bis die Familie wieder das Geld für die Schulgebühren angespart hat. Schließlich sind Schulabbrüche sehr häufig. So erzählte mir eine Frau im peripheren Stadtviertel Karpala in Ouagadougou, dass ihre drei Kinder im betreffenden Schuljahr nicht die Schule besuchen könnten, weil die Familie das Geld für die Schulgebühren nicht hätten aufbringen können. Der Haushaltsvorstand sei vor zwei Jahren an Diabetes erkrankt und könne nicht mehr als Taxifahrer arbeiten. Die geringen Einkommen der zwei Ehefrauen würden kaum ausreichen, um die 17-köpfige Familie zu ernähren. Der älteste Sohn hätte in dem Jahr seine Matura ablegen sollen, der zweitälteste das BEPC und auch der Sohn der Nebenfrau hätte das BEPC erwerben sollen. Doch nun seien die Kinder zu Hause und suchten eine Beschäftigung, um ein eigenes Einkommen zu verdienen (20. Einzelinterview). Zwar ist es für eine Familie beschämend, wenn die Kinder aus finanziellen Gründen den Schulbesuch unterbrechen, aber diese Situation ist in ärmeren Familien keine Seltenheit. Je jünger die Kinder sind, desto mehr wird darauf geachtet, dass die Kinder die Schule besuchen und zumindest Grundfähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen erlernen. Bei älteren Kindern wird Bildung zwar auch von vielen Menschen wertgeschätzt, aber hier sind die höheren Kosten oft ausschlaggebend, sodass auch schulpflichtige Kinder die Schule abbrechen müssen.

Schließlich wird der Kleidung eine große Bedeutung zugeschrieben, denn sie gilt in Bamako und Ouagadougou als äußeres Zeichen des Reichtums. Viele Menschen versuchen, durch Kleidung aus teuren Stoffen, Markenartikel und ständig neu erworbene Kleidungsstücke, Schuhe und Handtaschen auf andere Menschen Eindruck zu machen. In Mali gibt es beispielsweise mehrere Arten von Bazin [Damaststoffen], die für Frauen als soziales Unterscheidungskriterium dienen. Für junge Männer sind (echte oder gefälschte) Markenwaren Statussymbole. So meinte ein Abfallsammler in Ouagadougou, der informell tätig ist, dass es sehr wichtig sei, vor den Augen der anderen als kultiert zu erscheinen. Indem man sich ordentlich kleide und auf ein gepflegtes Auftreten achte, könne man positives Licht auf sich werfen. Andere Menschen würden so beispielsweise gar nicht ahnen, dass er ein informeller Abfallsammler sei. Letztendlich sei der Schein wichtiger als das Sein und indem man auf die richtigen Indikatoren setze, könne man sogar den Anschein erzeugen, reich zu sein, obwohl man eigentlich arm sei (31. Experteninterview)<sup>35</sup>.

Für das Fest des Fastenbrechens und das Opferfest ist es erforderlich, dass der Ehemann seiner Frau und seinen Kindern neue Kleidung schneidern lässt. An diesen zwei Tagen wäre es eine große Schande, wenn die Familienmitglieder nicht neu gekleidet in der Öffentlichkeit erscheinen würden. Die Speisen müssen an diesem Tag ebenfalls besonders sein. Auch wenn das restliche Jahr über keine neue Kleidung angeschafft würde und täglich »to« [eine Art Hirse- oder Maispolenta] am Speiseplan stünde, sei es wichtig, an diesen Festtagen Fleisch zu konsumieren (37. Experteninterview)<sup>36</sup>.

35 Anhang 3: 33. Zitat

36 Anhang 3: 34. Zitat

### **Mittlere Priorität: Transport, Stromversorgung, Geschenke und Mitgliedsbeiträge**

Die Bedürfnisse haben sich in den urbanen, afrikanischen Gesellschaften gewandelt: Heute zählen viele importierte »westliche« Güter und Dienstleistungen wie ein Motorrad, ein Telefon, ein Fernseher oder die Stromversorgung zu den grundlegenden materiellen Bedürfnissen. All diese Notwendigkeiten sind mit Kosten verbunden und obwohl ärmer Haushalte naturgemäß über geringere finanzielle Mittel verfügen, gibt es große Bemühungen, diese Güter und Dienstleistungen zu erhalten. Das Leben in der Stadt zwingt die Menschen, ständig mobil und erreichbar zu sein, tatsächlich fehlen vielen Menschen jedoch die Mittel dafür. Insbesondere in den informellen Vierteln in Bamako und Ouagadougou wurde mir von Frauen erzählt, dass sie nicht berufstätig seien, weil es in ihrer Siedlung keine Erwerbsmöglichkeiten gebe. Da sie kein eigenes Verkehrsmittel wie ein Fahrrad oder ein Motorrad besitzen und sie sich die täglichen Ausgaben für die öffentlichen Verkehrsmittel, sofern es welche gibt, nicht leisten können, würden sie nicht aus ihrem Viertel herauskommen (4. Fokusgruppeninterview, 18. Einzelinterview, 19. Einzelinterview)<sup>37</sup>. Wenn die Frauen sagen, dass sie nicht arbeiten, dann bedeutet dies nicht, dass sie den ganzen Tag nur zu Hause verbringen. Die meisten Frauen versuchen in ihrem Viertel durch Kleinhandel, den Verkauf von Speisen, den Gemüseanbau oder das Weben von Stoffen etwas Geld zu verdienen. Aber das Problem der eingeschränkten Mobilität betrifft auch jüngere Männer, die noch nicht genügend Geld zusammengespart haben, um sich ein Motorrad zu leisten. So berichtete mir ein Bursche, der in der Nachbarschaft meiner Gastfamilie im zentrumsnahen Viertel Gounghin in Ouagadougou wohnte, dass er zwar eine Lehre als Elektriker abgeschlossen hätte, aber oftmals Aufträge ausschlagen müsste, weil er mit dem Fahrrad die weiten Distanzen nicht zurücklegen könne.

Andere Dienstleistungen wie die Strom- und Wasserversorgung werden, wenn grundlegendere Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, oft eingestellt. So berichtete mir eine Frau, die mit ihrem Mann und drei Kindern im zentrumsnahen Viertel Nonsingh in Ouagadougou wohnt, dass in ihrem Haus vor einigen Monaten der Strom abgeschaltet wurde, da sie die Stromrechnung nicht mehr hätten bezahlen können (13. Einzelinterview). Auch im Hof meiner Gastfamilie in Gounghin (Ouagadougou) und dem daran angrenzenden Hof, wo ich mein Zimmer hatte, gab es keinen Strom. Als ich einzog, ließ ich eine Stromleitung zu meinem Zimmer verlegen und auch eine Lampe über der Tür installieren, um im Hof Licht zu haben. Daraufhin konnte ich öfters beobachten, dass sich die Kinder der 7-köpfigen Familie, mit der ich den Hof teilte, am Abend in die Nähe meines Zimmers setzten und unter dem Schein der Lampe ihre Hausübungen verrichteten. Selbst die Wasserleitung kann im Falle, dass die Wasserrechnung öfters nicht bezahlt wurde, abgedreht werden (6. Einzelinterview, 20. Einzelinterview). Für diese Familien ist dies zwar beschämend, denn in der Nachbarschaft bleibt es nicht unbemerkt, wenn die Frauen das Trinkwasser an einer öffentlichen Wasserentnahmestelle holen müssen oder wenn das Haus wegen der Stromabschaltung plötzlich keine Beleuchtung mehr hat. Dennoch fällt es den Familien leichter, auf einen privaten Wasseranschluss oder auf die Stromversorgung zu verzichten als auf andere, wichtigere Güter und Dienstleistungen.

37 Anhang 3: 35. Zitat

Auch Ausgaben in Form von Geschenken oder Mitgliedsbeiträgen sind für viele Menschen zwar wichtig, aber bei finanziellen Engpässen werden Strategien gesucht, um solche Ausgaben zu vermeiden. Geschenke werden v.a. bei Festen wie Taufen oder Hochzeiten<sup>38</sup> erwartet und hier sowohl Geschenke an die VeranstalterInnen als auch an die Griots/Griottes und die MusikerInnen. Im Falle einer Taufe erhält die Mutter des Täuflings Geschenke wie Stoffe, Seife oder häufig auch einen bestimmten Geldbetrag. Die lautstarke Ankündigung des Geschenks durch Griots/Griottes soll bewirken, dass es zwischen den Gästen zu einem regelrechten Wetteifern kommt und dass diese nicht hinter den Erwartungen zurückzubleiben möchten. Bei manchen Festen werden sogar die Gaben in einem Notizbuch detailliert festgehalten. Entsprechend dem Prinzip der Gegenseitigkeit kann jeder Gast damit rechnen, beim nächsten eigenen Fest mit einem Geschenk in gleicher Höhe bedacht zu werden. Im Falle einer Hochzeit rechnen das Brautpaar bzw. deren Eltern nicht mit Geschenken, allerdings gilt es, die Griots/Griottes und die MusikerInnen mit Geldscheinen für ihre Darbietungen zu belohnen. Aufgrund der zahlreichen sozialen Verbindungen zu den Mitgliedern der Großfamilie sind viele Frauen jede Woche zu einer Taufe oder Hochzeit eingeladen. Meine Forschungsmitarbeiterin in Bamako blieb manchen dieser Feiern, wenn sie nicht von nahen Verwandten organisiert waren, fern, wenn sie kein Geld für ein Geschenk oder für die Griots/Griottes hatte.

Viele Frauen sind Mitglied in einem oder auch mehreren Tontines, also Spar- und Kreditvereinen, um für den Ankauf von Handelswaren, die Abhaltung von Festen oder andere Zwecke zu sparen. Diese Vereinigungen haben darüber hinaus eine wichtige zusätzliche soziale Funktion, denn sie ermöglichen den Austausch unter den Mitgliedern und das Teilen von Alltagssorgen. In der »Tontine«, werden wöchentliche Mitgliedsbeiträge eingehoben. Wird ein Beitrag nicht eingezahlt oder bleibt ein Mitglied der Versammlung fern, so hat sie mit Strafen zu rechnen. Dies garantiert, dass die meisten Tontines relativ gut funktionieren. Gleichzeitig kann dieser Umstand dazu führen, dass die Frauen in sehr armen Haushalten keine Mitgliedschaft anstreben, aus Angst, ihren Zahlungsverpflichtungen längerfristig nicht gerecht werden zu können (12. Einzelinterview, 23. Einzelinterview)<sup>39</sup>.

### **An der Spitze der Pyramide: Abfall- und Abwasserentsorgung**

In der Prioritätenpyramide laufender Haushaltsausgaben befindet sich die Abfall- und Abwasserentsorgung an der Spitze, weil sie den niedrigsten Rang einnimmt. Im Vergleich zu anderen Bedürfnissen werden Umweltdienstleistungen hintangestellt. In den Interviews mit den LeiterInnen von Kleinunternehmen in der Abfallsammlung wurde wiederholt beklagt, dass die fehlende Zahlungsbereitschaft nicht nur auf die Armut zurückgeführt werden könne, sondern auch auf die fehlende Wertschätzung ihrer Arbeit. Mit dem Geld, das eine Frau in festliche Kleidungsstücke investiere, könne bereits

38 Die Abhaltung solcher Feste, die Ausgaben für Speisen und Getränke, Musiker und das Mieten von Sesseln umfasst, wird hier nicht berücksichtigt, denn diese Kosten fallen nicht regelmäßig an. Die Ausgaben für eine Hochzeitsfeier wurden von den Frauen in meiner Gastfamilie in Ouagadougou auf mindestens 150.000 CFA geschätzt.

39 Anhang 3: 36. Zitat

ein großer Anteil für die Errichtung einer Sickergrube bestritten werden, meinte eine Mitarbeiterin der COFESFA, der ersten Frauenkooperative in Bamako, die Anfang der 1990er Jahre mit der Abfallsammlung begonnen hatte (8. Expertinneninterview)<sup>40</sup>. Ein Malier, welcher für die internationalen NGOs WaterAid und WSUP arbeitet, wies darauf hin, dass die Menschen generell bereit seien, für die Wasserversorgung, aber nicht für die Abfall- und Abwasserentsorgung zu bezahlen. Anstatt in die Wartung von sanitären Anlagen zu investieren, würden es viele Menschen sogar bevorzugen, sich bestimmte Statussymbole wie Kleidung aus Damaststoffen oder Handys anzuschaffen (11. Experteninterview)<sup>41</sup>.

Der Bürgermeister eines Viertels in der Commune VI in Bamako unterstrich, dass der Bereich der Gesundheitsversorgung von der Bevölkerung als viel wichtiger als die Siedlungshygiene eingestuft werde. So hätte die Städtepartnerschaft zwischen Bamako und Lyon im Jahr 2004 ein Projekt zur Schaffung von 45 neuen Spitalbetten in der Poliklinik im Viertel Sogoniko angeregt. Die Bevölkerung war aufgefordert worden, sich bei diesem Projekt finanziell zu beteiligen und hätte damals bereitwillig zugestimmt. Einige Jahre später hätte er versucht, ein dezentrales Abwassersystem im selben Viertel zu errichten. Den Familien war der Vorschlag unterbreitet worden, über einen Zeitraum von zehn Jahren monatlich einen Errichtungsbeitrag von 2000 CFA beizusteuern. Dieses Mal hätte die Bevölkerung jedoch keine Notwendigkeit gesehen, sich finanziell zu beteiligen, woraus der Bürgermeister schließt, dass die Abwasserentsorgung nur eine geringe Priorität in der Bevölkerung hat (12. Experteninterview).

Die Menschen – so die Kritik vieler ExpertInnen – würden eher gewillt sein, hohe Ausgaben für Medikamente und Insektenvernichtungsmittel hinzunehmen als die Ursache der Vermehrung von Moskitos zu bekämpfen. Die Ausgaben für Malariaamedikamente und Insektensprays könnten sich für einen zehnköpfigen Haushalt auf bis zu 78.000 CFA pro Jahr belaufen. Dazu würden dann noch Einkommensverluste durch krankheitsbedingte Arbeitsausfälle kommen (24. Experteninterview)<sup>42</sup>.

Ein gepflegter Hof und ein gesäuberter Straßenabschnitt vor dem Hof werden nur bei Festen wie Taufen oder Hochzeiten bedeutsam, wenn sich zahlreiche Verwandte einfinden und sowohl im Hof als auch im Festzelt, welches auf der Straße aufgestellt wird, essen, tanzen und feiern. Dann wird weder körperlicher noch finanzieller Aufwand gescheut, um das Wohnumfeld zu reinigen. Oft kommt es vor, dass defekte sanitäre Anlagen erst repariert werden, wenn ein gesellschaftliches Ereignis unmittelbar bevorsteht. So war bei Verwandten meiner Gastfamilie in Ouagadougou die Sickergrube der Dusche defekt geworden und die Dusche konnte drei Monate lang nur über ein Holzbrett betreten werden. Erst als die Taufe eines Enkelkindes gefeiert werden sollte, wurde die Sickergrube wieder instand gesetzt. Ein junger Soziologe in Ouagadougou erklärte dies damit, dass eine Wohnsituation, die nicht den Erwartungen der Gäste entspricht, verheerende negative Urteile zur Folge haben könnte (36. Experteninterview)<sup>43</sup>.

40 Anhang 3: 37. Zitat

41 Anhang 3: 38. Zitat

42 Anhang 3: 39. Zitat

43 Anhang 3: 40. Zitat

Nach einer Feier erhält die Abfall- und Abwasserentsorgung jedoch meist keine große Aufmerksamkeit mehr. Dies konnte ich selbst im Viertel Gounghin in Ouagadougou in jenem Hof, wo ich mein Zimmer hatte, beobachten. Nachdem die Familie des Hofeigentümers die Taufe des jüngsten Kindes abgehalten hatte, waren über drei Wochen lang die Abfälle nicht mehr von der Müllabfuhr abgeholt worden. Offensichtlich war die Familie durch die Taufe in Geldnöte geraten und konnte für diese Dienstleistung nicht mehr bezahlen.

## 7.3. Die echten Kosten

### 7.3.1. Aktuelle Herausforderungen

Im Hinblick auf umweltgerechtes Verhalten stellt sich im Allgemeinen die Frage, wo der Verantwortungsbereich der BürgerInnen aufhört und wo die Verantwortung der Stadtverwaltung beginnt. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Stadtverwaltung gewisse Vorkehrungen in Form der Errichtung von Infrastruktur und der Bereitstellung von Dienstleistungen treffen muss, damit eine umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen und Abwässern überhaupt möglich wird.

Die Stadtverwaltungen in Bamako und Ouagadougou stehen aufgrund der anhaltenden Zuwanderung in die Städte vor immer größeren Herausforderungen, das Stadtgebiet von den Abfällen und Abwässern zu befreien. In Ouagadougou kehren täglich dreitausend Frauen von der so genannten »Brigade Verte«, also der Abteilung für die Straßenreinigung, die asphaltierten Straßen und 24 Kleinunternehmen und Vereine sind von der Gemeinde beauftragt worden, die Abfälle der Haushalte zu den Zwischen-deponien zu bringen. Schätzungen gehen davon aus, dass in den letzten zehn Jahren maximal 76 Prozent der anfallenden Abfallmenge in Ouagadougou durch Akteure in der Abfallsammlung evakuiert wurden (Direction de la Propreté 2009). Die städtische Müllabfuhr hat nun Anstrengungen unternommen, um die wilden Deponien im Stadtgebiet zu evakuieren. Die gereinigten Plätze werden tags- und nachtsüber von Wächtern beaufsichtigt, um die Entstehung von neuen wilden Deponien zu verhindern. Die Erhaltung der Regenwasserdrainage erfordert ebenfalls einen hohen personellen und finanziellen Aufwand. Täglich sind ca. 150 Arbeiter im Einsatz, um die Regenwasserdrainage von Abfällen zu befreien. Jährlich werden für die Reinigung der Entwässerungs-rinnen und -gräben 117 Mio. CFA ausgegeben (27. Experteninterview). Im Hinblick auf die Abwasserproblematik werden, wie in Abschnitt 7.2.2 erörtert, die Errichtung und Sanierung von sanitären Anlagen subventioniert. Außerdem werden Ziegelfabrikanten ausgebildet, welche hochwertige Baumaterialien für die sanitären Einrichtungen herstellen. Ebenso bildet die Behörde für Wasserversorgung und Siedlungs hygiene Maurer aus, welche lernen, ökologisch unbedenkliche Klär- und Sickergruben zu errichten (30. Expertinneninterview). Aufgrund von mangelnder sanitärer Infrastruktur entsorgt allerdings noch immer mehr als die Hälfte der städtischen Haushalte das Grauwasser auf der Straße (Bureau Central du Recensement 2009).

In Bamako werden gleichfalls Maßnahmen in der Abfall- und Abwasserwirtschaft gesetzt, die jedoch im Vergleich zu Ouagadougou weniger weitreichend sind. In man-

chen Stadtvierteln in Bamako wurde seit mehreren Jahrzehnten keine neue Infrastruktur für die Verbesserung der Siedlungshygiene errichtet. In Dianeguela beispielsweise sind die Straßen so eng, dass keine Entwässerungsrinnen errichtet werden können. Um eine entsprechende urbane Infrastruktur errichten zu können, müsste ein neuer Bebauungsplan entwickelt werden. Aktuell gebe es weder die notwendigen finanziellen Mittel noch die Bereitschaft der BewohnerInnen, die Besiedlungsstruktur im Viertel zu verändern (16. Experteninterview). Die Abfälle auf den Zwischendeponien werden nur in unregelmäßigen Abständen evakuiert, was dazu führt, dass sie oft überfüllt sind. In einer groß angelegten Aktion wurde im Jahr 2013 ein Privatunternehmen damit beauftragt, sieben Zwischendeponien um 900 Mio. CFA zu räumen. Seitdem ist die Abfallmenge wieder signifikant angewachsen und im Jahr 2015 wurde ein marokkanisches Unternehmen, das dieses Problem dauerhaft lösen soll, angeworben. Die fehlenden Investitionen im Bereich der Abfallentsorgung und die zögerlich voranschreitende Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten von staatlicher oder kommunaler Seite führen dazu, dass ausländische Unternehmen versuchen, im Abfall- und Abwassersektor Gewinn zu schlagen. In einigen Fällen wurden diese unternehmerischen Projekte aus finanziellen, rechtlichen oder organisatorischen Gründen nicht realisiert. So wurde das Vorhaben eines amerikanischen Unternehmens, eine Müllverbrennungsanlage in Bamako zu bauen, nicht umgesetzt weil sich die Belegschaft der städtischen Müllabfuhr aus Angst vor Entlassungen dagegen gewehrt hätte (13. Experteninterview).

Die Herausforderungen liegen allerdings nicht nur auf dem Niveau der Stadtverwaltungen, sondern sind auch auf der staatlichen Ebene zu finden. Mehrere ExpertInnen kritisierten, dass der Mangel an Infrastruktur nicht nur ein Problem sei, welches durch das Wachstum der Städte verursacht werde, sondern die fehlende Infrastruktur sei oft das Symptom eines mangelnden politischen Willens der Regierungen. Das Budget für den Bereich Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene in Mali, das weniger als ein Prozent des Staatshaushaltes ausmacht, wird von einem technischen Berater des malischen Umweltministeriums als viel zu gering bewertet. Das Umweltministerium erhalte im Gegensatz zum Gesundheitsministerium viel weniger Geld, obwohl es bewiesen sei, dass ein in die sanitäre Infrastruktur investierter US-Dollar zu einer Einsparung der Gesundheitsausgaben in der Höhe von acht US-Dollar führe (4. Experteninterview)<sup>44</sup>.

Nicht zuletzt aufgrund der politischen Dezentralisierung ist die Finanzierung von Großinfrastruktur wie Mülldeponien oder Kläranlagen für die Stadtverwaltungen besonders schwierig. In Bamako und Ouagadougou wurden Steuern eingeführt, welche die Errichtung und Instandhaltung dieser Infrastruktur sicherstellen sollten. Ein Soziologe von der Universität Ouagadougou wies darauf hin, dass die Bereitschaft, diese Steuern und Abgaben zu entrichten, generell sehr gering sei, denn viele Menschen würden keine Verbesserungen der Infrastruktur oder der Bereitstellung von kommunalen Dienstleistungen sehen. Zugleich würde die Kommunalverwaltung in Ouagadougou argumentieren, dass sie ihre Vorhaben nicht umsetzen könnte, weil die Menschen keine Steuern bezahlen würden. Es gebe also einen Teufelskreis, der sowohl zum öffentlichen

Diskurs über das fehlende staatsbürgerliche Pflichtgefühl der Bevölkerung als auch zur negativen Wahrnehmung der Stadtverwaltung beitrage (6. Experteninterview)<sup>45</sup>.

Die Organisation der Abfallwirtschaft scheint eine der Ursachen für die »fehlende Zahlungsmoral« zu sein. Als Beispiel sei hier das Problem der mangelnden Kooperation zwischen den Bereichen der Abfallsammlung und der Deponiebewirtschaftung in Bamako erwähnt. Die Sammlung der Haushaltsabfälle, welche von den GIE sichergestellt wird, liegt in der Verantwortung der sechs Stadtgemeinden. Für den Transport der Abfälle von den Zwischendeponien zu den provisorisch errichteten Mülldeponien außerhalb der Stadt ist die städtische Müllabfuhr des Distrikts Bamako zuständig. Auch die Finanzierung dieser beiden Bereiche der Abfallwirtschaft erfolgt unabhängig voneinander, d.h. die Menschen werden nicht nur zur Bezahlung der Abfallsammelgebühren, sondern auch zur Entrichtung einer Müllabfuhrsteuer verpflichtet. Dieses Organisationssystem ist kompliziert und wird unzureichend kommuniziert, sodass die Auferlegung der Müllabfuhrsteuer auf den Unwillen der Bevölkerung stößt und nur in den seltensten Fällen bezahlt wird. Die Lösung, die nun gefunden wurde, besteht darin, dass die BürgerInnen für die Ausstellung von amtlichen Dokumenten zuerst ausständige Steuern bezahlen müssen (5. Experteninterview)<sup>46</sup>.

Schließlich gibt es in Bamako große Versäumnisse im Hinblick auf gesetzlich geregelte Umweltschutzvorkehrungen. Insbesondere die Textilfärberei am Ufer des Niger, wobei die Färbereiabwasser ungereinigt in den Fluss gelangen, kann hier genannt werden. Dieses Handwerk, das überwiegend von informell tätigen Frauen ausgeübt wird, konnte ich selbst in den Vierteln Djicoroni-Fulabougou und Dianeguela im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung eingehend studieren. Es handelt sich um ein altes Problem, das u.a. bereits von Chevron et al. (2002) thematisiert wurde. Wie ein technischer Berater des Umweltministeriums kritisiert, seien bis heute keine Maßnahmen gesetzt worden, um der Verschmutzung des Flusses Einhalt zu gebieten (4. Experteninterview)<sup>47</sup>. Dasselbe Problem konnte von mir beim Besuch der Kläranlage in der Industriezone Bamakos im Dezember 2011 beobachtet werden. In der Industriezone befinden sich knapp sechzig Industrieunternehmen unterschiedlicher Branchen wie Gerberei, Molkerei, Pharmazie, Batterien, Farbe und Lacke, Textilproduktion und Schlachthöfe, wovon dreißig ihre Abwässer in der Kläranlage reinigen lassen und elf Unternehmen eine eigene Kläranlage haben. Wie eine Vertreterin der Stadtgemeinde IV in Bamako, es mir gegenüber meinte (siehe 15. Expertinneninterview), konnte bisher noch nicht durchgesetzt werden, dass alle Unternehmen ihre Abwässer reinigen bevor sie in den Niger geleitet werden.

### 7.3.2. Die Stadtverwaltung: Ein (un-)verantwortlicher Akteur

Die Maßnahmen der Stadtverwaltung im Bereich der Sanierung und allgemein der Umweltmaßnahmen werden sowohl von ExpertInnen als auch von der Bevölkerung nicht immer als zielführend gesehen.

45 Anhang 3: 42. Zitat

46 Anhang 3: 43. Zitat

47 Anhang 3: 44. Zitat

Mehrere ExpertInnen kritisierten die Maßnahmen, welche von den Gemeinden im Hinblick auf die Infrastruktur in der Abfall- und Abwasserwirtschaft getroffen werden, als Palliativmaßnahmen, das heißt als Maßnahmen, welche nicht die Ursachen bekämpfen, sondern lediglich lindernde Wirkung haben. Ein malischer Journalist, der für das Ressort Siedlungshygiene Beiträge verfasst, erwähnte in diesem Zusammenhang die provisorischen Deponien für die Entsorgung von Klärschlamm in Bamako, welche die Stadtverwaltung den Saugwagen zur Verfügung gestellt hätte. Das sei zwar besser, als den Klärschlamm im freien Gelände zu entsorgen, aber dennoch sei es weder eine längerfristige noch eine ökologisch verantwortliche Lösung, denn an diesen Orten an der städtischen Peripherie würden sich in unmittelbarer Nähe schon die ersten Häuser befinden (17. Experteninterview). Als anderes Beispiel kann die Subventionierung von Medikamenten und das Austeiln von kostenlosen Moskitonetzen in Ouagadougou genannt werden. Anstatt in die Erweiterung der vorhandenen Kanalisation bzw. in die Errichtung von dezentralen Abwassersystemen zu investieren und damit die Brutplätze von Moskitos zu eliminieren, würden nur Maßnahmen gesetzt werden, welche auf die Bekämpfung von Malaria und anderen Krankheiten abzielten, kritisierte ein Forscher an einer Technischen Hochschule in Ouagadougou (35. Experteninterview).

Der Umstand, dass vielfach schnelle und einfache Teillösungen für Umweltprobleme gesucht werden, könnte damit erklärt werden, dass die kommunalen EntscheidungsträgerInnen im Bereich der Abfall- und Abwasserwirtschaft politische FunktionsträgerInnen mit beschränkter Amtszeit sind. Der Leiter einer GIE in Bamako, der selbst seit Beginn der 1990er Jahre in der Abfallsammlung tätig ist, sah darin ein grundlegendes Problem. Die Umweltbeauftragten der sechs Stadtgemeinden würden während ihrer 5-jährigen Amtsperiode keine nachhaltigen Maßnahmen entwickeln und umsetzen können. Meist würden sich ihre Aktivitäten auf die Erstellung eines Entwicklungsplans für die Stadtgemeinde und die Suche nach GeldgeberInnen beschränken (23. Experteninterview)<sup>48</sup>. Für dieses politische Problem scheint bisher noch keine Lösung gefunden worden zu sein. Die dritten stellvertretenden BürgermeisterInnen, welche in Bamako gewöhnlich für den Umweltbereich zuständig sind, verfügen häufig über keine technischen Kompetenzen. Zwar wurden eigene technische Einrichtungen der Gemeinden bzw. des Umweltministeriums geschaffen, welche die Wissensweitergabe an die NachfolgerInnen fördern sollten, aber die Zusammenarbeit zwischen diesen Akteuren war bisher oft nur unregelmäßig (vgl. Polak 2012). So ist es nicht verwunderlich, dass es z.B. unter den Akteuren der Plattform für den Umweltschutz in der Stadtgemeinde VI in Bamako eine weit verbreitete Resignation gibt. In den letzten Jahrzehnten wären verschiedene Konzepte der Abfallwirtschaft ausprobiert worden, wobei die Arten der Abfallsammlung und Entsorgung, die technische Ausstattung und das Budget von einem System zum anderen variiert hätten. Die Erfahrungen wären jedoch nicht zur Verbesserung des aktuellen Abfallwirtschaftskonzepts herangezogen worden (13. Experteninterview).

In den ExpertInneninterviews wurden auch weitere Probleme aufgezählt. Ein Aspekt betrifft die urbanen Flächennutzungspläne in Bamako, die nur in seltenen Fällen Zwischendeponien vorsehen würden (16. Experteninterview). In Ouagadougou würden

48 Anhang 3: 45. Zitat

die informellen Viertel bis heute keine Aufmerksamkeit durch die Stadtverwaltung erhalten. Während im Stadtgebiet 35 Zwischendeponien angelegt wurden, gibt es in den informellen Vierteln keine einzige. AbfallsammlerInnen, die in den informellen Vierteln ihrer Tätigkeit nachgehen wollten, hätten keinerlei Möglichkeit, die Abfälle adäquat zu entsorgen, denn die städtische Müllabfuhr evakuiert ausschließlich die Abfälle von den offiziellen Zwischendeponien (25. Experteninterview). Diese Beispiele zeigen auch, dass Probleme der Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers, welche durch die Abfall- und Abwasserentsorgung entstehen, über die Gebietsgrenzen der einzelnen Gemeinden hinausgehen. Bei gebietsübergreifenden Umweltproblemen wird von ExpertInnen in Bamako und Ouagadougou kritisiert, dass von den beteiligten Gemeinden kaum politische Maßnahmen gesetzt werden. Es entwickelt sich vielmehr das, was Roberts und Thanos (2003) »joint irresponsibility« nennen.

In den ExpertInneninterviews wurde unter anderen Dingen auch der Umstand thematisiert, wonach die Stadtverwaltungen autoritär seien, d.h. sich über Einwände der BürgerInnen hinwegsetzen würden. So meinte ein Mitarbeiter eines Vereins im Bereich der Abfallsammlung in Ouagadougou, dass die politischen EntscheidungsträgerInnen ihre Maßnahmen ohne jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung und mit Gewalt durchsetzen würden. Den BürgerInnen in Ouagadougou sei es nicht einmal gestattet, ihre Meinung kundzutun (26. Experteninterview)<sup>49</sup>.

Die Haushaltsvorstände oder deren Frauen, mit welchen ich Interviews durchführte, äußerten sich häufig ebenso kritisch über die Stadtverwaltung wie die Akteure, die im Bereich der Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene tätig sind. So meinte ein Mann in Ouagadougou, dass es den Menschen nicht entgangen sei, dass neu eingesetzte BürgermeisterInnen im Allgemeinen die Schuld auf die vorher amtierenden BürgermeisterInnen schieben würden anstatt Maßnahmen zu setzen, welche zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen führen würden (15. Einzelinterview)<sup>50</sup>.

Die Art und Weise, wie diese Kritik geäußert wird, unterscheidet sich jedoch auch oft von jener der ExpertInnen. Insbesondere das mangelnde Vertrauen zur Stadtverwaltung wird häufig thematisiert. Hierbei sind es die tagtäglichen Erfahrungen und Enttäuschungen, welche die Menschen als Argumentationsgrundlage heranziehen. Eine Frau im zentrumsnahen Viertel Larlé in Ouagadougou berichtete, dass ihnen kostenlose Moskitonetze für die gesamte Familie versprochen worden waren. Zu diesem Zweck hatte es einige Monate zuvor eine Zählung der Familienmitglieder in allen Haushalten gegeben um die Anzahl der benötigten Moskitonetze eruieren zu können. Für die 7-köpfige Familie waren vier Moskitonetze veranschlagt worden, allerdings hätten sie nur drei erhalten (16. Einzelinterview). Eine Frau, die im benachbarten Viertel Nonsingh wohnte, und mit der ich ebenfalls Anfang Oktober 2013 ein Interview führte, gab an, noch gar keine Moskitonetze erhalten zu haben (13. Einzelinterview). In Bamako erklärte mir eine Marktverkäuferin im informellen Viertel Yirimadio, dass sie kein Vertrauen zur Gemeinde hätte, da sie weder Informationen noch Hilfe bekäme. Am Markt würden die anfallenden Abfälle nicht von der Gemeinde weggebracht. Auch wenn sie die vorgeschriebenen Marktabgaben an die Gemeinde bezahlen würde, würde die Gemeinde

49 Anhang 3: 46. Zitat

50 Anhang 3: 47. Zitat

ihre Aufgaben nicht erfüllen (1. Einzelinterview). Tatsächlich stellten wilde Mülldeponien in der Nähe vieler Märkte zum Zeitpunkt meines Forschungsaufenthaltes in Bamako ein großes Problem dar. Im Rahmen des Projekts »Saniya Warrri«, das vom Welternährungsprogramm im Jahr 2013 durchgeführt wurde, konnte ich in den peripher gelegenen Stadtvierteln Yirimadio, Falladie und Samé beobachten, wie die TeilnehmerInnen des Programms zur Evakuierung dieser wilden Deponien bei den Märkten eingesetzt wurden. Das mangelnde Vertrauen zu den VertreterInnen der Stadtverwaltung resultiert schließlich daraus, dass diese verdächtigt werden, mit den Maßnahmen nur ihren Eigeninteressen zu dienen. So meinte eine Frau, die im zentrumsnahen Viertel Banconi in Bamako lebt, dass es in ihrem Viertel sehr schmutzig sei. Generell würde nur dort, wo die BürgermeisterInnen oder Abgeordnete wohnen, auf Sauberkeit geachtet. In den meisten anderen Stadtvierteln würde sich die Stadtgemeinde nicht für die Reinigung der Straßen und Plätze verantwortlich fühlen (4. Einzelinterview). Die Unzufriedenheit über die fehlende Regenwasserdrainage oder die unzureichende Abfallentsorgung sowie Grundstücksspekulationen, an denen die BürgermeisterInnen sich selbst bereichern wollten, rufen Empörung hervor und führen dazu, dass manche StadtbewohnerInnen Umweltschutzgesetze und Verbote bewusst ignorieren würden (15. Einzelinterview)<sup>51</sup>.

### 7.3.3. Abhängigkeit von internationaler Entwicklungshilfe

Darüber hinaus kann auch die Einbürgerung einer Entwicklungshilfementalität als tiefer liegende Ursache für die fehlende Bereitschaft gesehen werden, sich finanziell an Infrastrukturprojekten zu beteiligen. Die Menschen seien daran gewöhnt, dass sie Hilfe vom Staat oder von europäischen Entwicklungshilfeorganisationen bekommen. Wenn also ein Infrastrukturprojekt durchgeführt wird, würden die Menschen dies als »Geschenk« sehen (21. Experteninterview)<sup>52</sup>.

Die starke Präsenz von Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit führt dazu, dass die kostenlose Bereitstellung von Lösungen von diesen erwartet wird. Geld, das von außerhalb kommt und als »argent froid« (Verger 1997) bezeichnet werden kann, wird leichten Herzens verbraucht und kann auch veruntreut werden. Im Gegensatz dazu ist Geld, wie es in den Sparvereinen der Frauen akkumuliert wird, »argent chaud«, also Geld, das gewissenhaft verwaltet wird.

Großinfrastrukturprojekte in afrikanischen Städten werden nach wie vor von Konzepten bestimmt, die in Industriestaaten entwickelt wurden. Abwasserdrainagen, Mülldeponien oder Kläranlagen richten sich in ihrer Konzeption nach europäischen Vorbildern. Damit entstehen allerdings, wie dies im Sinne von angepassten Technologien vielfach diskutiert wurde (siehe Chevron 2011), mehrere Probleme: Die Voraussetzungen in Entwicklungsländern sind im Hinblick auf die technischen Ressourcen und Kompetenzen nicht dieselben wie in Industrieländern, was dazu führen kann, dass solche Technologien nicht vollständig umgesetzt werden können. Darüber hinaus wird mit dem

51 Anhang 3: 48. Zitat

52 Anhang 3: 49. Zitat

Stichwort Ökoimperialismus auch kritisiert, dass der Technologietransfer von kapitalintensiven Technologien in Entwicklungsländer Abhängigkeiten schaffen kann.

Im Gegensatz zu den europäischen Ländern haben die afrikanischen Staaten kein ausreichendes Budget, um die Infrastrukturprojekte selbst zu finanzieren. Für die Errichtung von Infrastruktur im Bereich der Siedlungshygiene und der Abfallwirtschaft sind die Stadtverwaltungen abhängig von ausländischen Baumaterialien und Arbeitsgeräten. Alternative Infrastruktur wie z.B. traditionelle Trockentoiletten, wie sie in Djenné (Mali) zu finden sind (siehe Kapitel 2.8), die mit lokal verfügbaren Baumaterialien auskommen würden, wird im Normalfall nicht errichtet. Das Know-how, die Baumaterialien, die Baumaschinen und -geräte sowie das nötige Kapital kommen aus dem Ausland. Die Stadtverwaltungen geben sich damit zufrieden, dass staatliche oder multilaterale Entwicklungshilfeorganisationen Projekte durchführen und erhoffen sich ohne viel Verantwortung einen Nutzen daraus (siehe Bergamaschi 2009). Die Vorgangsweise der staatlichen und kommunalen EntscheidungsträgerInnen wird von manchen als sehr lasch bezeichnet. So kritisierte ein malischer Journalist die Abhängigkeit von Entwicklungsprogrammen, -zielen und -strategien, die im Ausland entwickelt werden. Den Ministern gehe es darum, Entwicklungshilfe an Land zu ziehen, aber sie selbst würden keine Anstrengungen unternehmen, um bestehende Probleme zu lösen und zur Entwicklung des Landes beizutragen. Der Fokus in Mali werde viel zu sehr auf die finanziellen Aspekte gelegt, obwohl die Ursachen vielmehr in fehlendem Schaffensdrang und Einfallslosigkeit liegen würden (17. Experteninterview)<sup>53</sup>.

Ohne finanzielle und technische Hilfe aus dem Ausland ist für viele keine Entwicklung vorstellbar (siehe Naudet 2000 u.a.m.). Diese Einstellung, die unter den politischen EntscheidungsträgerInnen weit verbreitet ist, wird von MitarbeiterInnen internationaler Organisationen jedoch auch kritisiert. Ein malischer Vertreter der Weltbank bemängelte in einem Gespräch mit mir die Tatsache, dass im Hinblick auf Entwicklungsprojekte immer auf die Errichtung von Infrastruktur fokussiert werde. Oft herrsche die Mentalität: »On nous donne de l'argent, on va construire«, also ›Man gibt uns Geld, wir bauen‹. Entwicklung werde hier also mit Geld gleichgesetzt. Es werde allerdings vergessen, dass auch die Innovationspotentiale, Fertigkeiten und Kenntnisse der VerantwortungsträgerInnen gestärkt werden müssen, damit Entwicklungsprojekte dauerhaften Nutzen bringen können. In den letzten Jahren hätte man jedoch ausschließlich urbane Infrastruktur geschaffen, die aufgrund ihrer hohen Investitionskosten die Frage der Finanzierung in den Vordergrund gerückt hätte. Heute sei die Wartung und Instandhaltung dieser Infrastruktur aufgrund des Ausblendens der sozialen und kulturellen Aspekte nicht sichergestellt.

Während meines Aufenthaltes in Bamako von Oktober 2011 bis März 2012 fanden drei Konferenzen zum Thema Wasserversorgung sowie Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene statt. Diese Konferenzen wurden von internationalen Entwicklungshilfeorganisationen finanziert und organisiert. Im Anschluss an eine Konferenz führte ich ein Interview mit einem »Communicateur traditionnel« (Griot), der an der Konferenz teilgenommen hatte. Er kritisierte die Ausrichtung und Organisation der Konferenz. Die Konferenz würde die Menschen ausschließen, die am stärksten von der Problematik

53 Anhang 3: 50. Zitat

fehlender Sanitäreinrichtungen und verschmutztem Trinkwasser betroffen seien. Er meinte weiterhin, dass die Botschaften, die während des Forums verbreitet worden waren, sich nur an die französischsprachigen Bevölkerungsschichten richten würden. Die Sensibilisierung der Bevölkerung müsste vielmehr in Form von Versammlungen stattfinden, wo die Botschaften mündlich weitergegeben werden. Schriftliche Informationen und Bewusstseinsschaffende Empfehlungen in französischer Sprache hätten keinen Nutzen, denn diejenigen, die verschmutztes Wasser trinken würden, wären die »Armen« und Ungebildeten. Die Zielgruppe würde also die Botschaften nicht verstehen. Man würde zu ihnen auf Französisch sprechen, sie selbst würden stumm bleiben. Dennoch würde es in vielen Fällen so ablaufen, dass die externen GeldgeberInnen Geld zur Verfügung stellen würden um die Botschaften in einer von ihnen vorgegebenen Weise zu vermitteln. Man könne daher an der Sinnhaftigkeit dieser Sensibilisierungsmaßnahmen zweifeln (18. Experteninterview)<sup>54</sup>. Die Konferenzen waren in erster Linie nicht zum Zweck der Sensibilisierung der allgemeinen Bevölkerung abgehalten worden, sondern vielmehr, um die kommunalen EntscheidungsträgerInnen und die VertreterInnen von lokalen NGOs über neue Richtlinien und aktuelle Entwicklungen zu informieren. Die Präsentationen der ReferentInnen wurden jedoch zum Teil in sehr technischer Sprache gehalten, sodass es möglicherweise nicht nur mir, sondern auch manchen anderen Menschen streckenweise schwer gefallen sein mag, den Vorträgen zu folgen. Darüber hinaus wurden von einigen internationalen NGOs auch Gruppen von Frauen bzw. Jugendlichen mit T-Shirts der NGOs bekleidet und engagiert, an den Konferenzen teilzunehmen. Auf mich machten sie vielmehr den Eindruck von StatistInnen, denn sie stellten keine Fragen und beteiligten sich nicht an den Diskussionen. Lediglich zu Beginn der Konferenzen waren ihre Stimmen im allgemeinen Gelächter vernehmbar, denn jede Konferenz wurde mit einem kleinen Bambara-sprachigen Sketch in der traditionellen Form des Theaters, »koteba« eingeleitet. Diese Sketche behandelten eine zum Thema passende Problematik wie z.B. verschmutzte Trinkwasserbrunnen.

Nicht nur der Staat ist abhängig von Entwicklungshilfe, sondern auch die NGOs in Bamako und Ouagadougou, die ohne Unterstützung von ausländischen GeldgeberInnen kaum existieren könnten. Im Interview mit einem Mitarbeiter einer malischen NGO, die als Zwischenglied zwischen dem luxemburgischen Geldgeber und den Vereinen in der Abfall- und Abwasserentsorgung fungiert, wurde dies klar ersichtlich. Die Finanzierung für ein im Jahr 2009 gestartetes Projekt sollte im Jahr 2012 auslaufen und der Mitarbeiter der NGO sah die Tätigkeit der NGO gefährdet, sollte es danach keine anderen finanziellen Subventionen geben (10. Experteninterview). Kurzfristige Projektfinanzierung stellt eine Grundproblematik für viele lokale NGOs dar, denn sie gestattet keinerlei strukturbildenden Investitionen und die Entwicklung von eigenen Aktivitäten. Die Beschränkung der finanziellen Unterstützung auf einige wenige Jahre führt darüber hinaus dazu, dass sich manche NGOs recht opportunistisch verhalten, d.h. ihre Schwerpunkte je nach Geldgeber abwandeln (vgl. Dorier-Apprill und Meynet 2005). Lokale Vereine erfüllen oft nicht die Voraussetzungen, um mit internationalen Organisationen eine Kooperation einzugehen. Obwohl die Vereine die lokal vorherrschende Realität am besten kennen würden, hätten sie aufgrund der fehlenden finanziellen

54 Anhang 3: S1. Zitat

Mittel nicht die Möglichkeit, große Projekte durchzuführen. Die Entwicklungshilfeorganisationen und internationale NGOs würden hingegen die meisten Gelder in die Verwaltung investieren und nicht in Projekte vor Ort (16. Experteninterview). Tatsächlich wurde ich mancher international bekannter großer NGOs, die auch in Mali und Burkina Faso vertreten waren, erst gegen Ende meiner Feldforschungsaufenthalte gewahr. Weder waren sie mir durch konkrete Projekte im Bereich der Siedlungshygiene in Bamako bzw. Ouagadougou, noch durch die Medienberichterstattung aufgefallen. Der Grund für diese mangelnde Präsenz ist mir nicht bekannt; von mehreren VertreterInnen von lokalen Vereinen wurde dies jedoch auf den bürokratischen Verwaltungsaparat zurückgeführt. Manche ForscherInnen haben ebenfalls bemängelt, dass sich internationale Organisationen der Entwicklungshilfe zu sehr mit der Budgetverwaltung, der Erstellung von Programmen und Berichten sowie dem Fundraising befassen und hierbei die Bedürfnisse der Bevölkerung als auch lokale Initiativen kaum Gehör finden (vgl. Easterly 2002).

Interessanterweise ist sogar der Privatsektor von internationaler Entwicklungshilfe abhängig. Das Beispiel der Abfallsammlung in Bamako zeigt dies deutlich auf. Die erste Frauenkooperative in Bamako, die seit dem Jahr 1989 in der Abfallwirtschaft tätig war, wurde durch UNDP und UNWOMEN finanziell und materiell unterstützt. Sie hatte daher sowohl die notwendigen Arbeitsgeräte wie zwei Lastwagen als auch ein Budget für die Sensibilisierung der Haushalte zur Verfügung. Mit dem Beginn der Dezentralisierung Anfang der 1990er Jahre wurden die Verträge mit der Frauenkooperative nicht mehr verlängert, sondern an junge arbeitslose Akademiker vergeben, die sich in Form von GIE organisiert hatten (Chevron et al. 2002). Eine Mitarbeiterin der COFES-FA meinte, dass die Abfallsammlung durch die GIE weniger gut funktioniert hätte, da die GIE anfangs keinerlei internationale Unterstützung erhalten hätten und daher materiell und finanziell weitaus schlechter ausgestattet gewesen seien. Die meisten GIE hätten die Abfallsammlung deshalb mithilfe von Eselskarren durchgeführt und auf Sensibilisierungsaktivitäten verzichtet (8. Expertinneninterview)<sup>55</sup>. Tatsächlich ergab eine Umfrage unter den GIE in Bamako im Jahr 1995, dass von 47 GIE keine GIE ein motorisiertes Müllfahrzeug besessen hatte, sondern alle auf Eselskarren angewiesen waren (siehe Berthé 2002). Seitdem wurde der Fuhrpark von vielen GIE mit der finanziellen Unterstützung durch internationale Geldgeber aus der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit, Städtepartnerschaften bzw. NGOs jedoch um Müllfahrzeuge bzw. Traktoren erweitert. Andere GIE, die keine Kooperationen mit solchen Akteuren eingehen konnten, waren oft nicht in der Lage, in ihren Fuhrpark zu investieren und sind heute zum Teil nicht mehr aktiv. Die ausbleibende Unterstützung der neuen Kleinunternehmen in der Abfallsammlung durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit kann daher als maßgeblicher Faktor für die zunehmende Verschlechterung der angebotenen Dienstleistungen gesehen werden.

55 Anhang 3: 52. Zitat

### 7.3.4. Korruption als eigenes Problem

Korruption darf im Hinblick auf Umweltverschmutzung nicht unberücksichtigt bleiben, denn Korruption ist nicht nur ein Phänomen, das in den Medien diskutiert wird, sondern Bestandteil der Lebensrealität ärmerer StadtbewohnerInnen.

Die Anwendung von Gesetzen und Vorschriften gestaltet sich in einem System des Klientelismus und der Korruption äußerst schwierig. Die soziale Komponente ist mitunter ausschlaggebend dafür, dass das Rechtssystem nicht in der vorgesehenen Weise funktioniert. Einflussreiche Personen setzen ihre Macht ein, sodass in ihrem Fall Ausnahmen gemacht und sie für ihren nachlässigen Umgang mit Abfällen und Abwässern nicht belangt werden. So berichtete ein Mann in Ouagadougou, der in einem Mietverhältnis lebt, dass die Sickergrube in seinem Hof schon vor einiger Zeit voll geworden sei. Der Eigentümer hätte sich geweigert, die Sickergrube zu entleeren, und so habe er selbst ein Abflussrohr nach draußen verlegt. Die Abwässer der Dusche gelangen nun durch die Außenmauer des Hofes in eine kleine offene Grube am Straßenrand. Gesetzlich sei diese Art der Abwasserentsorgung verboten und die Gemeinde hätte bereits eine Vorladung geschickt. Der Eigentümer würde jedoch dieser Vorladung nicht Folge leisten, da er ein einflussreicher und wohlhabender Mann sei, der nicht mit einer Strafe zu rechnen habe (22. Einzelinterview).

Faktische Straffreiheit und Klientelismus sind v.a. in Bamako aber auch in Ouagadougou weit verbreitete Phänomene und treffen nicht nur für die wohlhabenderen Schichten zu. Auch ärmere StadtbewohnerInnen bleiben oft unbehelligt, wenn sie Abfälle und Abwässer nicht auf eine adäquate Art und Weise entsorgen. Für Tatbestände wie schadhafte Sickergruben, das Verbrennen von Abfällen und Altreifen oder die Entsorgung von Abfällen und Abwässern auf der Straße oder in Entwässerungsrinnen sind in Mali laut Gesetz Strafen vorgesehen. In Bamako patrouillieren in jeder Gemeinde VertreterInnen der Umweltschutzbrigade, deren Aufgabe die Ahndung von Verschmutzungen des öffentlichen Raumes ist. Dadurch, dass diese Umweltpolizei jedoch den BürgermeisterInnen der jeweiligen Stadtgemeinde untersteht, ist ihre Durchsetzungskraft nicht sehr stark. Denn oft fehle es am politischen Willen, die Arbeit der Umweltschutzbrigade zu unterstützen, da die Sanktionen in der Bevölkerung nicht akzeptiert seien. Die Menschen würden mit den VertreterInnen der Umweltschutzbrigade diskutieren und letztendlich auch obsiegen. Häufig würden der Imam, ein Bruder des Angeklagten oder sogar der/die BürgermeisterIn selbst intervenieren, damit die Strafandrohung zurückgezogen wird (1. Expertinneninterview)<sup>56</sup>. Die BürgermeisterInnen würden davor zurückschrecken, hart durchzugreifen, weil sie die WählerInnen nicht verärgern wollten. Die BewohnerInnen im Viertel würden als potentielle WählerInnen gesehen, mit denen man sich für die kommenden Wahlen gut stellen sollte. Aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen würden Gesetze daher sehr lax angewendet (16. Experteninterview, 20. Experteninterview).

Aufgrund von ausbleibenden Strafen für die Verschmutzung des öffentlichen Raumes kursiert in der Bevölkerung in Bamako sogar das Gerücht, die Gesetze seien mög-

licherweise wieder abgeschafft worden (14. Experteninterview)<sup>57</sup>. Ein französischer Berater der malischen Umweltbehörde stellte in einem Gespräch mit mir ernüchtert fest, dass die Funktion von Gesetzen nur darin liege, eine »Inspiration« zu sein. Die Ineffizienz der Justiz in afrikanischen Ländern ist ein altes, viel diskutiertes Problem und wird auch in Programmen der Entwicklungszusammenarbeit immer wieder thematisiert. Aus kultur- und sozialanthropologischer Perspektive wurde darauf hingewiesen, dass es im Alltag eine Normen- und Regelvielfalt gebe, welche den AkteurInnen einen großen Handelsspielraum eröffne und eine klare Grenzziehung zwischen legalen und illegalen Praktiken kaum zulasse. Mittelfristig könnten Praktiken der Aushandlung von Ordnung und ausbleibende Sanktionen gegenseitige Verpflichtungen erzeugen und sich zu Klientelstrukturen wandeln (Blundo und Olivier de Sardan 2001; Olivier de Sardan 1999; Smith 2007).

Während die Haltung des »Laissez-Faire« der öffentlichen Verwaltung den Alltag der Mehrheitsbevölkerung bestimmt, kommt Korruption im größeren Stil, also Schmiergeldzahlungen, willkürliche Auftragsvergabe, Nepotismus oder die Unterschlagung von Geldern eher in einflussreichen Schichten sowie im Gewerbe vor. Korruption im Bereich der Wasserversorgung und Siedlungshygiene ist – wie dies der von Transparency International in Auftrag gegebene »Global Corruption Report« (2008) feststellt – insbesondere im Hinblick auf die Errichtung von Infrastruktur ein weit verbreitetes Problem. Ein Mitarbeiter zweier internationaler NGOs in Mali bekräftigte, dass viel Geld in die Planung von Infrastrukturprojekten und in die Durchführung von Machbarkeitsstudien fließe, weil die Zuständigen wüssten, dass man damit gutes Geld verdienen könne. Wenn man sich jedoch die Umsetzung der Pläne in konkrete bauliche Infrastruktur ansehe, so könnten Jahre vergehen, ohne dass die Bauarbeiten beginnen würden. Der Verdacht liege nahe, dass die Verantwortlichen, sobald sie ihre Provisionen bezogen haben, Interesse am Projekt verlieren und den Fortschritt des Projekts nicht mehr forcieren. Mit den internationalen Fördergeldern würde nicht verantwortlich umgegangen werden und die lokalen Projektbeauftragten würden das Geld oft »nehmen, um es zu essen« (11. Experteninterview)<sup>58</sup>.

Korruption betrifft aber auch eine Vielzahl anderer umweltrelevanter Wirtschaftszweige. In Ouagadougou kann beispielsweise die Leder verarbeitende Industrie genannt werden, die ExpertInnen zufolge für die Verschmutzung des Grundwassers verantwortlich ist. Dies sei allgemein bekannt, aber da die Eigentümerin des Unternehmens eine anerkannte Persönlichkeit in Burkina Faso ist, seien Konsequenzen bisher ausgeblieben. Zwar wurden Studien zur Problematik der Umweltverschmutzung durch die Gerberei durchgeführt, doch die Ergebnisse der Studien seien aus politischen Gründen nicht publiziert worden (28. Experteninterview). In Bamako kann das Beispiel der Kleinunternehmen in der Abwasserentsorgung, die mit Saugwagen die Toilettenabwasser der Haushalte abpumpen und mangels fehlender Kläranlagen am Stadtrand ausleeren, genannt werden. Mitunter komme es vor, dass die Fäkalien in der Nähe von bewohnten Grundstücken entleert werden und das Grundwasser dadurch verschmutzt wird. Die Stadtgemeinde wisse von dieser Praxis Bescheid, habe bisher aber noch keine

57 Anhang 3: 54. Zitat

58 Anhang 3: 55. Zitat

Lösung für das Problem gefunden. Die Polizei wurde zwar damit beauftragt, die Saugwagenfahrer zu bestrafen, aber das habe nur dazu geführt, dass Bestechungsgelder erhoben werden. Das umwelt- und gesundheitsgefährdende Vorgehen der Kleinunternehmen werde damit nicht unterbunden (24. Experteninterview).

Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou wurde von manchen Interviewpartnern die mangelnde Transparenz bei der Vergabe von Konzessionen in der Abfallsammlung kritisiert. In Bamako folge die Auswahl der Dienstleister keinen nachvollziehbaren Regeln, sondern geschehe rein willkürlich. Diejenigen GIE, die gute Beziehungen zu den BürgermeisterInnen und den GemeinderätInnen pflegten, würden Aufträge erhalten. Alle anderen fänden sich auf einer Warteliste wieder und hätten wenige Chancen, irgendwann doch noch zum Zug zu kommen. Aufgrund des Nepotismus hätten manche BürgermeisterInnen GIE mit der Abfallsammlung beauftragt, obwohl diese nicht die erforderlichen Arbeitsgeräte hätten (16. Experteninterview). Auch in Burkina Faso – so ein Geograph an der Universität in Ouagadougou – sei die Abfallwirtschaft durch die Dezentralisierung ein politisierter Bereich geworden. Manche GemeinderätInnen würden alte Frauen in ihrem Viertel organisieren, ihnen Eselskarren zur Verfügung stellen und ihnen den Auftrag erteilen, die Haushaltsabfälle im Viertel zu sammeln. Dies erfolge jedoch auf informelle Art und Weise und die Gruppen hätten keine offizielle Erlaubnis, diese Dienstleistungen zu erbringen. Mit diesem Vorgehen würden die GemeinderätInnen im Widerspruch zur 2005 in Kraft getretenen Abfallwirtschaftsstrategie handeln, aber für die GemeinderätInnen sei es politisch rentabel, denn die Initiativen würden älteren Frauen eine Einkommensmöglichkeit bieten und potentielle WählerInnen wohlgesinnt stimmen (25. Experteninterview).

In jedem Fall versuchen LokalpolitikerInnen in einem System von Klientelbeziehungen die Ressourcen und Chancen an diejenigen zu verteilen, die sie politisch unterstützen. Wie gängig diese Strategie ist, wird an einem Szenario deutlich, dass sich ein informeller Abfallsammler in Ouagadougou ausmalte. Er beschrieb, wie er für den (damals amtierenden) Präsidenten Blaise Compaoré Parteiwerbung machen könnte, indem er die Abfallsammlung für 250 CFA anstatt für 500 CFA anbieten würde. Der Präsident Blaise Compaoré müsste dem Abfallsammler zwar den entgangenen Gewinn wettmachen, aber im Gegenzug könnte man die günstigen Abfallsammelgebühren auf die Fahnen der Partei heften. Mit dieser Strategie könnte man eine Vielzahl an Wählerstimmen gewinnen (31. Experteninterview)<sup>59</sup>. All dies macht sichtbar, wie Korruption in der öffentlichen Verwaltung ein weit verbreitetes und banalisiertes Phänomen geworden ist.

## 7.4. Ehrenamtliches Engagement für den Umweltschutz

Im Hinblick auf die Möglichkeiten von ärmeren StadtbewohnerInnen, umweltgerecht zu handeln, geht es nicht nur bloß um den Zugang zu Infrastruktur, um die finanziellen Kapazitäten der Haushalte oder das Respektieren von Umweltschutzgesetzen,

59 Anhang 3: 56. Zitat

sondern auch um die Fähigkeit, sich selbst zu organisieren. Eigeninitiativen zur Verbesserung der Siedlungshygiene können auch in Stadtvierteln, wo es eine unzureichende Infrastruktur, d.h. keine Abfallsammlung, gibt oder wo die finanziellen Ressourcen der Familien beschränkt sind und die Dienstleistungen der GIE bzw. Kleinunternehmen in der Abfallsammlung nicht von allen in Anspruch genommen werden können, dazu beitragen, die Umwelt zu schützen und die Lebensqualität zu erhöhen.

In Bamako haben die BewohnerInnen in mehreren Vierteln begonnen, sich nach dem Vorbild anderer Initiativen in Bereichen wie der Gesundheitsversorgung, der Bildung oder dem Wohnen zu organisieren und Aktivitäten zur Reinigung des öffentlichen Raumes durchzuführen. In zentrumsnahen Stadtvierteln wie Banconi, aber auch in peripher gelegenen Stadtvierteln wie Missabougou rücken bei Bedarf freiwillige Vereinigungen aus, um das Viertel von wilden Deponien zu befreien und Straßen sowie Entwässerungsgräben zu säubern. Mancherorts beinhalten die Aktivitäten auch die Reinigung von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Krankenstationen, denn viele dieser Einrichtungen haben nicht die entsprechenden finanziellen Mittel, um Reinigungskräfte zu bezahlen. Die Reinigungsarbeiten zum Nutzen des Gemeinwohls erfolgen ehrenamtlich durch Frauen, Männer und Jugendliche, die im Viertel wohnen. Eine Frau in Banconi meinte, dass viele der BewohnerInnen in ihrem Viertel den Jugendlichen kleine Summen Geld zustecken würden, damit diese sich mit den erforderlichen Arbeitsgeräten wie Besen ausstatten könnten (4. Einzelinterview)<sup>60</sup>.

In mehreren Vierteln in Bamako werden solche selbst organisierte Tätigkeiten für ein sauberes Wohnumfeld durch mangelnde Arbeitsmaterialien jedoch erschwert oder sogar verunmöglich. In einem Stadtteil in der Commune IV wurde mir vom traditionellen Viertelvorsteher berichtet, dass sich die Jugendlichen von Zeit zu Zeit versammeln würden, um die Abfallhaufen im öffentlichen Raum zu reinigen und die Abfälle außerhalb des Viertels zu bringen. Die Jugendlichen hätten sich als Reaktion auf die wenig zufriedenstellende Arbeit der im Viertel tätigen GIE organisiert. Die ehrenamtliche Arbeit der Jugendlichen wäre aufgrund von fehlender technischer Ausrüstung nicht einfach und bisher hätte ihnen die Gemeinde noch keinerlei Unterstützung gewährt (22. Experteninterview)<sup>61</sup>. Im Viertel Magnambougou gaben die Mitglieder einer Tontine an, dass sie bereit wären, das Stadtviertel ehrenamtlich zu reinigen, dass ihnen aber die notwendige Ausstattung fehle. Solange ihnen nicht jemand Unterstützung in Form von Besen, Rechen und Schubkarren zur Verfügung stelle, könnten sie diese Freiwilligenarbeit nicht in ihre Aktivitäten integrieren (1. Fokusgruppeninterview)<sup>62</sup>. Diese Tontine in Magnambougou war zum Zweck der gegenseitigen Unterstützung von Händlerinnen gegründet worden. Die Interessen der Vereinsmitglieder, die eine Vielzahl an Waren und Nahrungsmitteln auf den lokalen Märkten verkauften, waren also durchaus gewinnorientiert. Die mir gegenüber geäußerte Bereitschaft, sich auch in der ehrenamtlichen Reinigung des Viertels engagieren zu wollen, könnte möglicherweise auch eine Strategie gewesen sein, um eine Kooperation mit mir anzuknüpfen. Nach

60 Anhang 3: 57. Zitat

61 Anhang 3: 58. Zitat

62 Anhang 3: 59. Zitat

dem Fokusgruppeninterview hatte mich die Leiterin der Tontine wiederholt kontaktiert und mich um eine finanzielle Unterstützung gebeten, woraufhin ich sie und andere Frauen zu einem Mikrofinanzunternehmen begleitet hatte, um ihnen den Erhalt von Kleinkrediten zu ermöglichen.

Eine weitere Frage ist, wie es gelingen kann, Menschen für den Umweltschutz zu mobilisieren. In Bamako wurden ab Mitte der 1990er Jahre unter der Initiative der einzelnen Stadtgemeinden in jedem Viertel so genannte »comités de salubrité«, also Komitees für die Siedlungshygiene eingerichtet. Diese setzen sich aus GemeindemitarbeiterInnen, VertreterInnen lokaler Frauen-, Jugend- und sonstiger Vereine, den traditionellen Viertelchefs sowie den LeiterInnen von GIE zusammen. In einem Schema wird festgehalten, an welchen Tagen diese Komitees zum Einsatz kommen, um das jeweilige Viertel zu reinigen. Die Komitees sind dafür verantwortlich, die BewohnerInnen zu informieren und zu motivieren, sich aktiv an den Reinigungsaktivitäten zu beteiligen. Die Gemeinde sowie die GIE werden dazu verpflichtet, an diesen Tagen ihre Arbeitsgeräte zur Verfügung zu stellen, damit die Arbeiten durchgeführt und die Abfälle von den wilden Deponien wegtransportiert werden können. Bei den Sauberkeitstagen sind es vorwiegend Frauen, die sich bei der unbezahlten Reinigung von öffentlichen Plätzen aktiv beteiligen. Frauen sind nach Ansicht vieler Menschen am stärksten von der Verschmutzung der Wohnumgebung betroffen und deshalb wird ihnen generell ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein zugeschrieben (vgl. Chevron et al. 2002). Mehrere ExpertInnen wiesen im Gespräch mit mir darauf hin, dass die größere Sensibilität von Frauen gegenüber der Verschmutzung des öffentlichen Raumes ausschlaggebend dafür sei, dass es mehrheitlich Frauen seien, welche bei den von den Komitees organisierten Saubermachaktionen erscheinen würden (2. Expertinneninterview, 16. Experteninterview). Die Jugendlichen hätten hingegen wenig Interesse, sich ehrenamtlich in der Reinigung ihres Stadtteils zu engagieren. Weil es eine schmutzige Tätigkeit sei und keinen Gewinn einbringe, seien die Jugendlichen kaum dazu zu bewegen, an den freiwilligen Reinigungsaktionen teilzunehmen (10. Experteninterview, 8. Expertinneninterview)<sup>63</sup>. Diese Kritik am mangelnden Interesse für das Gemeinwohl kann ich nicht teilen, denn wie die Beispiele weiter oben gezeigt haben, sind Jugendliche durchaus bereit, ihr Wohnumfeld ehrenamtlich zu reinigen. Die Kritik kann vielmehr als Bestandteil eines allgemeinen, weit verbreiteten Diskurses gesehen werden, welche die Jugendlichen – in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit – als antriebslos, bequem und verantwortungslos verurteilen. Möglicherweise liegt die geringe Beteiligung von Jugendlichen an den Sauberkeitstagen auch an der Art und Weise, wie diese organisiert werden. Im Gegensatz zu den Eigeninitiativen der Jugendlichen, bei welchen sie selbst über den Zeitpunkt und ihr Vorgehen bestimmen können, unterstehen sie bei den Sauberkeitstagen den Anordnungen der älteren Komiteemitglieder.

Während meines Forschungsaufenthaltes in Bamako wollte ich mir selbst einen Eindruck über die Reinigungsaktivitäten im Zuge der Sauberkeitstage bilden. Am Vorabend des Opferfests im November 2011 suchte ich zwei Viertel in Bamako auf, wo laut Plan die Bevölkerung gemeinsam mit den ehrenamtlichen Stadtviertelkomitees Reinigungsarbeiten durchführen sollten. Ein Platz in direkter Nähe zu einer Moschee in Ma-

63 Anhang 3: 60. Zitat

gnambougou und ein Platz unmittelbar neben dem Gemeindeamt in Yirimadio waren ausgewählt worden, um von Abfällen befreit zu werden. An beiden öffentlichen Plätzen konnte ich niemanden antreffen, der in diese Aktivitäten involviert war. Aus dem Tätigkeitsbericht der Gemeinde VI in Bamako für das Jahr 2011 geht hervor, dass am Samstag vor dem Opferfest lediglich in drei von zehn Stadtvierteln Reinigungsarbeiten durchgeführt worden waren, also öffentliche Plätze gekehrt, wilde Deponien evakuiert oder verstopfte Entwässerungsrinnen gereinigt wurden.

Diese Beobachtung spiegelt eine Momentaufnahme aus dem Jahr 2011 wider und kann somit nicht als Trend oder allgemeine Feststellung gelten. Dennoch gibt es einige Faktoren, die dazu beitragen, dass die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement der Bevölkerung mitunter gering ausgeprägt ist. In manchen Stadtvierteln in Bamako spielt mangelnder sozialer Zusammenhalt im Viertel eine Rolle dafür, dass die Menschen den ehrenamtlichen Reinigungsaktivitäten fernbleiben. Die Mitglieder einer Tontine in Fal-ladie hätten früher an den monatlich stattfindenden Sauberkeitstagen teilgenommen, d.h. sie hätten mit ihren Besen alle Straßen im Viertel gekehrt und anschließend die Abfälle mit dem von der Gemeinde bereitgestellten Eselskarren weggebracht. Manche Nachbarinnen hätten allerdings ohne Rücksicht auf die Säuberungsaktion weiterhin ihre Abwässer auf der Straße entsorgt. Die Tatsache, dass diese Bewohnerinnen ihre Aktivitäten sabotiert hätten, hätte sie entmutigt. Nun würden sie bei den Sauberkeitstagen nicht mehr mitmachen und die freiwillige monatliche Reinigung des Viertels sei eingestellt worden (2. Fokusgruppeninterview)<sup>64</sup>. Obwohl annähernd fünfzig Frauen im betroffenen Viertel Mitglied der Tontine sind, war die Gruppe nicht imstande, die anderen Familien zu überzeugen und hinter sich zu vereinen. Die Sauberkeitstage, deren Erfolg von der aktiven Beteiligung der Tontine-Mitglieder abhängig war, würden nach Aussage der Vereinsleiterin nun nicht mehr stattfinden.

In anderen Vierteln in Bamako kann die geringe Beteiligung an freiwilligen Reinigungsaktivitäten zum Teil auf die falschen Erwartungen in der Bevölkerung zurückgeführt werden. So erklärte eine Vertreterin der Frauenvereinigung in der Commune VI, dass der malische Präsident im Jahr 2002 den Sauberheitskomitees mehrere Milliarden CFA versprochen hätte. Es sei die Rede davon gewesen, dass das Geld den ehrenamtlichen Zusammenschlüssen für die Verbesserung der Siedlungshygiene zur Verfügung gestellt werden sollte. Die StadtbewohnerInnen hätten sich organisiert aber nie einen Teil der Förderungen bekommen. Heute herrsche unter den Sauberheitskomitees große Enttäuschung angesichts der nicht eingehaltenen Versprechungen (2. Expertinneninterview)<sup>65</sup>.

In Bamako und Ouagadougou gibt es in der Bevölkerung heute generell ein weit verbreitetes Gefühl der Resignation. Vielerorts hätten die Zuwanderung und die Haltung des »Laissez-Faire« dazu geführt, dass wilde Deponien entstehen und zuvor existierende interne Regelungen im Viertel nicht mehr funktionieren würden. Im Viertel Missabougou in Bamako beispielsweise würden manche Familien ihre Kinder nachts im Schutz der Dunkelheit außer Haus schicken, um den Abfall zu entsorgen. Im Viertel

64 Anhang 3: 61. Zitat

65 Anhang 3: 62. Zitat

sei bereits darüber nachgedacht worden, einen Wächter zu beauftragen, die Sauberkeit im Viertel zu überwachen, jedoch hätten die Kosten für dessen Arbeitsleistung die Viertelverantwortlichen davon abgehalten (9. Experteninterview)<sup>66</sup>. Manche meiner InterviewpartnerInnen, wie ein malischer »Communicateur traditionnel« (Griot) stellten diesem Verhalten die traditionellen Umweltregulierungsmechanismen gegenüber. Früher hätte es mehrere Instanzen gegeben, welche für den Umweltschutz verantwortlich gewesen seien. Die traditionellen Viertelchefs hätten mit ihren Beratern anstehende Umweltprobleme besprochen und die jungen Männer in der Siedlung beauftragt, Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen. Die Abfälle seien am Rande der Städte bzw. der Siedlungen zusammengetragen und als Kompost auf die Felder ausgebreitet worden. Das Problem störender Abfälle und Abwässer in der Stadt hätte es damals also nicht gegeben (18. Experteninterview)<sup>67</sup>. Der Umstand, dass heutzutage sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou wilde Deponien in der Stadt anzufinden sind, könnte auf die schwindende Macht der traditionellen Viertelvorsteher hinweisen. Auch wenn diese in der Bevölkerung neben Imamen bzw. Priestern das höchste Vertrauen genießen, von den Menschen respektiert werden und häufig in direktem Kontakt mit der Bevölkerung stehen (siehe Logan 2008), scheinen sie nicht in der Lage zu sein, gewisse Verhaltensweisen im Bereich der Siedlungshygiene durchzusetzen. Das Nebeneinanderbestehen von verschiedenen Rechtssystemen und EntscheidungsträgerInnen – auf der einen Seite die gesetzlich legitimierten VertreterInnen in Person des/der BürgermeisterIn, auf der anderen Seite die nach dem Gewohnheitsrecht eingesetzten traditionellen Viertelvorsteher – trägt darüber hinaus dazu bei, dass die Zuständigkeitsbereiche in den Augen der Bevölkerung nicht immer klar zugeordnet werden können.

Viele Menschen in Bamako und Ouagadougou wiesen in den Gesprächen mit mir darauf hin, dass im Vergleich zu heute die Siedlungshygiene in den Städten vor einigen Jahrzehnten, als in Mali und Burkina Faso autoritäre Regime herrschten, viel besser gewesen sei. Das Engagement für das Gemeinwohl sei direkt nach der Unabhängigkeit der Republik Mali Anfang der 1960er Jahre sehr stark spürbar gewesen. Eine Mitarbeiterin der Frauenkooperative COFESFA in Bamako meinte, dass es damals eine Besinnung auf die eigenen Werte und das Bestreben, etwas Neues und Schönes zu schaffen, gegeben hätte. Diese Haltung, die von manchen Menschen als Patriotismus bezeichnet wird, hätte auch beinhaltet, den urbanen öffentlichen Raum zu reinigen. Als der erste malische Präsident im Jahr 1968 nach einem Militärputsch abgesetzt wurde, hätte sich die Haltung in der Bevölkerung geändert und der Wunsch nach »Freiheit« hätte Einzug gehalten. Damit wäre eine Abnahme des Verantwortungsgefühls für die Gemeinschaft einhergegangen. Heute sei ganz Bamako schmutzig und es würde niemanden stören (8. Expertinneninterview)<sup>68</sup>. Der Demokratisierungsprozess nach dem Militärputsch im Jahr 1991, welcher das 22 Jahre lang währende totalitäre Regime von Moussa Traoré zu Fall brachte, wurde im Gegensatz zur Situation nach der Unabhängigkeit und dem Staatsstreich im Jahr 1968 kaum erwähnt. Nach diesem Putsch hatte es Anfang der 1990er Jahre ebenfalls eine kollektive Euphorie und die Gründung einer Vielzahl an GIE

66 Anhang 3: 63. Zitat

67 Anhang 3: 64. Zitat

68 Anhang 3: 65. Zitat

und Vereinen gegeben, um die Siedlungshygiene in der Stadt zu verbessern. Die Be- reitschaft zu gemeinschaftlichem Handeln für den guten Zweck sei heute auf jeden Fall viel weniger gegeben, sind sich viele InterviewpartnerInnen einig. Heute gebe es viele Stadtviertel, wo die BewohnerInnen sehr passiv seien und darauf warten würden, dass Hilfe von außen komme. Die Menschen selbst seien weder organisiert noch orientiert und würden keinerlei Initiative ergreifen um ihre Wohn- und Lebensbedingungen zu verbessern (16. Experteninterview).

Ähnliche Aussagen hörte ich auch in Ouagadougou, wo der Vergleich zwischen den Revolutionsjahren während der Präsidentschaft von Thomas Sankara von 1983 bis 1987 und heute oft gezogen wird<sup>69</sup>. So wurde mir gegenüber oft das Thema angesprochen, dass das zivile Engagement der Bevölkerung seit dem Ende der 1980er Jahre deutlich nachgelassen hätte. Und diese weit verbreitete Meinung wird auch in den Medien thematisiert. Die neu erworbene Freiheit nach dem Putsch von Thomas Sankara wird demnach auch mit Laisser-faire in Verbindung gebracht. Während in den 1980er Jahren kollektive Saubermachaktionen organisiert wurden, bei denen die Bevölkerung ohne Zwang – wie die Frau betonte – teilnahm, liege es heute in der Verantwortung jedes einzelnen, die unmittelbare Wohnumgebung zu reinigen. Die Individualisierung der Zuständigkeiten bewirke, dass die Reinigung des öffentlichen Raumes meist vernachlässigt werde. Diejenigen, welche der Schmutz auf der Straße stört, seien frei, diesen zu beseitigen. Diejenigen, welche an der aktuellen Situation keinen Anstoß finden oder sogar noch zur Vermehrung von Abwässern und Abfällen im öffentlichen Raum beitragen, würden von ihren NachbarInnen oder von öffentlicher Seite nicht behelligt (16. Einzelinterview)<sup>70</sup>.

## 7.5. Umweltbewusstsein und unterschiedliche Umweltdiskurse

### 7.5.1. Vorstellungen von Schmutz und Umweltschutz

Von der Bevölkerung wird Schmutz recht ambivalent wahrgenommen. Dies kann vermutlich auf traditionelle Zuschreibungen von Schmutz zurückgeführt werden. Auf Bambara bedeutet der Begriff »nogo« sowohl Schmutz als auch Dünger. Als Akt des Beschmutzens und als Begriff für Schmutz ist »nogo« negativ konnotiert, als Dünger hingegen ist »nogo« dem Menschen nützlich. Im ländlichen Raum wurde traditionellerweise jener Ort, der etwas abseits von den Behausungen gelegen war und an dem die Menschen kompostierbare Abfälle entsorgten sowie ihre Bedürfnisse verrichteten, gewöhnlich mit Schmutz und übeln Gerüchen assoziiert. Dennoch wurde der Nutzen des dort entstehenden Düngers anerkannt, sodass die unangenehmen Nebenerscheinungen in Kauf genommen worden seien (siehe Jaffré 2003). Im Zuge

69 In den 1980er Jahren wurde unter dem Präsidenten Thomas Sankara die Bevölkerung in Ouagadougou dazu angehalten, in regelmäßig stattfindenden Aktionen mit dem Namen »mana-mana« die Abfälle aus dem Stadtgebiet zu evakuieren. So genannte Verteidigungskomitees der Revolution überwachten die kollektiven Reinigungsaktionen (Sory 2013).

70 Anhang 3: 66. Zitat

meiner Forschung in Bamako wurde mir auch das Sprichwort »Nogo be farafin lamo«, also »Schmutz lässt den/die AfrikanerIn reifen«, vorgestellt. Dies war ein mehr oder weniger ernst gemeinter Hinweis darauf, dass Schmutz nicht unbedingt negative Folgen für den Menschen haben muss. Das Sprichwort wurde mehrere Male als Kommentar zu meinen als übertrieben empfundenen Sauberkeitsvorstellungen geäußert und kann somit als ironische Bemerkung gesehen werden. Allerdings gibt es manche Phänomene, die ebenfalls in diesem Zusammenhang beschrieben wurden und die auf gewisse Aspekte von traditionellen Glaubensvorstellungen hinweisen. So wurde mir erzählt, dass es in der Region um Sikasso immer noch ältere männliche Mitglieder der ethnischen Gruppe der Senufo gebe, welche sich ohne Seife nur mit Wasser waschen würden. Auch wenn diese Praxis nicht den modernen Empfindungen von Sauberkeit entsprechen würde, würde sie der Überzeugung der Menschen nach dafür sorgen, die dem Menschen außen anhaftende Schutzschicht nicht zu zerstören (20. Experteninterview). Auch das Beispiel von Fetischen, welche von Marabouts, den traditionellen Magiern und Heilern, verwendet werden, wurde mir gegenüber erwähnt. Die Fetische würden aus »schmutzigen« Objekten wie Pflanzenbestandteilen, Blut und Erde gefertigt und würden dem/der TrägerIn gleichzeitig Kraft verleihen und Schutz bieten (16. Experteninterview).

Ein weiterer Begriff verdient hier nähere Betrachtung, und zwar der Begriff »nyaman«. Auf Bambara bzw. Dioula werden Abfälle und Überreste gewöhnlich als »nyaman« bezeichnet. Wie es Charles Bird et al. (1995) festhalten, leitet sich der Begriff »nyaman« vermutlich vom Begriff »nyaga« ab, welcher das beim Dreschen von Getreide übrig bleibende Spreu bezeichnet. Dies erklärt, warum »nyaman«, also Abfälle im Allgemeinen, von vielen meiner InterviewpartnerInnen mit sich zersetzender Materie assoziiert wurde und ihnen zufolge immer außerhalb des Hofes gebracht werden muss. »Nyaman« ist in diesem Verständnis negativ konnotiert und auch Orte wie Abfallhaufen »nyamanton« oder Ackerflächen, die nicht mehr bewirtschaftet werden und die vom Busch wieder zurückerober werden »nyaman yoro« sind negativ konnotiert (siehe Jaffré 2003). Gleichzeitig hat »nyaman« aber auch noch eine weitaus vielschichtigere Bedeutung, die daraus herröhrt, dass »nyaman« eine Form der Lebenskraft, die jedem Lebewesen innewohnt, bezeichnet. Diese Kraft ist im Grunde unberechenbar und kann sich im Falle, dass ihr Schaden zugefügt wird, an der VerursacherIn rächen. In diesem Sinne ist »nyaman« auch im Wort »nyamakala« enthalten, das die Berufsgruppe der HandwerkerInnen und MusikerInnen bezeichnet. Die Mitglieder dieser Gruppen werden als diejenigen gesehen, die mithilfe ihrer handwerklichen Fähigkeiten wie dem Schmieden bzw. dem Singen und Musizieren diese negative Energie beherrschen können. Charles Bird et al. (ebd. 28) fassen die unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Konnotationen von »nyaman« folgendermaßen zusammen:

»Refinements on the meaning of nyama include notions that the force in question is variously (a) evil or satanic; (b) morally neutral; (c) dangerous; (d) polluting; (e) energizing or animating; (f) necessary for action; or (g) indicative of imperfect selfcontrol«.

Sie weisen darauf hin, dass abhängig vom jeweiligen Sinnzusammenhang aber auch von der Personengruppe unterschiedliche Aspekte hervorgehoben werden. So würden gläubige MuslimInnen üblicherweise auf das böse und beschmutzende Element Be-

zug nehmen, während animistische Jäger vielmehr die vitalen Eigenschaften betonen würden. Die Mehrdeutigkeit des Begriffs »nyaman« ist auch im Hinblick auf die Abfallproblematik spürbar. Im Rahmen des Cash-for-Work Projekts »Saniya Warrri« des Welternährungsprogramms hatte ich im Oktober 2013 in Bamako mit mehreren Frauen, die wiederverwertbare Abfälle sammelten, gesprochen und sie auch nach einer Definition von »nyaman« gefragt. Manche InterviewpartnerInnen beschrieben »nyaman« als »fen jugu«, also als bösartiges Ding. In einer solchen Interviewsituation mischte sich der Leiter einer GIE ins Gespräch ein und betonte, dass es »gute« und »schlechte« Überreste gebe und Wertstoffe wie Plastikabfälle, Altmetall oder Altglass noch nützlich sein könnten. Die Ambivalenz, die denjenigen Personen, welche in direktem Kontakt mit »nyaman« stehen, anhaftet, könnte möglicherweise auch für die AbfallsammlerInnen zutreffen. Im traditionellen Milieu wurden Griots/Griottes, Schmiede und andere HandwerkerInnen aus der Gruppe der »nyamakala« respektiert, auch wenn sie eine gewisse Sonderstellung einnahmen und keine Ehen mit Mitgliedern anderer gesellschaftlicher Gruppen eingehen durften. Die AbfallsammlerInnen, die heute auf den Abfallhaufen nach Verwertbarem suchen, werden hingegen oft als kriminelle oder als verwahrloste Menschen am Rande der Gesellschaft gesehen, wie mir mehrere Betroffene erzählten. Einige Teilnehmerinnen des Projekts »Saniya Warrri« berichteten mir auch, dass sie von Kindern als Verrückte, auf Bambara »fato« beschimpft worden seien.

Bei der Beurteilung von Schmutz und Sauberkeit spielen die Sinnesorgane eine ausschlaggebende Rolle. Aussehen, Geruch und sogar Geschmack werden als Kriterium für die Gefährlichkeit von Wasser, Abfällen und Abwässern herangezogen. In Bamako berichteten mehrere Interviewpartnerinnen, dass das Brunnenwasser in ihrem Hof verschmutzt und es weder zur Ernährung noch zur Körperpflege geeignet sei (2. Fokusgruppeninterview). Umweltbelastungen werden von ärmeren Menschen ohne spezielle naturwissenschaftliche Kenntnisse dann wahrgenommen, wenn die Auswirkungen unmittelbar spürbar sind. Ältere Menschen wie der traditionelle Viertelvorsteher eines Stadtteils in der Commune IV, die in Bamako aufgewachsen sind, können sich daran erinnern, dass sie als Kind im Fluss Niger baden waren und das Wasser auch getrunken haben. Damals sei das Wasser sauber gewesen. Heute jedoch sei das Flusswasser nicht einmal mehr zum Wäschewaschen geeignet (22. Experteninterview).

Im Hinblick auf die Beurteilung von Abwässern wies ein Soziologe an der Universität Ouagadougou darauf hin, dass auch hier die Beurteilung mithilfe der Sinnesorgane ausschlaggebend für eine mögliche Verwendung sei. So würden die GemüsegärtnerInnen im urbanen Raum ihre Anbauflächen oft mit Oberflächenwasser gießen. Insbesondere im Stadtviertel Kossodo in Ouagadougou sei dies problematisch, denn es würden die in der Kläranlage gereinigten Abwässer verwendet. Zwar sind diese Abwässer offiziell als Brauchwasser deklariert und können im Gartenbau eingesetzt werden, allerdings seien die Abwässer der Brauerei auch nach der Reinigung in der Kläranlage wegen der großen Natronmengen nicht als Gießwasser geeignet. Um feststellen zu können, welche Eigenschaften das Brauchwasser hat, werde es von den GemüsegärtnerInnen gekostet (37. Experteninterview)<sup>71</sup>.

<sup>71</sup> Anhang 3: 67. Zitat

Ärmere Menschen, die in speziellen Berufsfeldern auf natürliche Ressourcen angewiesen sind, verlassen sich auf ihre Sinnesorgane, um die Qualität dieser Ressourcen beurteilen zu können. So berichtete ein Maurer in Ouagadougou, dass die Verschmutzung des Bodens in der Stadt dazu führen würde, dass der Lehm nicht mehr zur Ziegelherstellung verwendet werden könnte. Die große Menge an Abfällen unterschiedlichster Art, die im Stadtwald in den Boden gelangten, würde dazu führen, dass die Bindekraft des Lehms abgenommen habe. Wenn man also heute aus dem feuchten Lehm Ziegel forme und zum Trocknen in die Sonne legen würde, dann würden diese oft auseinanderbrechen. An die Qualität früherer Lehmziegel, die so fest und belastbar wie Betonziegel gewesen seien, würden heutige Lehmziegel nicht mehr herankommen. Die Folge ist, dass die Lehmhäuser, die früher errichtet worden waren, eine Lebensdauer von bis zu fünfzig Jahren erreicht hätten, während sich die Lebensdauer der heutigen Lehmhäuser auf maximal zwanzig Jahre beschränke. Um Lehmziegel guter Qualität zu erhalten, sei man heutzutage gezwungen, den Lehm aus dem Busch zu holen (22. Einzelinterview)<sup>72</sup>.

Die Einschätzung von Abfällen und Abwässern mithilfe von Augen und Nase ist auch für die Art und Weise, wie diese entsorgt werden, von Relevanz. Grauwasser wird, je nachdem wie sehr es verschmutzt ist, an unterschiedlichen Orten beseitigt. Sieht das Abwasser nur leicht verunreinigt aus, dann wird es am Straßenrand entleert. Handelt es sich aber um stark verschmutztes Abwaschwasser mit Speiseresten, dann entsorgen die Frauen das Wasser auf einer kleinen brachliegenden Fläche, die sich in größerer Entfernung zum Hof befindet (21. Einzelinterview). Auch im Hinblick auf die Entsorgung von Klärschlamm sind Geruch und Aussehen relevant. Wenn beispielsweise ein Haushalt in Ouagadougou seinen Klärgrubeninhalt außerhalb des Hofes am Straßenrand deponiert, ihn mit Erde zuschüttet und sich durch die vorhergehende Behandlung mit bestimmten Präparaten kein unangenehmer Geruch entwickelt, würde dies von den NachbarInnen toleriert werden (17. Einzelinterview).

Verschmutzungen, die mit den Sinnesorganen nicht erkennbar sind, werden nur von höher gebildeten und damit meist reicher Personen thematisiert. In den ExpertInneninterviews wurde demnach u.a. Zweifel an der Trinkwasserqualität in Bama-ko geäußert. Das Leitungswasser, das aus dem Fluss Niger aufbereitet wird, sei zwar offiziellen Aussagen zufolge gesundheitlich unbedenklich, aber die publizierten Wasseranalysen seien nicht glaubwürdig. Dadurch, dass Industrie und Haushalte ihre Abwässer in den Fluss leiten würden, könne man davon ausgehen, dass das Wasser stark belastet sei. Mehrere Menschen, die einen höheren Bildungsabschluss erlangt hatten, gaben im Gespräch mit mir an, dass sie kein Leitungswasser, sondern nur abgepacktes Wasser trinken würden (16. Experteninterview). Unter höher gebildeten Bevölkerungsschichten gibt es auch Bedenken, Salat aus urbanen und peri-urbanen Anbauflächen sowie Fische aus den Stauseen in Ouagadougou zu konsumieren (28. Experteninterview). Das Bewusstsein über die Vielzahl an Schadstoffen, die in den Boden und das Wasser eindringen, lässt gebildete und reichere Personen zu kritischeren KonsumentInnen werden.

72 Anhang 3: 68. Zitat

In den Beobachtungen und auch in den Interviews wurde deutlich, dass viele StadtbewohnerInnen ein sehr begrenztes Verständnis ihres Wohnortes haben. In den meisten Haushalten wird Umweltschutz im Hinblick auf die Vermeidung von Verschmutzung des eigenen Hauses und des eigenen Hofes verstanden (vgl. Bouju 2002; Chevron et al. 2002). Das Wohnumfeld, das gepflegt wird, entspricht dem privaten Grundstück. Pflege ist hier gleichbedeutend mit dem täglichen Auskehren des Hofes. Viele sind davon überzeugt, dass das Auskehren einen ausreichenden Beitrag zur Sauberkeit darstellt. Dieser Einstellung zufolge genügt das Kehren, also die Reinigung des Bodens von herumliegenden Abfällen, um einen sauberen, aufgeräumten und gepflegten Eindruck zu vermitteln. Eine Mitarbeiterin der Kooperative COFESFA betonte, dass im Zuge von Sensibilisierungsmaßnahmen in Bamako das Auskehren, das Zuschütten von Wasserlacken oder die Entsorgung von Abfällen in adäquaten Abfalleimern behandelt worden sei. Die Botschaft des Auskehrens wäre bei den Sensibilisierungsmaßnahmen bisher als einzige Botschaft immer verstanden worden und bei Kontrollbesuchen in den Haushalten sei der Wohnraum jedes Mal gekehrt gewesen (8. Expertinneninterview).

Sobald es sich um eine Verschmutzung des öffentlichen Raums handelt, fühlen sich viele nicht mehr zuständig. Der öffentliche Raum beginnt hier häufig bereits hinter der Außenmauer des Hofes. Dieses begrenzte Verständnis des Wohnraumes erklärt, warum diese Haushalte den Inhalt ihrer Klärgrube während der Regenzeit auf die Straße entleeren, wenn der Regen alle Spuren verwischt. Der öffentliche Raum ist demnach ein Niemandsland, das von niemandem kontrolliert wird. Das, was im privaten Raum nicht zulässig ist, kann im öffentlichen Raum gemacht werden, denn es wird nicht mit einer bestimmten Person oder Familie in Verbindung gebracht. Wenn man also den Abfalleimer während der Regenzeit auf die Straße entleert, damit der Regen die Abfälle wegbringt, verteilt sich der Müll im öffentlichen Raum ohne dem Haushalt zugeordnet werden zu können. Im Allgemeinen herrscht bei den Menschen die Vorstellung, dass es unbedeutend sei, wo die Abfälle genau entsorgt würden, Hauptsache, sie würden aus dem Wohnumfeld weggebracht werden. Die Menschen in Ouagadougou wissen beispielsweise oft nicht, dass es eine kontrollierte Mülldeponie gibt und wie diese funktioniert, um die Verschmutzung von Boden und Grundwasser zu vermeiden. So meinte ein älterer Mann in Ouagadougou, die städtische Müllabfuhr würde die Abfälle bloß auf brach liegende Flächen außerhalb der Stadt bringen (7. Einzelinterview).

Die Frage der Bildung ist hier von großer Relevanz, denn oft ist die mangelnde Vertrautheit mit ökologischen Zusammenhängen ausschlaggebend dafür, dass ärmere und weniger gebildete Menschen bestimmte umweltschädigende Praktiken ausüben. So meinte eine Frau in Ouagadougou, dass ihre Familie die Regenzeit nutzen würde, um die Sickergrube zu entleeren und den Inhalt auf der Straße zu entsorgen. Der Regen würde das Abwasser von ihrem Hof wegführen (10. Einzelinterview). Fließendes Wasser wird als geeignetes Mittel gesehen, um Abfälle, Abwässer und Fäkalien weg zu transportieren. Schließlich werden auch tote Flussarme und die Regenwasserdrainage für die Entsorgung der Abfälle verwendet. Die Abfälle, die sich im Flussbett bzw. in den Entwässerungsrinnen anhäufen, werden zum mindesten einmal im Jahr in der Regenzeit von den Wassermassen wegtransportiert. Und viele Familien, die das Abwasser vom Geschirr und Wäsche waschen im Hof bzw. vor dem Hofeingang verteilen, sehen darin kein Problem, denn der Boden würde aufgrund der Hitze und der Sonnenein-

strahlung nach kurzer Zeit wieder trocken sein. Während der Regen also die Abfälle wegträgt, lässt die Sonne Abwässer verdunsten. Diese Vorstellungen münden in eine eigene Theorie der Selbstreinigung durch die Natur. Die Umwelt befindet sich dieser Wahrnehmung nach in einem Zyklus der Verschmutzung durch den Menschen und der Selbstreinigung mithilfe von Sonne und Regen.

Eine andere Theorie, die in der Bevölkerung eine gewisse Verbreitung hat, bezieht sich auf die begünstigenden Faktoren für Krankheiten wie Malaria. Die Menschen in Bamako und Ouagadougou sind sich zwar darin einig, dass Moskitos für die Übertragung von Malaria verantwortlich sind, aber die Ursache für die rasche Vermehrung der Stechmücken ist umstritten. Manche InterviewpartnerInnen gaben an, dass es im Stadtviertel nicht aufgrund der stagnierenden Haushaltsabwässer so viele Moskitos gebe, sondern aufgrund der Mais- und Hirselfelder sowie bestimmter Gräser, die in der Regenzeit die Moskitos anziehen würden (1. Einzelinterview, 11. Einzelinterview). Manche betrachten Moskitos auch wie ein Naturphänomen, das an einem bestimmten Ort existiert, vergleichbar beispielsweise mit dem lokalen Klima oder dem lokalen Staubaufkommen. So meinte eine Frau, die in Bobo Dioulasso aufgewachsen ist, dass sie bei ihrer Ankunft in Ouagadougou festgestellt hätte, dass es hier viele Moskitos gebe. Hierbei gebe es keine Unterschiede zwischen den Stadtvierteln, sondern die Moskitos seien in der ganzen Stadt nun mal in großer Anzahl vorhanden (7. Einzelinterview). Darüber hinaus gibt es eigene Annahmen über die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten. In einem Fokusgruppeninterview mit Gemüsegärtnern und -gärtnerinnen im Stadtviertel Wayalguin in Ouagadougou wurde mir gegenüber erwähnt, dass Krankheiten wie Durchfall nicht eindeutig auf das Trinken des Brunnenwassers zurückgeführt werden könnten, sondern dass man auch zu Hause oder in der Stadt krank werden könne (7. Fokusgruppeninterview). Ein Soziologe an der Universität Ouagadougou meinte, dass die GemüsegärtnerInnen im urbanen Raum in Ouagadougou Krankheiten nicht auf schmutziges Wasser, sondern auf die vorhandene oder fehlende »puissance de l'estomac«, also die natürliche Widerstandsfähigkeit des Magens, die von Mensch zu Mensch verschieden sei, zurückführen würden (37. Experteninterview)<sup>73</sup>.

Schließlich haben die Interviews in den informellen Vierteln in Ouagadougou gezeigt, inwiefern die Stadt, also menschlicher Lebensraum, mit Natur, also dem Reich von Tieren, Pflanzen und übernatürlichen Kräften, in den Vorstellungen der Menschen verschränkt ist. In den Interviews mit den BewohnerInnen von informellen Siedlungen am Stadtrand wurde darauf hingewiesen, dass diese Orte, obwohl sie bewohnt sind, noch nicht von den Menschen angeeignet worden seien. Manche InterviewpartnerInnen in Ouagadougou bezeichneten ihren Wohnort sogar auf Dioula als »kungo« oder auf Mooré als »weogo«, also als Busch. Dabei werden die Konnotationen mit diesen Begriffen auf die informellen Viertel übertragen. Wie in Kapitel 3.6 näher ausgeführt wurde, bezeichnet der Busch »kungo« jene Flächen, die für den Ackerbau kultivierbar gemacht werden können, wo aber ansonsten Tätigkeiten wie das Jagen und das Sammeln von Brennholz und Wildgemüse sowie Wildfrüchten vorherrschen. In den traditionellen Auffassungen untersteht der Busch nicht den menschlichen Gesetzen, sondern wird von bestimmten Geistern beherrscht. Die Gestaltungsmacht des Menschen

73 Anhang 3: 69. Zitat

ist im Busch also beschränkt und nie vollends gesichert. Der Busch wird gleichzeitig mit Freiheit und Gesetlosigkeit assoziiert. Im Fall der informellen Viertel bedeutet das, dass diese als ungeordnet und unkontrolliert gesehen werden. Den BewohnerInnen dieses Ortes stehe es demnach frei, zu tun und zu lassen was sie möchten, ohne dafür bestraft zu werden. Dieser Zustand der Freiheit ist einerseits positiv konnotiert, weil das Leben im Viertel in der Wahrnehmung der BewohnerInnen noch nicht von außen gestört wird. So sei es in den zentralen Stadtvierteln Ouagadougous nicht möglich, das Abwasser einfach auf der Straße zu entsorgen, denn dies würde möglicherweise zu einer Geldstrafe führen. In einem informellen Viertel würde niemand kontrollieren, wie die BewohnerInnen mit Abfällen und Abwässern umgehen würden (18. Einzelinterview, 25. Einzelinterview). Andererseits wird der Busch bzw. das Leben im informellen Viertel auch mit verschiedenen Arten von Gefahren assoziiert. Während im Busch Gefahren durch die Geister und wilde Tiere lauern, sind es im informellen Viertel Diebe. Die meisten BewohnerInnen in den informellen Vierteln in Ouagadougou fühlen sich Einbrüchen und Raubüberfällen schutzlos ausgeliefert und verzichten daher häufig darauf, Nutztiere wie Hühner, Ziegen oder Schafe zu halten sowie das Haus nach Einbruch der Dunkelheit zu verlassen (11. Einzelinterview, 18. Einzelinterview).

### 7.5.2. Das Umweltbewusstsein der »Armen« nach den ExpertInnen

Manche ExpertInnen, mit denen ich Interviews geführt habe, sehen in der Armutssproblematik eine Ursache dafür, warum die ärmeren Bevölkerungsschichten in der Stadt oft nicht umweltgerecht handeln würden. So seien die Lebensbedingungen vieler Familien heute durch die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen geprägt. Dies wird der Situation kurz nach der Unabhängigkeit Malis gegenübergestellt. Damals hätten die Familien eine zufrieden stellende, konsistent ausreichende Kaufkraft gehabt, da jeder gearbeitet hätte. Heute würden sich alle Energien bloß darauf richten, den täglichen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Armut habe also Auswirkungen auf die Mentalitäten und die Verhaltensweisen der Menschen. Finanzielle Probleme könnten die Kultur erschüttern und positive Gewohnheiten vergessen machen lassen (10. Experteninterview)<sup>74</sup>. Die armutssbedingten Alltagssorgen werden hier dafür verantwortlich gemacht, dass Abfälle und Abwässer nicht mehr umweltadäquat (und kostenpflichtig) entsorgt werden.

Die Erklärungsansätze der meisten ExpertInnen stützen sich aber weniger auf den Aspekt Armut als auf den Aspekt der mangelnden Bildung. Viele meiner InterviewpartnerInnen machten die fehlende Schulbildung dafür verantwortlich, dass der Umweltverschmutzung kein Einhalt geboten wird. Mehrmals wurden in diesem Zusammenhang die heiligen Welse erwähnt, die in Bobo Dioulassos Gewässern vorkommen. Mitten in der zweitgrößten Stadt Burkina Fasos leben diese Fische in breit angelegten Kanälen. Da die Welse den Glaubensvorstellungen der ethnischen Gruppe der Bobo folge die Geister der Toten repräsentieren und Garant für Fruchtbarkeit sind, gelten sie als heilig und es ist verboten, sie zu fangen und zu töten. Die Gefahren, die von der Umweltverschmutzung ausgehen, werden jedoch offensichtlich kaum reflektiert.

74 Anhang 3: 70. Zitat

So würden die AnrainerInnen des Kanals ihre Sicker- und Klärgruben während der Regenzeit in den Kanal entleeren und den Inhalt in der Nähe ihres Hofes deponieren. Es sei bereits vorgekommen, dass die Abwässer in den Kanal gelangt seien und zu einer höheren Mortalität der Fische geführt hätten. Auch Plastikabfälle und industrielle Abwässer werden nicht als gefährliche Abfälle erkannt und weiterhin in die städtische Umwelt abgeführt. Ein Soziologe von der Université de Ouagadougou erklärte das fehlende Umweltbewusstsein der StadtbewohnerInnen in Bobo Dioulasso mit der Theorie der drei Zeitebenen von Fernand Braudel. Man müsse hier also zwischen grundlegenden und lang währenden kulturellen und gesellschaftlichen Strukturen und kurzfristigen und plötzlich eintretenden Ereignissen unterscheiden. Veränderungen auf der Ereignisebene hätten demzufolge nicht immer unmittelbare Auswirkungen auf die darunter liegende Ebene und manche gesellschaftlichen Phänomene seien einem langsameren Wandel unterworfen als andere. Das Bewusstsein über die Gefahren von Schadstoffen und Giften für Lebewesen hinkt so den heute produzierten Arten von Abfällen und Abwässern hinterher. Die Bevölkerung in Bobo Dioulasso hätte deshalb weder ihr eigenes Verhalten geändert noch die Einhaltung von Umweltschutzgesetzen durch die Industrie gefordert (37. Experteninterview)<sup>75</sup>.

Im Hinblick auf das Problem der mangelnden Bildung wurde auch auf die eingeschränkte Wirksamkeit von Verbotschildern im öffentlichen Raum hingewiesen. In Bamako und Ouagadougou sind zwar häufig Verbotschilder zu sehen, die darauf hinweisen, dass keine Abfälle entsorgt oder nicht uriniert werden darf, aber weil ein nicht unerheblicher Teil der ärmeren städtischen Bevölkerung nicht lesen kann, könnten die Gesetze und Verbote nur schwer verständlich gemacht werden (15. Einzelinterview)<sup>76</sup>. In bestimmten Aspekten spielt nicht nur das Problem mangelnder Bildung alleine eine Rolle, sondern es ist eng mit dem Problem der Armut verknüpft. So wird in Mali und Burkina Faso versucht, im Fernsehen Botschaften für die Stärkung des Umweltbewusstseins zu vermitteln, aber oft würden diese Maßnahmen die ärmeren Haushalte nicht erreichen, weil sie weder Zugang zur Stromversorgung noch einen Fernseher haben (26. Experteninterview).

In manchen ExpertInneninterviews wurde hinzugefügt, dass nicht nur Armut und mangelnde Bildung, sondern auch die Herkunft der StadtbewohnerInnen für das fehlende Problembewusstsein im Hinblick auf die Umweltverschmutzung von Bedeutung sei. Es seien also nicht alle Armen, sondern insbesondere die ländlichen Armen, die keine Vorstellung vom Begriff des Umweltschutzes hätten. Man könne diesen vormaligen DorfbewohnerInnen nicht unterstellen, den öffentlichen Raum mutwillig zu verschmutzen. Es liege einfach an der Unkenntnis der Gesetzestexte, dass die Abfall- und Abwasserentsorgung nicht wie vorgeschrrieben erfolge (5. Experteninterview)<sup>77</sup>. Dieses Problem, auf das bereits der malische Kulturanthropologe Gaoussou Traoré (2002) hingewiesen hat, ist aufgrund der anhaltenden Zuwanderung in die Städte nach wie vor relevant. So meinte der Bürgermeister eines Viertels in der Commune VI in Bamako,

75 Anhang 3: 71. Zitat

76 Anhang 3: 72. Zitat

77 Anhang 3: 73. Zitat

dass es in seiner Gemeinde viele BewohnerInnen gebe, die vor nicht allzu langer Zeit ihre Dörfer verlassen hätten. Die Gemeinde sei aufgrund ihrer geographischen Lage nach allen Seiten hin offen und stelle damit ein Eingangstor zur Stadt dar. Viele vormalige DorfbewohnerInnen würden sich zuerst (provisorisch) in seiner Gemeinde niederlassen. Diese Menschen würden mit ihren Verhaltensweisen kommen und sich nicht die Mühe geben, umweltgerecht zu handeln (12. Experteninterview).

Manche Umweltschutzprojekte seien sogar an dieser Problematik gescheitert. So war in der Commune VI in Bamako ein Pilotprojekt zur Kompostierung im Jahre 2005 durchgeführt worden. Die Haushalte wurden damals dazu angehalten, die biologisch abbaubaren Abfälle von den restlichen Haushaltsabfällen zu trennen. Das Projekt musste nach zwei Jahren u.a. deshalb wieder eingestellt werden, weil die Mülltrennung in den Haushalten nicht funktioniert habe. In den Haushalten der Mittelschicht seien häufig Hausmädchen für die Erledigung der Hausarbeit zuständig. Diese Mädchen kommen aus ländlichen Gegenden und würden oft nicht verstehen, dass Abfälle noch einen Wert haben können. Dadurch, dass die meisten Hausmädchen nur für wenige Monate in der Stadt bleiben um ihre Aussteuer zusammenzusparen, wäre es ein Ding der Unmöglichkeit, die Hausmädchen im Hinblick auf die Mülltrennung zu schulen (7. Experteninterview)<sup>78</sup>. Mit dem Umstand, dass in den wohlhabenderen Familien in der Stadt nunmehr nicht die weiblichen Familienmitglieder, sondern Hausmädchen die Hausarbeit verrichten, wird ein wichtiger Punkt angesprochen. Allerdings werden hierbei einige wichtige Aspekte vergessen: Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Hausarbeit tragen nach wie vor die Frauen der Haushaltvorstände und daher hätten sie im Rahmen des Kompostierungsprojektes dafür sorgen müssen, dass die Mülltrennung erfolgt. Darüber hinaus kann die pauschale Feststellung, Mädchen aus dem ländlichen Raum hätten keine Vorstellung über den Wert von Altstoffen so nicht gelten, denn gerade in den Dörfern, wo es meist an Gefäßen mangelt, werden Dosen, Gläser und Plastikflaschen oft für verschiedene Zwecke wiederverwendet. In Anbetracht des (relativen) Wohlstandes ihrer ArbeitgeberInnen könnten die Hausmädchen dann jedoch den Eindruck gewinnen, dass diese keinen Bedarf und kein Interesse für die Wiederverwendung von Altstoffen haben.

Im Hinblick auf die Empfindsamkeiten gegenüber unhygienischen Verhaltensweisen wurde von manchen ExpertInnen die zeitliche Dimension in den Vordergrund gerückt. Die Veränderung der Wohn- und Lebensweisen in Westafrika in den letzten hundert Jahren hätten dazu geführt, dass der Entsorgung von Abfällen und Abwässer heute viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Dies wurde am Beispiel der menschlichen Abfälle veranschaulicht: In den Dörfern wurden die Bedürfnisse früher am Rande der bewohnten Siedlungen verrichtet, später im Laufe der Urbanisierung wurden Toiletten in der Nähe der Wohngebäude gebaut. Heute befinden sich die Toiletten im Hof und reiche Familien haben ihr Badezimmer und ihre Toilette sogar im Haus. Aus diesem Grund sei es wichtig, menschliche Abfälle richtig zu entsorgen (32. Experteninterview)<sup>79</sup>.

78 Anhang 3: 74. Zitat

79 Anhang 3: 75. Zitat

Ein Soziologe an der Universität in Ouagadougou führte in diesem Zusammenhang auch das Konzept des Prozesses der Zivilisation von Norbert Elias an. Die Bevölkerung in afrikanischen Städten habe demnach unterschiedlich vorangeschrittene Schamswellen: Während manche Menschen keinen Anstoß daran nehmen würden, ihre Abfälle im öffentlichen Raum zu deponieren, würden andere keine Notwendigkeit in der Errichtung von Toiletten sehen. Und solange beispielsweise in den informellen Vierteln die Erledigung der Bedürfnisse in der freien Natur nicht als schamvolle Handlung kategorisiert wird, solange werde sich das Verhalten der BewohnerInnen nicht ändern (37. Experteninterview)<sup>80</sup>. Auch der malische Kulturanthropologe Gaoussou Traoré (2002) verortete bestimmte Verhaltensweisen wie das Verrichten der Bedürfnisse auf urbanen öffentlichen Plätzen wie Märkten oder Bahnhöfen im fehlenden Schamgefühl der ländlichen Bevölkerung. Die Herausbildung von neuen Sitten ist dieser Anschauung zufolge ein Prozess, der sowohl auf einer höheren Schulbildung als auch auf veränderten Lebensbedingungen beruht. Ob die Theorie von Norbert Elias jedoch für das Problem der Hygiene in westafrikanischen Städten übernommen werden kann, bleibt offen. Insbesondere die in der Theorie implizierte Annahme, Fremdzwänge würden im Laufe der Zeit nicht mehr notwendig sein, weil Selbstzwänge bestimmte Verhaltensweisen zur Folge haben werden, kann aufgrund der verschiedenartigen gesellschaftlichen Strukturen möglicherweise nicht zutreffen. Wie Beobachtungen und Interviews gezeigt haben, führen bloße Strafandrohungen und das Ausbleiben von Strafen für die Verschmutzung des öffentlichen Raumes dazu, dass wilde Deponien und offene Sickergruben am Straßenrand bisher nicht zum Verschwinden gebracht werden konnten.

Schließlich wurde in den Interviews mit den ExpertInnen die Rolle der Religion für die Hygiene und den Umweltschutz thematisiert. Manche ExpertInnen gehen davon aus, dass die monotheistischen Religionen und insbesondere der Islam das größte Potential haben, die Umweltqualität im Wohnumfeld zu verbessern. Die Vorschriften des Islams wurden hier besonders hervorgehoben, denn sie betreffen nicht nur die Sauberkeit des Körpers und der Kleidung, sondern auch die Reinlichkeit des Wohnbereichs. Vor einem Gebet müssen die rituellen Waschungen vorgenommen werden und auch der Ort, an dem man betet, muss sauber sein. Der Islam könne daher zu einer Verbesserung der Sauberkeit im Hof führen (19. Experteninterview)<sup>81</sup>. In Bamako wurde sogar die Errichtung eines dezentralen Abwassersystems im Stadtviertel Bagadadi mit den durch den Islam definierten Erfordernissen in Verbindung gebracht. In diesem Viertel hatte sich Ende der 1990er Jahre die Bevölkerungsdichte vervielfacht, da auch zwei- und mehrstöckige Häuser errichtet worden waren. Die Haushaltsabwässer wären auf der Straße entsorgt worden und hätten dermaßen zugenommen, dass die Straßen nicht mehr passierbar waren. Die alten Frauen, welche im Gegensatz zu den Männern kein Motorrad oder Fahrrad besaßen, hätten nicht mehr in die Moschee gehen können, ohne ihre Füße zu beschmutzen. Die Verbesserung der Siedlungshygiene durch die Errichtung eines dezentralen Abwassersystems hätte für sie eine große Erleichterung gebracht (20. Experteninterview). In den Interviews mit ExpertInnen in

80 Anhang 3: 76. Zitat

81 Anhang 3: 77. Zitat

Ouagadougou, wo es im Gegensatz zu Bamako einen viel höheren Anteil an ChristInnen in der Bevölkerung gibt, wurden jedoch auch andere Meinungen zu diesem Thema geäußert. Ein junger Soziologe von der Universität in Ouagadougou wies darauf hin, dass die täglich fünf Mal durchgeführten Gebetswaschungen einen hohen Wasserverbrauch und damit auch ein hohes Abwasseraufkommen mit sich bringen würden. Die Aufmerksamkeit, welcher der körperlichen Hygiene gewidmet werde, stünde in keinem Verhältnis zur Siedlungshygiene, denn nur wenige der betreffenden Haushalte würden eigene Sickergruben für die Waschräumlichkeiten besitzen (36. Experteninterview).

### 7.5.3. Armutsrückbildung versus Umweltschutz

Inwiefern die Umweltverschmutzung in der Stadt auch als Folge des immensen Ausmaßes des informellen Sektors gesehen werden kann, stellt eine eigene Frage dar. Denn Handwerker und VerkäuferInnen nützen die öffentlichen Räume in der Stadt, um ihren wirtschaftlichen Aktivitäten nachzugehen und dabei gelangen viele Schadstoffe unkontrolliert in die Umwelt. Autowäscher, Seifenherstellerinnen und Färberinnen gehören zu den Berufsgruppen, welche Wasser als natürliche Ressource nutzen, wobei die Entsorgung des Brauchwassers oft auf unkontrollierte Art und Weise geschieht. Die Färberei ist eine besonders heikle Branche, denn die verwendeten Farbstoffe beinhalten Natriumhydroxid, Natriumdithionit und Schwermetalle. Dieses Phänomen ist seit langem bekannt. Patricia Gérémont (2008) hat die dabei in die Umwelt gelangenden Schadstoffe untersucht. Besonders durch den Verzehr von Fischen gelangen die Schadstoffe wieder in die Nahrungskette. Schätzungen gehen davon aus, dass in Bamako jährlich 16.000 m<sup>3</sup> Abwasser von Färbereien in den Niger gelangen (UN-Habitat 2008). Aber nicht nur der Fluss ist in Mitleidenschaft gezogen: In Bamako z.B. üben viele Frauen die Färberei im Hof oder vor ihrem Haus auf der Straße aus und verunreinigen so Boden und Grundwasser. Das Viertel Dianeguela in Bamako ist von der Verschmutzung des Grundwassers durch die Färberei besonders betroffen. Die BewohnerInnen des Viertels können das Brunnenwasser aufgrund der Verschmutzung nicht mehr nutzen. In einem Gespräch mit einem malischen Mitarbeiter der UNESCO, der das Projekt »Niger-Loire: Gouvernance et Culture« betreut hatte, berichtete mir dieser über die Umweltschutzmaßnahmen im Hinblick auf die Färberei. In Dianeguela war ein Zentrum für Färberinnen errichtet worden. Es wurde dafür ein Platz ausgewählt, an dem die Färberei schon seit längerem ohne jegliche Umweltvorkehrungen betrieben worden war. Als der Platz für das Zentrum erschlossen wurde, musste der Boden bis zu einem Meter Tiefe abgetragen werden, da die Erde bereits sehr verseucht war. Das gesamte Terrain mit einer Fläche von 1.300 m<sup>2</sup> wurde danach mit frischer Erde bedeckt. Angesichts der Vielzahl an Färberinnen in diesem Viertel und im restlichen Stadtgebiet sei diese Maßnahme bei weitem nicht ausreichend. Manche ExpertInnen wiesen darauf hin, dass es eigentlich notwendig sei, die Färberei zu verbieten, um die Gesundheit der Menschen zu bewahren. Allerdings würden in Dianeguela und anderen Vierteln Bamakos zahlreiche Familien von der Färberei leben. Wenn man die Färberei verbieten würde, dann müsste man den Frauen andere Erwerbsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, meinte eine Vertreterin des nationalen Dachverbandes für Frauenvereinigungen in Mali. Den Frauen sei das Geld, das sie durch die Tätigkeit als Färberinnen verdienen könnten,

wichtiger als eventuelle negative Auswirkungen auf die Umwelt oder die Gesundheit (2. Expertinneninterview)<sup>82</sup>.

Ein anderer Diskussionspunkt betrifft das im Jahre 2014 in Mali und Burkina Faso erlassene Verbot, Plastiksackerln zu importieren, zu produzieren und zu verkaufen. Das Verbot kann als Reaktion auf die massiv angestiegene Menge an Plastikabfällen im urbanen Raum gesehen werden. Auf Bambara »mananin« genannt, werden kleine Plastiksackerln in allen Märkten und Geschäften verwendet und haben die traditionellen Einkaufskörbe ersetzt (siehe auch Chevron et al. 2002). Während meines Forschungsaufenthaltes in Bamako und Ouagadougou bekam ich für alle meine Einkäufe, ob es Obst und Gemüse, Seife oder ein Kugelschreiber war, ein Plastiksackerl. Viele ExpertInnen, mit denen ich Interviews geführt habe, wiesen darauf hin, dass dieser Wandel hin zur Verwendung von Plastiksackerln im Vergleich zu europäischen Ländern erst kürzlich erfolgt sei, doch die Geschwindigkeit, mit der sich die Menschen an die Plastiksackerln gewöhnt hätten, erstaunlich sei. Die Schätzungen der InterviewpartnerInnen, wonach jede Familie pro Tag mindestens ein Plastiksackerl verbraucht, dürften den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. Aufgrund der schlechten Qualität können die Plastiksackerln meist nur ein einziges Mal verwendet werden, bevor sie kaputt gehen. Vom Großteil der Bevölkerung werden sie als ungefährlich eingestuft, da sie keine Krankheiten auslösen oder übertragen. Für ihre Beseitigung werden deshalb keine besonderen Vorkehrungen getroffen, sondern sie werden gemeinsam mit den anderen Abfällen in Abfalleimern für die Müllabfuhr bereitgestellt bzw. verbrannt. Durch Wind, Regen oder die Nutztiere in der Stadt kann es aber auch dazu kommen, dass Plastiksackerln fast überall im öffentlichen Raum anzutreffen sind. Darüber hinaus sind insbesondere die fehlenden Papierkörbe im Stadtzentrum und bei Märkten ein Grund dafür, dass dort viele Plastiksackerln in die Entwässerungsrinnen und -gräben gelangen.

Der sorglose Umgang mit den Plastiksackerln hat negative Konsequenzen für Mensch und Umwelt. Wenn Weidetiere im urbanen Raum verenden, weil sie Plastiksackerln gefressen haben oder wenn aufgrund von Plastikabfällen die Regenwasserdrainage blockiert wird und es in der Regenzeit zu Überschwemmungen kommt, dann gibt es direkte Rückwirkungen auf den Menschen (siehe Rogalski 2002). Manche InterviewpartnerInnen betonten trotz allem, dass die positiven Aspekte die negativen Nebenerscheinungen überwiegen würden. Wenn man sich den ökonomischen Nutzen der Plastiksackerln für die Bevölkerung ansehe, dann müsste der Gesetzesentwurf, der Plastiksackerln verbieten will, in Frage gestellt werden. Wenn diejenigen, die bisher vom Verkauf der Plastiksackerln ihre Familien ernährt haben, ihrer Lebensgrundlage beraubt werden, könne dies nicht als positiv gewertet werden. Die Entscheidungen, die von Intellektuellen getroffen würden, würden manchmal der Bevölkerung nicht nutzen, meinte ein Mitarbeiter eines Vereins im Bereich der Abfallwirtschaft in Ouagadougou. Es gehe vielmehr darum, sozial zu handeln und nicht Maßnahmen einzuführen, die die Armut vergrößern würden (26. Experteninterview)<sup>83</sup>. Der informelle Kleinhandel spielt für die Erwerbsmöglichkeiten in westafrikanischen Städten eine große Rolle

82 Anhang 3: 78. Zitat

83 Anhang 3: 79. Zitat

und viele ärmere Menschen versuchen mit dem Ankauf und Weiterverkauf von Waren einen kleinen Gewinn zu machen. Dies trifft genauso auf die vom Experten ange- sprochenen älteren Frauen aus den peripheren Stadtvierteln von Ouagadougou, die mit ihrem Fahrrad von Haus zu Haus fahren und Plasticsackerln verkaufen, zu. Auch sie bilden ein Glied in einer Wertschöpfungskette, die oft bei einem ausländischen Produzenten der Plasticsackerln beginnt. Im Zuge des Projekts Saniya Warri des Welternährungsprogramms in Bamako wurde mir bewusst, dass auch das Recycling von Plasticsackerln die Lebensgrundlage für manche Menschen bilden kann. So traf ich mehrere informelle AbfallsammlerInnen, die bereits seit mehreren Jahren vom Verkauf der auf den Mülldeponien zusammengetragenen Plasticsackerln an ZwischenhändlerInnen und die kunststoffverarbeitenden Fabriken in Bamako lebten. In Bamako und Ouagadougou gibt es schließlich kleine Initiativen, die aus den Plasticsackerln Gebrauchsgegenstände wie Handtaschen weben und diese an TouristInnen verkaufen. Unter all diesen Menschen, die vom Verkauf, von der Wiederverwertung bzw. vom Recycling der Plastikabfälle profitieren, gab es Befürchtungen, dass das neue Gesetz für sie von Nachteil sein werde.

Neben der Färberei und der Verwendung von Plasticsackerln in Märkten und Geschäften ist auch die Gewinnung von Sand und Kies aus dem Flussbett des Nigers in Bamako für die Umwelt äußerst problematisch. Die immense Bautätigkeit im urbanen und peri-urbanen Raum geht mit einer so großen Nachfrage an Sand und Kies einher, dass es immer weniger Flusssand gibt. Ein UNESCO-Mitarbeiter des Projekts »Niger-Loire: Gouvernance et Culture« sieht diese Entwicklung als sehr problematisch. Der Rückgang von Flusssand gefährde nicht nur die Stabilität der Brückenpfeiler und der Bauten, die sich direkt am Fluss befinden, sondern führe auch zu einem Rückgang der Fischbestände. Diejenigen, die vom Sammeln und vom Verkauf des Flusssands und -kies lebten, würden jedoch ihre Lebensgrundlage nur wegen der ökologischen Folgen nicht aufgeben wollen.

Das vierte Problemfeld betrifft die Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden im Gemüseanbau im peri-urbanen Raum. Studien weisen darauf hin, dass viele der verwendeten Pestizide nicht geeignet und dazu noch gesundheitsgefährdend sind. So sind sechzig Prozent der in Ouagadougou im Gemüseanbau verwendeten Pestizide eigentlich für die Produktion von Baumwolle vorgesehen (Bassole und Ouedraogo 2007). Knapp ein Drittel der verwendeten Pestizide stammt vom Schwarzmarkt und enthält zum Teil schädliche Substanzen. Die Produkte vom Schwarzmarkt sind oft nicht etikettiert bzw. werden die vorgeschriebenen Dosierungen aufgrund von Analphabetismus nicht eingehalten. Viele GärtnerInnen würden sich bei der Verwendung der Pestizide nicht ausreichend schützen und Verpackungen unkontrolliert entsorgen, sodass sie Mensch und Umwelt gefährden (ebd.). Ein Mitarbeiter der FAO in Ouagadougou wies darauf hin, dass der Staat zwar den Import von kontrollierten Düngemitteln und Pestiziden subventioniere, aber dass die am Markt angebotene Menge längst nicht ausreichend sei. Manche GemüsegärtnerInnen seien auch der Meinung, dass die Düngemittel und Pestizide vom Schwarzmarkt effektiver wären, weil sie eine längere Wirkungsdauer entfalten würden. Oft würden die GemüsegärtnerInnen, die von der FAO unterstützt

werden, in Umfragen aber nicht zugeben, dass sie Produkte vom Schwarzmarkt verwenden, weil sie negative Konsequenzen befürchten würden (29. Experteninterview)<sup>84</sup>.

Die GemüsegärtnerInnen sehen die Gefahren, die von den verwendeten Produkten ausgehen, nicht, da Folgen wie Krebs oder andere chronische Krankheiten oft erst viel später auftreten. Die Armut und das niedrige Bildungsniveau können dafür verantwortlich gemacht werden, dass Risiken nicht wahrgenommen bzw. unterschätzt werden. In einem Fokusgruppeninterview mit Gemüsegärtnern und -gärtnerinnen in Ouagadougou betonten diese beispielsweise, dass Krankheiten wie Verdauungsbeschwerden oder Fieber nicht eindeutig auf ihre Tätigkeit zurückgeführt werden könnten. Man könne nie wissen, ob man sich auf den Anbauflächen oder zu Hause infiziert habe (7. Fokusgruppeninterview). Arme StadtbewohnerInnen, die keine eigenen Anbauflächen besitzen, nutzen während der Regenzeit auch wilde Mülldeponien für den Anbau von Gemüse. Da auf diesen Flächen alle Arten von Abfällen entsorgt werden, ist das nicht ungefährlich. Allerdings würden die GemüsegärtnerInnen nur den Ertrag sehen und nicht die Gefahren, die von Abfällen wie Batterien, Krankenhausabfällen oder Elektroschrott ausgehen (35. Experteninterview).

#### 7.5.4. Umweltverschmutzung als Problem der »Weißen«

Interessant ist, dass Umweltverschmutzung als soziales Problem gesehen wird, denn es geht vielen Menschen weniger um die Beeinträchtigung der Umweltqualität als um die Beeinträchtigung der nachbarschaftlichen Beziehungen. So wird darauf hingewiesen, dass Abfallhaufen und stehendes Abwasser neben dem Hofeingang vermieden werden sollten, damit die eigenen Abfälle und Abwässer nicht den Wohnbereich der NachbarInnen verschmutzen. Der Schutz der Umwelt sollte einerseits dazu beitragen, dass die Menschen vor Krankheiten geschützt werden, andererseits, dass die soziale Harmonie im Viertel aufrechterhalten bleibt (10. Experteninterview)<sup>85</sup>.

Auch wenn die Sauberkeit der unmittelbaren Wohnumgebung für die Menschen von Wichtigkeit ist, wird die öffentliche Kritik an den NachbarInnen aufgrund von Belästigungen durch Abfälle und Abwässer als Verhalten von Weißen klassifiziert. Manche würden zur Polizei gehen und gegen den/die NachbarIn Anzeige erstatten, wenn dessen/deren Abwässer den eigenen Hofeingang verunreinigen. Diese Menschen, die andere anklagen, würden sich wie Weiße verhalten und den sozialen Frieden in der Nachbarschaft stören. Manche würden ihre Beschwerde auch an den/die BürgermeisterIn oder den traditionellen Viertelchef richten. Diese Autoritätspersonen würden jedoch dem/der AnklägerIn Unrecht geben und ihn/sie als unsoziale/n NachbarIn kritisieren. Aus diesem Grund würden es die meisten Menschen vermeiden, sich über weniger gravierende Belastungen zu beklagen (2. Einzelinterview)<sup>86</sup>. Höflichkeit, Toleranz und Zurückhaltung werden als vorbildliche Charaktereigenschaften zitiert. Diejenigen, welche sich anmaßen, ihre NachbarInnen offen zu kritisieren, würden dadurch oft das Gegenteil des gewünschten Verhaltens erzielen. Ein brüske Kritik vorzubringen wird

84 Anhang 3: 80. Zitat

85 Anhang 3: 81. Zitat

86 Anhang 3: 82. Zitat

als negative Eigenart der Weißen gesehen und daher als unangemessen für den afrikanischen Kontext. Implizit wird durch eine Zurechtweisung nämlich vermittelt, dass man in der sozialen Hierarchie einen höheren Rang einnimmt und daher das Recht zu einer solchen Äußerung hat. Unter NachbarInnen führt dies in den meisten Fällen nur zu Kränkungen und Frustrationen (15. Einzelinterview)<sup>87</sup>. Auch beim Treffen mit einer Tontine in Bamako hatte die Leiterin mir erklärt, dass sie als einzelne Person nicht damit beginnen könne, die Menschen im Viertel zu sensibilisieren, denn das würde von ihren Nachbarinnen als Überheblichkeit und Anmaßung verstanden werden. Sie würde die Menschen dadurch nur kränken, denn durch die Umweltbildungsmaßnahmen würde der Eindruck entstehen, dass sie reinlicher als ihre Nachbarinnen wäre (2. Fokusgruppeninterview)<sup>88</sup>.

AfrikanerInnen würden den Kompromiss, auf Bambara »musalaka« genannt, bevorzugen. Der Kompromiss kann Missstimmigkeiten, welche auf Machtunterschieden, gegensätzlichen Rollenbildern oder heterogenen Gesellschaftsschichten basieren, überbrücken (vgl. Bouju 2002; Chevron et al. 2002). Das Menschenbild der BewohnerInnen in Bamako und Ouagadougou geht grundsätzlich von der Unterschiedlichkeit der Menschen aus. So könnten nicht alle Menschen gleich sein, weder im Hinblick auf den Wohlstand noch im Hinblick auf die Sauberkeit. Es gebe auch arme Leute, die sauber und reiche Leute, die schmutzig seien. Es gebe manche Leute, deren Haus sauber aber deren Hof schmutzig sei, und es gebe auch den umgekehrten Fall (5. Einzelinterview, 7. Einzelinterview)<sup>89</sup>. Dieser Respekt vor den Unterschieden kann als Zeichen der gegenseitigen Toleranz, welche die NachbarInnen für einander haben, aufgefasst werden. Es kann aber auch einfach ein Hinnehmen unbeeinflussbarer Differenzen sein.

Die meisten InterviewpartnerInnen meinten, dass sie es unterlassen würden, mit den NachbarInnen einen Konflikt vom Zaun zu brechen. Wenn man das Verhalten der NachbarInnen als Ungerechtigkeit oder als Schikane empfinde, versuche man trotz allem, eine friedliche Einigung zu erzielen. Die Polizei bei nachbarschaftlichen Streitigkeiten einzuschalten, habe nicht nur negative Folgen für die Stimmung unter den BewohnerInnen eines Viertels, sondern auch für die KlägerInnen selbst. Diese würden in Folge mehrmals zur Polizeistation zitiert werden um ihre Aussage zu machen, was viel Zeit in Anspruch nehme. Nicht zuletzt deswegen versuchen die meisten Menschen, Streitigkeiten auf informellem Weg zu klären (38. Experteninterview). Während also manche Belästigungen wie die Entsorgung von Abwässern und Abfällen auf der Straße oder das Verbrennen von kleinen Abfallhaufen im öffentlichen Raum meist toleriert werden, können andere Störursachen durchaus der Gesundheitspolizei gemeldet werden. Eine Frau im zentrumsnahen Stadtviertel Larlé in Ouagadougou berichtete, dass ihre mittlerweile verstorbene Nachbarin Schweine gezüchtet hatte. Der Schweinestall befand sich direkt an der Mauer, welche an das Grundstück der Frau angrenzt. Auch wenn sie als muslimische Familie eine tolerante Grundeinstellung hätte, hätte sie der Gestank so sehr gestört, dass sie nicht mehr im Freien essen konnten. Schließlich hätte sie die städtische Hygienekommission informiert, welche daraufhin den Schweinestall

87 Anhang 3: 83. Zitat

88 Anhang 3: 84. Zitat

89 Anhang 3: 85. Zitat

desinfiziert hätte. Diese Maßnahme wurde als letzter Ausweg gesehen, denn wie die Frau betonte, würde man Konflikte mit den NachbarInnen um jeden Preis vermeiden. Gute Beziehungen zu den NachbarInnen seien nämlich in vielerlei Hinsicht unverzichtbar: NachbarInnen würden sowohl bei Krankheit als auch bei anderen Problemen zu Hilfe eilen und dafür Sorge tragen, dass EinbrecherInnen abgeschreckt werden (16. Einzelinterview)<sup>90</sup>. Das Vorgehen dieser Frau, die Gesundheitspolizei herbeizurufen und damit Gefahr zu laufen, dass das Verhältnis zur Nachbarin darunter dauerhaft leidet, muss demnach einiges an Überwindung gekostet haben.

Der Verschmutzung von brach liegenden Flächen im Stadtgebiet, toten Flussarmen oder Entwässerungsgräben wird häufig wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Die Verschmutzung solcher öffentlicher Räume wird mehreren InterviewpartnerInnen zufolge nur von den Weißen, also den EuropäerInnen thematisiert. Diese würden aus der mangelnden Siedlungshygiene ein Problem machen. So meinte ein Mitarbeiter zweier malischer NGOs, dass die Kritik an den wilden Deponien und an der Abwasserentsorgung auf der Straße im peri-urbanen Stadtviertel Dianeguela in Bamako die Einstellung der »Toubab«, der Weißen widerspiegle. Nur die Weißen hätten mit diesen gängigen Praktiken Probleme (16. Experteninterview)<sup>91</sup>. Es könnte demnach manchmal eine gewisse Skepsis oder ein gewisser Widerstand gegenüber importiertem und aufgezwungenem Wissen beobachtet werden (19. Experteninterview)<sup>92</sup>. Wenn Umweltschutzbisse auf Ablehnung stoßen, weil sie als ausländische Einflussnahme gesehen werden, verfehlten sie damit das Ziel, Informationen über die Ursachen und Auswirkungen einer verschmutzten Umwelt zu vermitteln.

Auf die Frage, welche Stadtviertel sauber und welche schmutzig seien, gab es in Ouagadougou eine einstimmige Antwort. Das Stadtviertel Ouaga 2000 als moderne Erweiterung der Stadt, das den neuen Präsidentenpalast, Botschaften, Ministerien, teure Hotels und viele private Villen beherbergt, wurde als sauberstes Viertel bezeichnet. Ouaga 2000 sei deshalb so schön, weil es ein Viertel der Reichen sei und weil dort Abgeordnete, Minister und der Präsident wohnen würden. Die »Armen« könnten es sich nicht leisten, dort zu leben. In diesem Viertel sei alles sauber und niemand sei vor der Tür zu sehen. Wenn man dort ankomme, glaube man, in einem »Viertel der Weißen« gelandet zu sein und man glaube sogar, nicht mehr in Burkina Faso zu sein. Hamdallaye als Viertel, wo viele ViehzüchterInnen aus der ethnischen Gruppe der Fulbe leben, sei hingegen das schmutzigste Viertel in Ouagadougou. Hamdallaye sei nicht nur der schmutzigste Ort in Ouagadougou, sondern der schmutzigste Ort in ganz Burkina Faso (5. Einzelinterview)<sup>93</sup>. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine Studie, die sich mit der Wahrnehmung von Sauberkeit und Schmutz in Mali befasste (siehe Chevron 2002). Dieser Studie zufolge klassifizieren die ursprünglich Ackerbau betreibenden BewohnerInnen Bamakos die Viehzucht in der Stadt als unhygienisch. Für die BewohnerInnen der malischen Stadt Mopti, die nach wie vor häufig von der Viehzucht leben, seien Rinder, Schafe und auch deren Exkreme hingegen positiv konnotiert. In Ouagadougou

90 Anhang 3: 86. Zitat

91 Anhang 3: 87. Zitat

92 Anhang 3: 88. Zitat

93 Anhang 3: 89. Zitat

wurde das Ausmaß der Siedlungshygiene von vielen InterviewpartnerInnen zusätzlich mit der sozioökonomischen Situation der Bevölkerung in Verbindung gebracht. So würden die Stadtviertel der Reichen nicht schmutzig werden. In den anderen Vierteln sei es teilweise sauber, teilweise schmutzig, aber ganz sauber könne es an diesen Orten nicht sein (6. Einzelinterview). Eine Interviewpartnerin betrachtete die »cités«, die Sozialwohnbausiedlungen für Beamte als besonders sauber. Dies läge daran, dass dort alle Haushalte Hausangestellte und Wächter hätten, die sowohl im als auch vor dem Hof auskehren würden. In diesen Siedlungen könne es daher nie so schmutzig werden wie in den anderen Stadtvierteln Ouagadougous (14. Einzelinterview)<sup>94</sup>. Manche sehen auch das Stadtzentrum als sauberstes Viertel in Ouagadougou weil es überall Kanalisation und Entwässerungsgräben gibt. Die Abwässer seien im Stadtzentrum deshalb nicht sichtbar (22. Einzelinterview). In allen Aussagen spiegelt sich explizit oder implizit wider, dass Sauberkeit mit »den Weißen« assoziiert wird. Einerseits werden neu errichtete Stadtviertel als Orte der Weißen bezeichnet, denn die Gebäude, die Infrastruktur und die Lebensweise entspricht vielen Menschen zufolge jener der Weißen. Andererseits werden die Viertel in der Stadt als sauber bezeichnet, die bis zum Zeitpunkt der Dekolonialisierung von Weißen okkupiert waren und in denen bereits damals Umweltvorkehrungen getroffen worden waren. Die urbane Infrastruktur wie die Kanalisation stammen zum Großteil noch aus der Kolonialzeit, erfüllen heute jedoch immer noch mehr oder weniger ihren Zweck.

Schließlich kann die Feststellung, die Umweltverschmutzung sei ein Problem der Weißen, auch auf die gesamtgesellschaftliche Ebene angewandt werden. Hier steht diese Aussage im Zusammenhang mit dem Phänomen des Ökoimperialismus. Ein Mitarbeiter des malischen Umweltministeriums betonte in einem Gespräch, dass der Umweltschutz in den Industriestaaten erst eingesetzt hätte als die Länder schon hoch entwickelt waren. Heutzutage würden die Industriestaaten jedoch verlangen, dass auch die Entwicklungsländer die Umwelt nicht verschmutzen. Die Industriestaaten seien heute besorgt über die Umweltverschmutzung in den Entwicklungsländern und würden auf vielerlei Art und Weise versuchen, das Ausmaß der Verschmutzung einzudämmen. Den Entwicklungsländern werde dadurch das Recht auf Entwicklung genommen. Im Grunde müssten die Länder im Norden ihre ökologische Schuld gegenüber den Ländern im Süden wiedergutmachen und nicht die gesamte Verantwortung für den Klimawandel und die Wasserknappheit auf die Entwicklungsländer schieben.

## 7.6. Conclusio: Armut und umweltgerechtes Verhalten

### 7.6.1. Die Ursachen für Armut

In diesem Kapitel wurde versucht, die vielen Gesichter von Armut aufzuzeigen und die Relevanz für die oftmals mangelnden Vorkehrungen zur Entsorgung von Abfällen und Abwässern in der städtischen Umwelt sichtbar zu machen. So wurden die Wohnformen genauso behandelt wie der Zugang zu Infrastruktur und Dienstleistungen. Armut

94 Anhang 3: 90. Zitat

wurde aber auch im Hinblick auf die finanziellen Ressourcen von Haushalten, ihr Sparvermögen und ihre Ausgabenprioritäten thematisiert. Berücksichtigt wurden ebenfalls der institutionelle Rahmen und die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit. Schließlich wurden das bürgerschaftliche Engagement für den Umweltschutz und das Spannungsfeld von informell ausgeübten beruflichen Tätigkeiten und Umweltverschmutzung diskutiert.

Die konkreten Auswirkungen von Armut auf die Lebensumstände und Wohnbedingungen hängen darüber hinaus davon ab, ob der Mann oder die Frau Haushaltsvorstand ist, ob die Familie im Eigentum oder in einem Mietverhältnis lebt, wie viele Familienmitglieder erwerbstätig sind und ob die Ehefrau ein eigenes Einkommen hat. Der Entscheidungsspielraum über die Geldverwendung und über Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation kann aufgrund dieser Faktoren höchst unterschiedlich sein.

Die erste Armutsdimension umfasst Faktoren, die den Ehemann als traditionelles und rechtlich festgelegtes Familienoberhaupt betreffen. Als arm bezeichneten sich in dieser Hinsicht Frauen, wenn sie verwitwet oder alleinstehend waren oder wenn der Ehemann zu alt oder krank war, um zu arbeiten. Haushalte, die von Frauen geführt werden, wo es also kein männliches Familienoberhaupt mehr gibt, sind tendenziell im Steigen begriffen. Das Levirat, also die Ehe einer Witwe mit dem Bruder ihres verstorbenen Mannes, damit sie und die Kinder versorgt werden und der Anspruch auf die Erbfolge aufrechterhalten bleibt, wird im urbanen Raum in Mali und Burkina Faso kaum mehr praktiziert. In Ouagadougou kommt es immer häufiger vor, dass die Familie des verstorbenen Mannes gar keine Verantwortung für die Witwe und ihre Kinder übernimmt, sondern sie im schlimmsten Fall sogar aus dem Hof vertreibt. Aufgrund beruflicher oder privater Umstände verlassen manche Ehemänner auch ihre Familie und tragen nicht mehr zum Lebensunterhalt der Familie bei (vgl. Rossier und Ducarroz 2012). Die Abwesenheit des Ehemannes hat weitreichende Konsequenzen, denn sie führt zu einer gewissen Schutzlosigkeit der Frauen und Kinder und einem Ausgeliefertsein gegenüber den Angehörigen des Ehemannes. Alleinstehende Frauen in Ouagadougou sind oft genauso wie Witwen der Gefahr ausgesetzt, aus dem Hof der Großfamilie vertrieben zu werden. Auch Krankheiten, durch einen Unfall verursachte Arbeitsunfähigkeit oder die Arbeitslosigkeit des Mannes können in einem Haushalt zu Armut führen. Wiederholt wurde in diesem Zusammenhang die Aussage: »Fanga banna«, also auf Deutsch ungefähr »Die Kraft ist am Ende« getätigt. Der Rückzug des Haushaltvorstandes aus der Erwerbstätigkeit bedeutet für die Ehefrauen, dass sie vermehrt Anstrengungen unternehmen müssen, um den Einkommensverlust des Mannes wettzumachen.

Die zweite Ursache für Armut umfasst Faktoren, die im Zusammenhang mit den Kindern stehen. Dies betrifft einerseits Familien mit mehreren Kindern im schulpflichtigen Alter, für welche Schulgebühren und die Schulausstattung bezahlt werden müssen, andererseits Familien mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die keine Arbeit finden, also arbeitslos sind. Eine besondere Problematik betrifft diejenigen Familien, die viele unverheiratete Töchter haben. Dadurch, dass diese Mädchen oft keiner Arbeit nachgehen und noch nicht von ihrem Ehemann versorgt werden, stellen sie für die Familien eine Belastung dar. Der urbane Kontext hat demnach auch zu einer veränderten Wahrnehmung von vielköpfigen Familien geführt. Während früher die Abwesenheit

von eigenen Kindern ein Kriterium für die Armut von Familien war, scheint heute eine große Anzahl an Kindern als Ursache für Armut angesehen zu werden.

Die dritte Ursache für Armut betrifft schließlich die fehlende Erwerbstätigkeit der Frauen. Dadurch, dass ein einziges Einkommen heute nicht mehr genügt, um die ganze Familie zu versorgen, sehen sich viele Frauen gezwungen, zusätzliche Einnahmequellen zu finden. Oftmals sind die Beschäftigungen wenig einträglich oder können nur unregelmäßig ausgeübt werden. Manche Frauen sind mit einer ehemals ausgeübten Tätigkeit im Kleinhandel oder im Betrieb einer Garküche gescheitert, andere haben aufgrund fehlender Arbeitsgeräte wie Nähmaschinen nie den erlernten Beruf ausüben können. Manche Frauen sind wegen der großen Anzahl an Kindern nicht mehr erwerbstätig, andere haben Betteln zu ihrem Beruf gemacht.

### 7.6.2. Die relative Armut in der Stadt

Gleichzeitig dürfen die familiären Beziehungen zur Großfamilie nicht ausgeblendet werden. Einige Haushalte sind auf die dauerhafte Unterstützung von wohlhabenderen Verwandten angewiesen. Die Einnahmen, die die Haushaltsglieder generieren, wären nicht ausreichend, um alle Ausgaben zu decken. Die stagnierende wirtschaftliche Lage führt jedoch dazu, dass der Großteil der urbanen Bevölkerung – sogar die wohlhabenderen Personen – kaum in der Lage ist, die gesamte Großfamilie zu unterstützen. Von vielen Menschen wird dies als schwindende Solidarität innerhalb der Großfamilie gedeutet. Wenn der Haushaltvorstand stirbt oder nicht mehr arbeitsfähig ist, sei heute nicht mehr automatisch mit der Hilfe der Großfamilie zu rechnen. Gleichermaßen gilt für den Fall, dass die Bildungskosten der Kinder das Haushaltsbudget einer Kleinfamilie überschreiten. Auch hier würde die Unterstützung durch die reichere Verwandtschaft oft ausbleiben. Die finanzielle Unterstützung, mit der ärmere Familien rechnen können, beschränkt sich meist auf kleine Geldbeträge. Individuelle Sparstrategien existieren, sie können jedoch oftmals nicht längerfristig umgesetzt werden, weil familiäre und soziale Verpflichtungen die individuelle Vermehrung von Geld kaum zulassen. Die sozialen Strukturen sind aufgrund von Senioritätsprinzip und Klientelbeziehungen so beschaffen, dass EinkommensbezieherInnen selten frei über ihr Geld verfügen können. Das bedeutet, dass die Menschen den Geldforderungen von älteren bzw. statushöheren Personen nachkommen müssen, um der Gefahr einer öffentlichen Schmähung zu entgehen.

Darüber hinaus sind Familien mit hohen Kosten für medizinische Behandlungen konfrontiert. In der Stadt kommt es nicht selten vor, dass Menschen mit Zahlungsverpflichtungen wie der Miete, den Schulgebühren oder dem Brautpreis im Rückstand sind. Auch fehlt oftmals das Geld, um die notwendigen Ausgaben für Festtage wie das Opferfest oder das Fest des Fastenbrechens zu tätigen. Schließlich ist die Abhaltung von Hochzeits- und Tauffeieren mit steigenden Kosten verbunden. Ein burkinischer Soziologe verglich diese Feste mit dem Fest des Potlatchs, einem Fest nordamerikanischer indigener Gesellschaften, bei dem in ritueller Weise Geschenke verteilt werden und damit der Status des Gebenden maximiert wird. Auch in Westafrika würde derjenige, der fähig sei, eine große, prunkvolle Zeremonie mit vielen Gästen und gutem Essen zu veranstalten, mit Prestige belohnt. Das Streben nach sozialer Anerkennung sei von der-

art großer Bedeutung, dass in manchen Fällen sogar Feste veranstaltet werden, obwohl danach kein Geld mehr für andere wichtige Aufwendungen wie beispielsweise Schulgebühren übrig sei. Jedoch wäre es beschämend, wenn man eine Tauf- oder Hochzeitsfeier nicht erwartungsgemäß stattfinden lassen könnte. Die Anzahl und der Status der teilnehmenden Gäste werden dabei genau analysiert und können sich positiv oder negativ auf das Prestige des Gastgebers/der Gastgeberin auswirken. Wer es schaffe, viele Menschen für ein soziales Ereignis zu mobilisieren, würde mit sozialer Anerkennung belohnt (37. Experteninterview).

Die eigene Armut wird von vielen Menschen relativiert und auf Bevölkerungsgruppen verwiesen, denen es noch schlechter gehe. Sogar Frauen, die mit ihren Ehemännern und Kindern nach Ouagadougou gekommen waren, in prekären Wohnverhältnissen leben und mitunter hungrig zu Bett gehen müssen, schätzen ihre Situation besser als die Situation der DorfbewohnerInnen ein. Die StadtbewohnerInnen sind einstimmig der Meinung, dass fast alle Menschen in den Dörfern mit einem steten Mangel an Notwendigem leben. Wenn man im Dorf finanzielle Hilfe benötige, gebe es heute niemanden, der einem helfen könne. Demgegenüber werden die Chancen, in der Stadt Unterstützung durch wohlhabende und einflussreiche Verwandte, NachbarInnen oder FreundInnen zu finden, höher eingeschätzt. Wenn solche Erwartungen enttäuscht werden, dann bleibt für die ZuwanderInnen in die Städte immer noch die Hoffnung aufrecht, durch Almosen den Lebensunterhalt sicherstellen zu können. Die Abhängigkeit von Geld in einem marktwirtschaftlichen System spielt also in allen Fällen eine zentrale Rolle für die Entscheidung, in der Stadt zu leben.

Anhand von drei Wohlstandskategorien, die ein Interviewpartner in Ouagadougou anführte, kann man versuchen zu zeigen, wie Armut im urbanen Raum gegenwärtig von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Die Menschen, die am stärksten von Armut betroffen sind, werden auf Dioula bzw. Bambara als »desebagato« bezeichnet. Damit sind mittellose bedürftige Menschen gemeint, die keinerlei Besitz haben. Eine Familie, die in Miete lebt und deren Wohnungseinrichtung sich auf einen großen Wasserkrug aus Ton, ein Kochgeschirr, ein paar Schemel und Schlafmatten beschränkt, kann dieser Kategorie zugeordnet werden. In diesen Familien werden die Ausgaben für Nahrung reduziert, das bedeutet weniger Fleisch, Fisch, Gemüse und Obst sowie eine geringere Qualität der Nahrungsmittel (vgl. Ardiit et al. 2011 a; Boyer und Delaunay 2009). Abgetragene Kleidung kann nur mehr unvollständig ersetzt werden und es wird vorwiegend Second Hand Ware gekauft. Die Nutzung von Verkehrsmitteln wird, wenn nicht unbedingt erforderlich, vermieden. Die Haushalte verzichten darauf, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Sehr arme Familien kann man auch daran erkennen, dass sie über einen längeren Zeitraum ohne funktionierende sanitäre Infrastruktur leben. Dies trifft insbesondere auf Haushalte in den informellen Vierteln zu, die ohne Toilette leben. Für diese Familien stellen bereits die Erhaltung der Bausubstanz ihrer Lehmhäuser sowie die Unterbringung aller Haushaltsglieder in den kleinen ein- bis zweiräumigen Häusern eine große Herausforderung dar, sodass die Errichtung von sanitären Anlagen in der Prioritätenliste nach unten rückt.

Die zweite Wohlstandskategorie, die von meinem Interviewpartner, einem älteren Mann in Ouagadougou (17. Einzelinterview), aufgestellt wurde, bezeichnet diejenigen,

die aufgrund von mangelnden finanziellen Ressourcen ihre Projekte nicht verwirklichen können. Diese Menschen werden »faantan«, also einfach Arme, genannt. In der Stadt – wie aus dieser Unterscheidung hervorgeht – bedeutet Armut demnach nicht nur extreme Armut, die mit fehlender Ernährungssicherheit, prekären Wohnbedingungen und fehlender Grundversorgung einhergeht, sondern damit ist auch eine relativ gemäßigte Form der Armut gemeint. Denn in diese Kategorie fallen Familien, die zwar in Miete leben und entweder nur an die Wasserleitung oder nur an die Stromversorgung angegeschlossen sind, aber die Armut ist nicht so extrem wie bei Familien der ersten Kategorie und die Familie besitzt z.B. meist immerhin ein Motorrad, auch wenn es das einzige für alle Familienmitglieder ist. Wie bereits wiederholt angeführt wurde, ist die soziale Dimension des Konsums und des Lebensstils von außerordentlicher Wichtigkeit. Jeder Haushalt ist bemüht, den gegenwärtigen Status zu verbessern oder zumindest aufrechtzuerhalten. Familien, die der Kategorie der Armen zugeordnet werden können, streben deshalb danach, Errungenschaften wie ein Motorrad funktionstüchtig zu erhalten. Die Angst vor sozialem Abstieg und der damit einhergehenden Bloßstellung in der Nachbarschaft wirken hier meist als treibende Kraft für bestimmte Entscheidungen. Da neue und normgemäß errichtete sanitäre Anlagen sowie die Sauberkeit der Wohnumgebung kaum zum Status einer Familie beitragen und die Entsorgung von Abfällen und Abwässern am Straßenrand oder auf brach liegenden Flächen weniger schambesetzt als ein desolates Haus oder zerschlissene Kleidung ist, wird Umweltproblemen mitunter wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Die dritte erwähnte Wohlstandskategorie bezeichnet schließlich die Reichen, diejenigen, die Geld in genügender Menge haben, auf Dioula »waritigi«. Diese kleinste Bevölkerungsgruppe lebt im Eigentum und zeichnet sich durch einen hohen Lebensstandard aus. Für sie gibt es keinerlei Schwierigkeiten, die Ernährung, die Schulbildung oder die medizinische Versorgung sicherzustellen. Die Wohnsituation kann in jeder Hinsicht als zufriedenstellend bezeichnet werden. Häufig zählen Luxusartikel wie Kühlschrank, Klimaanlage oder Auto zu den Gütern, über welche die Reicher und Reichen verfügen (9. Einzelinterview). Die mehrstöckigen Häuser, Villen bzw. Sozialwohngebäude dieser Bevölkerungsgruppe sind fast immer mit modernen Badezimmern sowie Klär- und Sickergruben ausgestattet. Dadurch, dass in den Stadtvierteln, in welchen überwiegend reiche Familien leben, Dienstleistungen wie die Abfallsammlung durchweg angeboten werden, gibt es auch deutlich weniger Schwierigkeiten bei der Entsorgung von Abfällen.

### 7.6.3. Von der Abfall- und Abwasserbeseitigung zur Siedlungshygiene

Das Verständnis von Armut ist im urbanen Raum – wie aus den bisherigen Ausführungen sichtbar wurde – in vielerlei Hinsicht an die Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln gebunden. Wenn nun also die Auswirkungen von Armut auf die Umwelt analysiert werden, dürfen finanzielle Aspekte nicht ausgeblendet werden.

Allgemein kann festgestellt werden, dass die Umweltabgaben und -steuern sowie die Gebühren für die Abfall- und Abwasserentsorgung trotz der relativ geringen Höhe für manche Haushalte nicht leistbar sind. Für diese Dienstleistungen gibt es keine sozial gestaffelten Tarife, sondern den Kleinunternehmen, GIE und Vereinen steht es

frei, die Gebühren bis zu einem gewissen Höchstbetrag selbst festzulegen. In Bamako und Ouagadougou kann das Wiederaufkommen der informellen AbfallsammlerInnen zu einem gewissen Grad auf die Armut zurückgeführt werden. Obwohl die Abfallsammlung seit fast zwanzig Jahren die Aufgabe von offiziell anerkannten Kleinunternehmen ist, gibt es heute wieder viele informelle AbfallsammlerInnen. Die Anhebung der Tarife durch die GIE und die unregelmäßig stattfindenden Müllabfuhrten erklären, warum viele Haushalte nicht bereit sind, ein Abonnement bei den offiziellen Akteuren der Abfallsammlung aufzunehmen, sondern ihre Abfälle von informellen Dienstleistern entsorgen lassen. Dies hat dazu geführt, dass die GIE mit einer stetig sinkenden Zahl an AbonnentInnen konfrontiert sind und ihre Arbeit immer weniger rentabel wird. In manchen Stadtvierteln in Bamako haben die GIE die Abfallsammlung überhaupt eingestellt. Angesichts dieser Problematik kann auch die weiterführende Frage gestellt werden, welche Rolle der Bevölkerung in der Abfallbeseitigung zugeschrieben wird. Generell werden die StadtbewohnerInnen als KundInnen von Dienstleistungsunternehmen wie der Müllabfuhr gesehen. Indem sie nicht als BürgerInnen wahrgenommen werden, die Verantwortung für die Siedlungshygiene tragen und auch mitentscheiden dürfen, wird ihr Umweltbewusstsein nicht gefördert.

Die Subventionierungsmaßnahmen für die Errichtung bzw. Sanierung von sanitären Anlagen in Ouagadougou gehen bisher zu wenig auf die finanziellen Kapazitäten der Menschen ein. Solche Maßnahmen können daher sogar zur Diskriminierung von ärmeren Familien beitragen. Generell kann für ärmer Haushalte, ob MieterInnen oder EigentümerInnen, festgestellt werden, dass die Anzahl der sanitären Einrichtungen in einem Hof meist nicht ausreichend ist. Ärmere Familien zählen meist mehr Haushaltsglieder auf engerem Raum als Familien der Mittel- und Oberschicht. Eine einzige Toilette bzw. Dusche in einem Hof mit mehr als zwanzig BewohnerInnen bedeutet oft lange Wartezeiten und negative Folgen für die Sauberkeit und Funktionsfähigkeit der Anlage. Wichtiger als die Subventionierung von verbesserten Toilettenmodellen ist für ärmer Haushalte daher der Zugang zu Toiletten generell. Darüber hinaus spielt aber auch der Umstand, dass viele Menschen in Ouagadougou in einem Mietverhältnis leben, eine Rolle. Es würde hier den EigentümerInnen zufallen, in die Sanierung der Toilette oder Dusche zu investieren, aber diese sehen darin oft keine Notwendigkeit und können von den MieterInnen de facto auch kaum dazu gezwungen werden.

Die Bereitschaft, sich finanziell an Infrastrukturprojekten im Bereich der Siedlungshygiene zu beteiligen, ist nicht zuletzt aufgrund des Misstrauens in die EntscheidungsträgerInnen relativ gering. So wurden in mehreren Stadtvierteln in Bamako weit weniger Haushalte an die neu errichteten dezentralen Abwassersysteme angeschlossen als geplant. Dies liegt darin begründet, dass die Projektträger verdächtigt wurden, die finanziellen Beiträge der Familien zu unterschlagen. Wenn die Initiative von der Kommunalverwaltung ausgeht, haben negative Erfahrungen im Hinblick auf Korruption, Nepotismus oder Grundstücksspekulationen, also dem inoffiziellen Verkauf von Grundstücken, dazu beigetragen, dass jede Kooperation mit der Gemeindeverwaltung von Vornherein ausgeschlossen ist.

Viele ärmere Menschen in Bamako zeigten sich hingegen bereit, sich aktiv für die Siedlungshygiene in ihrem Stadtviertel zu engagieren und beispielsweise ehrenamtliche Reinigungsaktionen durchzuführen. Insbesondere Frauen sind gewillt, ihre Zeit

und Arbeitskraft einzusetzen, um die Umweltqualität in ihrer Wohnumgebung zu verbessern. Umweltschutzprojekte in Stadtvierteln, welche mehrheitlich von ärmeren Familien bewohnt werden, sollten daher mehr auf diese Aspekte von Selbsthilfe als auf finanzielle Beteiligung setzen. Auch wenn die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement im Bereich der Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene in manchen Stadtvierteln durch das Problem des fehlenden sozialen Zusammenhalts beeinträchtigt sein kann, leisten die Initiativen einen großen Beitrag zur Verringerung der Verschmutzung des öffentlichen Raumes. Wenn also z.B. manche Familien aus Kostengründen kein Abonnement bei der Müllabfuhr aufnehmen und die Abwässer nicht adäquat entsorgen, können gemeinschaftliche Reinigungsaktivitäten im Stadtviertel die Umweltbelastungen zumindest reduzieren. Abgesehen von diesen Nachbarschaftsverbänden könnte man bei der Durchführung von Bauprojekten von sanitärer Infrastruktur auch stärker auf die Arbeitskraft der lokalen Bevölkerung zurückgreifen. Diese Form der Eigenleistung könnte sowohl das Verantwortungsbewusstsein für die Wohnumgebung erhöhen als auch Einkommensmöglichkeiten schaffen.

Trotz dieser Viertelinitiativen haben die Interviews und Beobachtungen in Bamako und Ouagadougou gezeigt, dass sich das Umweltbewusstsein vieler Menschen auf den unmittelbaren Wohnbereich, also auf den Hof und den Straßenabschnitt vor dem Hof beschränkt. Alles was über den eigenen Hof, die Nachbarschaft bzw. das Viertel hinausgeht, fällt einstimmig in den Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung, wie dies bereits von Chevron und Reinprecht (2002) thematisiert wurde. Wenn Schritte gesetzt wurden, um sich des Haushaltsmülls zu entledigen, also wenn er durch eine/n (informelle/n) AbfallsammlerIn weggebracht wurde, dann werden Abfälle nicht mehr als Problem gesehen, d.h. die weitergehende Abfallentsorgung wird als Aufgabe der Stadtverwaltung definiert. Dasselbe gilt für die Abwässer: Wenn Klär- oder Sickergruben durch einen Saugwagen entleert wurden, wird die Deponierung des Klärschlamms nicht mehr als Problem der Familie gesehen, sondern die Verantwortung geht vom Haushalt zur Stadtverwaltung über. In der Wahrnehmung der Menschen kann hier eine Parallele zwischen der Ehefrau in einer Familie und der Stadtverwaltung gezogen werden. Die Frau ist im privaten Raum für die Sauberkeit zuständig und kehrt regelmäßig den Hof. Die Familienmitglieder mögen noch so nachlässig sein und ihre Abfälle überall fallen lassen, die Frau sorgt dafür, dass der Boden wieder sauber wird und dass die Abfälle außerhalb des Hofes gebracht werden. Die Rolle der Stadtverwaltung scheint in dieser Hinsicht der Rolle einer Ehefrau zu entsprechen. So wird sie dafür verantwortlich gemacht, im öffentlichen Raum für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen.

Wenig Interesse scheint dafür zu bestehen, wo die Abfälle letztendlich landen. Ob die Abfälle auf eine kontrollierte Mülldeponie oder auf brach liegende Flächen am Stadtrand gebracht werden, scheint den Haushalten mehrheitlich gleichgültig zu sein. Und auch der Umstand, dass die Abfälle und Abwässer möglicherweise anderswo die Umwelt verschmutzen könnten, wird nicht als eigenes Problem betrachtet. Diese Einstellung und entsprechende Verhaltensweisen konnten jedoch nicht nur bei ärmeren StadtbewohnerInnen beobachtet werden, sondern auch die Akteure in der Abfallwirtschaft und selbst die politischen EntscheidungsträgerInnen handeln oftmals nicht vorausschauender. Die Umweltverschmutzung außerhalb des Stadtgebietes oder des eigenen Wahlkreises wird oft nicht als Problem gesehen. So wurden in Bamako wiederholt Maß-

nahmen ergriffen, die nicht als ökologisch nachhaltig bezeichnet werden können. Die Errichtung einer Mülldeponie am Flughafengelände hatte dazu geführt, dass dort das Grundwasser verschmutzt wurde. Die BewohnerInnen einer nahe gelegenen informellen und nicht autorisierten Siedlung hätten laut einer Expertin die Folgen der Müllablagerungen unmittelbar bemerkt, denn das Brunnenwasser sei dadurch nicht mehr genießbar gewesen (2. Expertinneninterview). Und der Leiter einer GIE, der ein dezentrales Abwassersystem im Stadtviertel Banconi in Bamako initiiert hatte, meinte, dass die Kies- und Kohlefilter des Systems schon seit längerem nicht mehr ordnungsgemäß funktionieren und dass die Abwässer nun ohne jegliche Reinigung in den Fluss Niger münden würden. Es sei sehr wohl möglich, dass das Problem der Umweltverschmutzung nur räumlich verlagert werde, aber das Viertel sei immerhin vom Abwasser befreit (21. Experteninterview).

Der Umstand, dass das Problem der Verschmutzung des öffentlichen Raumes in Bamako und Ouagadougou nach wie vor nicht gelöst ist, weist auf die grundlegende Problematik der Übertragung von Konzepten wie jenes des »öffentlichen Raumes« auf afrikanische Städte hin. Im Kapitel 3.7 wurde zwischen drei Dimensionen von Umwelt unterschieden: dem privaten Raum, dem unmittelbaren Wohnumfeld und dem öffentlichen Raum. Diese Unterscheidung mag sich im Hinblick auf die Gestaltung von sozialen Beziehungen als hilfreich erweisen; im Hinblick auf das Problem der Umweltverschmutzung in Bamako und Ouagadougou ist die Nützlichkeit dieser Kategorisierung begrenzt. Es scheint erforderlich zu sein, den öffentlichen Raum stärker zu differenzieren und lokale Raumkonzepte miteinzubeziehen. So werden die Straße, der Straßenrand, Plätze, brach liegende Flächen wie z.B. die »réserves publiques«, Grünflächen, tote Flussarme oder Entwässerungsgräben sehr unterschiedlich bewertet. Während manche Räume wie z.B. tote Flussarme oder brach liegende Flächen von den Menschen als Niemandsland gesehen werden und das Hinterlassen von Abfällen und Abwässern nicht sozial sanktioniert wird, erregt die Verschmutzung von Straßen und Plätzen meistens Unmut. Diese unterschiedliche Bewertung zeigte sich auch im Rahmen der freiwilligen Reinigungsaktivitäten in Bamako. Wilde Deponien, die sich am Straßenrand befinden, werden im Zuge solcher Viertelinitiativen immer evakuiert. Anders verhält es sich mit vermüllten toten Flussarmen und Abfallhaufen auf brach liegenden Flächen: Weil diese Räume für die Menschen keinen bestimmten Nutzen haben und meistens nicht genutzt werden, wird der Müll nicht beseitigt. Es obliegt hier der städtischen Müllabfuhr, die Abfälle wegzuschaffen.

Welche Vorkehrungen und Handlungsweisen umweltgerechtes Verhalten erfordert, hängt nicht zuletzt von den Lebensweisen und Wohnformen in der Stadt ab. Im dörflichen Kontext war umweltorientiertes Verhalten nicht von den finanziellen Kapazitäten der Familien abhängig, denn die Haushaltsabfälle wurden kompostiert, verbrannt, vergraben oder an Nutztiere verfüttert. In der Stadt sehen die meisten BewohnerInnen aufgrund des neuen Lebensstils in der Kompostierung keinen Nutzen mehr bzw. werden die Haushalte in der Stadt heute dazu aufgefordert, ihre Abfälle in Abfalleimer zu geben und in regelmäßigen Abständen von offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen gegen ein Entgelt entsorgen zu lassen. Die meisten StadtbewohnerInnen sind nicht mehr in der Landwirtschaft tätig, sondern vom Arbeitsmarkt und von bezahlter Erwerbsarbeit abhängig. Mülltrennung und Kompostierung sind zeitintensive Tätigkei-

ten und für viele StadtbewohnerInnen nicht die Zeit, die Arbeit und die Bemühungen wert. Nur die BewohnerInnen der peripheren und informellen Stadtviertel nutzen Müll als Dünger, allerdings häufig ohne die nicht biologisch abbaubaren Abfallbestandteile heraus zu sortieren. Die Weigerung der ärmeren Familien in diesen Vierteln, für die Abfallentsorgung zu bezahlen, ist mit der Einstellung verknüpft, dass die Abfälle den Ackerbauern und -bäuerinnen nutzen. Für die Entsorgung von Abfällen zu bezahlen, obwohl andere Menschen diese Abfälle haben möchten, erscheint ihnen widersinnig. In Ouagadougou gibt es auch eine Form der informellen Mülltrennung und Sammlung der biologischen Abfälle. So verwenden manche Familien eigene Behälter für Küchenabfälle, die von den SchweinezüchterInnen gesammelt werden. In beiden Städten werden leere Behälter wie Gläser, Plastikflaschen oder Dosen von ärmeren Familien wieder verwendet. Viele Abfälle haben jedoch aufgrund des urbanen Lebensstils keinen Wert mehr.

Die Veränderung der Lebensweisen in der Stadt trägt schließlich zur Einstellung in der Bevölkerung bei, dass Umweltschutz ein Anliegen der »Weißen« sei und diese dafür Geld zur Verfügung stellen sollten. Die Umweltverschmutzung im urbanen Raum wird hier entweder beschönigt oder der Mangel an Infrastruktur, insbesondere fehlende Entwässerungsrinnen und fehlende Mülldeponien dafür verantwortlich gemacht. Umweltverschmutzung wird hier auf die unzureichenden finanziellen Mittel der Familien und der Stadtverwaltung zurückgeführt. Umweltschutz sei im Hinblick auf den gegenwärtigen Lebensstandard der Bevölkerung Luxus, da es drängendere Probleme zu lösen gebe. Diejenigen, die an der Umweltverschmutzung in der Stadt Anstoß nehmen, sollten Entwicklungshilfe leisten und die benötigte Infrastruktur bereitstellen.

